



# AIB

2V 20899 E

1,50 DM

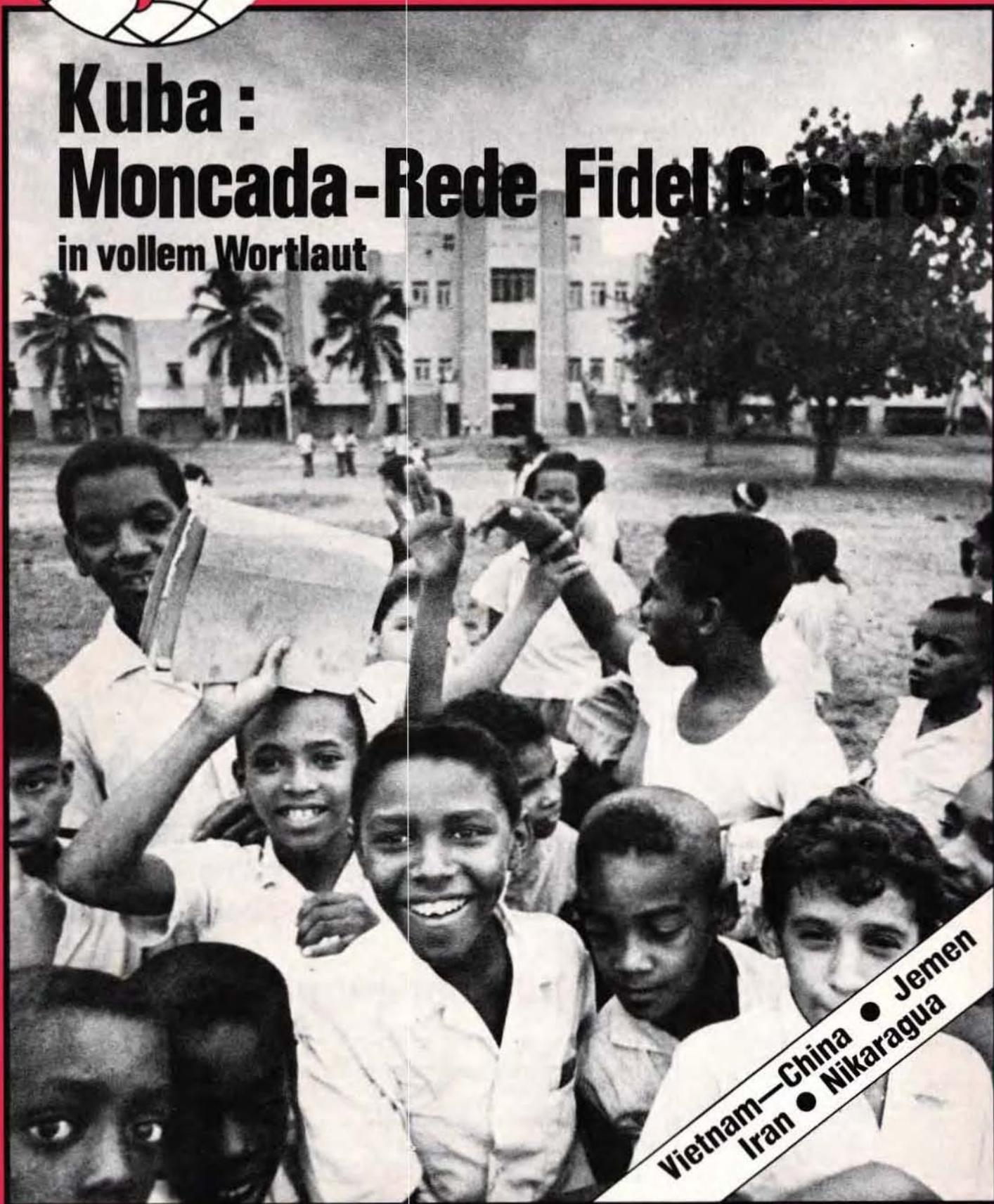
Oktober

Nr. 10/1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Kuba : Moncada-Rede Fidel Castros in vollem Wortlaut



Vietnam—China ● Jemen  
Iran ● Nikaragua

# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Nikaragua macht Front	S. 3
<b>Frontstaaten Afrikas</b>	
Agostinho Neto: Angola droht ein neues Vietnam!	S. 4 — 5
<b>BRD-Neokolonialismus</b>	
Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (3. Teil) OTRAG-Kolonie Zaire	S. 6 — 10 S. 9
<b>Paraguay</b>	
Manifest der Paraguayschen Kommunistischen Partei	S. 11 — 12
<b>Kuba</b>	
Moncada-Rede Fidel Castros: In Würde und Bescheidenheit	S. 13 — 23
<b>Vietnam—China</b>	
Vu Can: Die Operation Nanqiao	S. 24 — 28
<b>Iran</b>	
Erklärung der Tudeh-Partei: Programm nationaler Koalition	S. 28 — 29
<b>Afghanistan</b>	
Grundsätze der afghanischen Revolutionsregierung	S. 30 — 31
<b>Jemen</b>	
Kommuniqué von Abdel Fattah Ismail: Auf revolutionärem Kurs	S. 32 — 33
<b>Rezensionen:</b> Von Morenga zum Sturm auf die Apartheid	S. 34
<b>Kurzinformationen:</b> Antirassismus, Südafrika—BRD, Mauretanien—Westsahara, Peru, Argentinien	S. 35



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,— DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.  
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg I; Tel. 06421-24672  
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postcheckkonto  
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Bröner, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter  
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 15. September 1978

Es arbeiteten mit: G. Attar, G. Faust, R. Hegewald, M. Hellmann, H. Mayer, W. Paulus, B. Pflug, U. Rupp, U. Schmidt, B. Weng, K. Wetzel, C. Wimmer

#### Anzeigen, Beilagen:

- Falblatt zum Nuklearkongreß
- Argument
- UNIDOC
- rote Blätter
- Kleinanzeige



## Neuerscheinung:

**Moncada-Rede  
Fidel Castros  
in vollem Wortlaut  
erscheint auch als**

## AIB-Sonderdruck 1/1978

Umfang 16 Seiten, Preis 1,— DM

### Kleinanzeige

Suche zwecks Studium der Neuren Geschichte Lateinamerikas folgende AIB-Hefte: 1/70, 2/70, 3/70, 4/70, 4/71, 4/72, 5/72, 11—12/72, 10/73 und 11—12/73. Angebote bitte an das AIB unter dem Stichwort „Lateinamerika“.

#### Apropos Kleinanzeigen:

AIB-Abonnenten und -Leser können zum Solidaritätspreis von 5,— DM Kleinanzeigen zum Thema Dritte Welt publizieren.

# AIB-Aktuell: Nikaragua macht Front

Das Regime Somozas hängt an einem seidenen Faden, seit Kämpfer der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) Ende August d. J. den Nationalpalast in Nikaraguas Hauptstadt Managua eroberten und ihre Forderungen durchsetzen konnten. Die Guerilleros nahmen führende Politiker des Landes gefangen, unter ihnen den Innenminister und den Finanzminister, einen Vetter Somozas. Sie erzwangen das mehrmalige Verlesen einer FSLN-Proklamation im Rundfunk, in der Korruption und Mißwirtschaft des Regimes gegeißelt sowie die Notwendigkeit einer demokratischen Volksregierung entwickelt und die Forderung nach Freilassung von 59 politischen Häftlingen erhoben wurde. Durch ein Spalier von jubelnden Einwohnern Managuas führen die Kämpfer der FSLN und die Befreiten zum Flughafen, von wo sie die Ausreise nach Panama antraten. Die gelungene Aktion demonstrierte die ganze Schwäche der Somozadiktatur. Sie gab den Auftakt zu einer neuen Offensive der Volksbewegung.

## Die Sandinistas sind das Volk

Ihre Stärke hatten schon die Massenkämpfe zum Jahresbeginn, die nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Chamorro in einem mehrtätigen Generalstreik Ende Januar / Anfang Februar mündeten, offenbart. Die FSLN weitete ihre militärischen Aktionen aus, der Einigungsprozeß der antidiktatorischen Kräfte trat in ein neues Stadium. Ende März d. J. wurde die sog. Breite Oppositionsfront (FAO) gegründet. Sie umfaßt neben den Sandinistas die Demokratische Union der Befreiung-UDEL (Dokumentarisches zur Programmatik beider siehe AIB 4/1978), die einzig legale konservative Partei, sodann die aus Geschäftsleuten und Intellektuellen bestehende und aus dem Exil zurückgekehrte „Gruppe der 12“. Die FAO rief im Anschluß an die Aktion der FSLN zum Generalstreik auf, mit dem erklärten Ziel, den Sturz Somozas herbeizuführen.

In einem Newsweek-Interview vertrat der Führer der UDEL, Rafael Cordova Rivas, die Ansicht, daß der Streik durchaus Aussicht auf Erfolg habe, da sein ökonomischer Druck enorm und er viel besser vorbereitet sei als der erste (Newsweek, 11.9.1978). Tatsächlich vermochte der Mitte September andauernde Generalstreik, der fast zu 100% befolgt wurde, das gesamte Wirtschaftsleben zu lähmen. Selbst die Handelskammer Nikaraguas, ein mächtiger Unternehmerverband, unterstützte ihn. Auch sie sieht einen Ausweg aus der „politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes“ nur in der „Einsetzung einer neuen Regierung“. Das gleiche gilt für die Kirche, die zum Widerstand gegen Somoza rief und den weiterkämpfenden Nationalgardisten Exkommunikation androhte.

Nationalgarde (7.500 Mann) und Polizei verblieben dem Somoza-Clan als einzige innere Stütze. Das scheint zu wenig angesichts einer derart umfassenden Widerstandsfront und einer Massenstimmung, die der Präsident des Weltverbandes der Arbeit Marcel Papin bereits Ende Juli d. J. nach einer Nikaragua-Reise so sah: Die Menschen zeigten nicht länger Angst auch für die Revolution zu sterben (Prensa Latina, 1. 8. 1978). Wurde der Generalstreik zu Anfang von vereinzelt militärischen Aufstandsaktionen begleitet, so mündeten sie am 10. September in eine nationale Offensive der Sandinistas. Bei den Kämpfen um solch bedeutende Städte wie León, Chinandega, Rivas oder Masaya, die unter zeitweilige Kontrolle der Aufständischen gerieten, ging die Armee mit rücksichtslosen Luft- und Artillerieangriffen gegen die Zivilbevölkerung vor. Das nur knapp 30 km von Managua entfernte Masaya glich einem brennenden Trümmerfeld. Somoza verhängte, nachdem er rund 700 Personen (darunter die Vorsitzenden der Sozialistischen und Konstitutionellen Partei, P. Purcios und P. Quintanilla) verhaften und teils schwer foltern ließ, am 14. September das Kriegsrecht über das ganze Land. Bei seinem „Kampf ohne Gnade“ eilten ihm ca. 1000 Militärspezialisten und Söldner zu Hilfe, die die Nationalgarde vor Auflösungserscheinungen bewahren sollen. Unter ihnen finden sich US-Amerikaner, Brasilianer, Argentinier und allein 150 Exilkubaner aus den Vereinigten Staaten. Waffenanschub erhält Somoza u. a. aus Argentinien (Presencia Universitaria, Honduras, Nr. 45/August 1978), während die Carter-Administration vorerst alles tut, um ihre Stützung des Regimes zu vertuschen.

Die US-Monopole, die in Nikaragua rund 1 Mrd Dollar an Kapitalinvestitionen zu verlieren haben, fürchten ebenso wie die Pentagonstrategen, daß mit einem Sieg der Sandinistas ihre Profitinteressen



Kommandant Zeto nach der erfolgreichen Sandinista-Operation in Managua

wie ihre zentralamerikanischen Militärambitionen ausgeträumt sein könnten. Beschworen wird immer wieder der „kubanische Bazillus“, der mit dem Sieg der Aufständischen in Nikaragua auf dem Festland Wurzeln zu schlagen drohe. Washington sucht Somoza solange zu halten, bis eine proamerikanische Übergangsvariante gesichert erscheint. So verhandelte US-Botschafter Solau in Managua mit bürgerlichen Oppositionspolitikern, die eine Übergangsregierung formieren sollten. Und während das Regime seine Politik des Massenmordes forcierte, erhob sich aus dem Washingtoner Außenministerium keine Stimme nach Rücktritt des Menschenrechts-Unholdes Somoza. Vielmehr – so wußte die Frankfurter Allgemeine am 15. September zu vermelden – habe man die streitenden Parteien Nikaraguas zu „beiderseitigen Zugeständnissen“ ersucht und erwarte „offensichtlich, daß der General den Volksaufstand niederschlägt.“ Die Cartersche Verlautbarung vom 15. September, die US-Militärhilfe für Somoza wolle man stornieren, ist von daher mit Vorsicht zu genießen. Denn unterdessen trifft man Vorkehrungen für eine nötigenfalls Ausweitung des nikaraguanischen Bürgerkrieges zu einem zentralamerikanischen Konflikt, der den idealen Vorwand für eine „ordnende“ Militärintervention des Yankee-Imperialismus gegen die breite Front Nikaraguas – für sie ergreifen Kostarika und Panama Partei – abgäbe.

## Somozas Gnadenbrot kommt aus Washington / Bonn

Ohne die Wirtschafts- und Militärhilfe der USA, der Bundesrepublik – sie gewährte Somoza 1977 über 80 Mio DM Kapitalhilfe – und anderer Westmächte für das abgewirtschaftete Somoza-Regime, wäre die Macht längst dem Volk zugefallen. Diese Kollaboration und die westlichen Interventionspläne durch internationalen Druck zu vereiteln, kann den Sieg des nikaraguanischen Volkes sichern helfen. In Anknüpfung an die XI. Weltfestspiele forderten auf Initiative der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Anfang September Jugend- und Studentenverbände unseres Landes zu aktiver Solidarität mit dem Volk Nikaraguas auf: „Aus Anlaß der aktuellen Entwicklung (fordern wir), die Ziele und Aktivitäten der Breiten Front Nikaraguas, die alle demokratischen und sozialen Kräfte des Landes umfaßt, zu unterstützen. Wir protestieren gegen die Verbrechen der Somoza-Clique, die sich mit willkürlichen Massenverhaftungen, Mordanschlägen und Einschüchterungsversuchen gegen den drohenden Sturz durch den Generalstreik zu erwehren versucht! Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte und indirekte Unterstützung der Somoza-Diktatur sofort einzustellen!“

Die 15. Gipfelkonferenz der 49 Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juli d. J. (vgl. dazu Kommentar in AIB 9 / 1978) ist insofern als Erfolg zu bewerten, als Pläne und Versuche proimperialistischer afrikanischer Staaten zurückgewiesen wurden, die beispielsweise darauf zielten, die Solidarität der OAU mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika in den Hintergrund zu drängen oder das NATO-Projekt des Aufbaus einer sog. Panafrikanischen Streitmacht durchzusetzen. Es gab dennoch stärker als in den Jahren zuvor auch eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten auch unter den konsequent antirassistischen Staaten, vor allem über die Frage der militärischen Hilfe bzw. Präsenz Kubas und der UdSSR in Angola oder Äthiopien; beispielsweise rückte der nigerianische Vertreter die kubanische Hilfe für Angola in die Nähe westlichen Interventionismus. Das revolutionäre Lager innerhalb der OAU, insbesondere Agostinho Neto, begründete die Notwendigkeit dieser Hilfe gerade hinsichtlich der Befreiung des südlichen Afrika. Diese Frage und der Vorschlag A. Netos zur antineokolonialistischen Wirtschaftsintegration der OAU-Mitgliedsstaaten sind beherrschende Themenpunkte der OAU-Rede des angolanischen Staatspräsidenten.

### Agostinho Neto

# Angola droht ein neues Vietnam!

(. . .) Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) wurde gegründet, um einem Wunsch der Völker unseres Kontinents zu entsprechen: dem Wunsch nach Unabhängigkeit. Und dank des Handelns der Völker, dank der gewährten Einheit sind wir alle bestrebt, auch die letzten Bastionen der Rassisten und Kolonialisten zu schleifen.

Das Ideal der Befreiung ist mehr oder weniger nachdrücklich realisiert worden; Konflikte können heute relativ einfach im Rahmen der internationalen Organisationen geregelt werden. Nun muß aber eine recht starke und klare Motivation vorhanden sein, damit sich die Repräsentanten der Völker jedes Jahr versammeln, so wie es geschieht.

Die afrikanische Einheit hat sich im Zusammenhang mit der Befreiung verwickelt. Gegen den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Imperialismus; kurz, für die nationale Unabhängigkeit. Und trotzdem spürt man ein Zögern, was die Befreiung gewisser Länder betrifft wie die Komoren, die Insel Réunion, Südafrika, denn die 18 Jahre Unabhängigkeit (im Jahre 1960 wurden 13 afrikanische Staaten unabhängig – auch das „Jahr Afrikas“ genannt; d. Red.) ließen Ideen und Verhaltensweisen in Vergessenheit geraten, die in gewissen Fällen durch Verbürgerlichung, Diplomatie und Handel ersetzt wurden. Wir müssen daher unsere Aufmerksamkeit auch auf andere Aktionsbereiche richten, notwendige, konkrete Bereiche, wo wir die gleichen Ideen der Befreiung und der Unabhängigkeit verteidigen müssen. Einer davon, der zur Zeit wichtigste, ist der Bereich der Ökonomie, die materielle Basis, die die Menschen vereint, während das Gebiet der Ideen die Menschen und die Nationen entzweit. Wenn wir auch vereint sind, wenn wir zu einem gegebenen Moment für die politische Befreiung vereint waren, so müssen wir uns jetzt noch fester zusammenschließen, um diese Befreiung zu vollenden, die ökonomische Befreiung.

Unser Kollege und Freund, der Genosse Präsident Ahmed Sékou Touré, hat sehr konkret die Idee der Organisation eines gemeinsamen afrikanischen Marktes vorgetragen. Ich heiße diese Idee gut. Ich stimme ihr vollkommen zu. Dieser gemeinsame Markt wird dazu dienen, bilaterale Verträge zwischen afrikanischen Ländern und Staaten anderer Kontinente zum Schaden der Ersteren zu vermeiden. Der Wirtschaftsaustausch verläuft im Augenblick zum Nachteil Afrikas, obwohl es einen großen Teil der Rohstoffe besitzt. Unsere Handelskapazität darf sich jedoch nicht darauf be-



Präsident Agostinho Neto

schränken, den verschiedenen Ländern Möglichkeiten des Imports von Rohstoffen aus Afrika zu geben. Damit Afrika und jedes einzelne Land tatsächlich unabhängig werden, müssen Industrialisierungspläne auf der Ebene der OAU erarbeitet werden. Die planmäßige Industrialisierung könnte als Basis für einen gemeinsamen afrikanischen Markt dienen, für einen Handel auf der Grundlage der Gleichheit mit den entwickelten Ländern.

Die technischen Probleme, die technologischen Probleme, ja die Fragen des Managements können dank der internatio-

nalen Zusammenarbeit gelöst werden, die wir – davon bin ich überzeugt – leicht erreichen werden. Vergessen wir nicht, daß hier die wichtigsten Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit liegen. Unser Kontinent besitzt reiche Energie- und Rohstoffquellen. Die planmäßige Industrialisierung wird der Ausgangspunkt einer bedeutenden Kooperation zwischen den afrikanischen Staaten sein und Ausgangspunkt für die politische Einheit, nach der wir trachten. Afrika gleicht heute einem Leichnam, von dem sich jeder Hergelaufene ein Stück mitnimmt. Wir exportieren unsere Rohstoffe, während es unser fundamentales Interesse sein müßte, sie zu verarbeiten. Ich hoffe, daß diese bescheiden vorgetragene Idee von seiner Exzellenz, dem Präsidenten der OAU, unterstützt wird.

Ich möchte jetzt einige Worte zu Angola sagen. Wir haben mit der Waffe in der Hand 14 Jahre lang gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft, und wir haben die Unabhängigkeit erreicht dank des gemeinsamen Handelns der Völker von Guinea-Bissau, Moçambique, Sao Tomé und Príncipe, den Kapverden und Angola, ohne den antifaschistischen Kampf des portugiesischen Volkes zu vergessen. Nun ist aber im Augenblick unsere Unabhängigkeit von ausländischen Kräften bedroht, die in unser Land mit der Absicht eingefallen sind, das politische Leben Angolas zu beherrschen.

### **Kubanische Präsenz: weiter vonnöten**

Wie die OAU weiß, sind reguläre südafrikanische Truppen von Süden her nach Angola eingedrungen und bis auf 150 km auf unsere Hauptstadt Luanda vorgedrungen. Die reguläre zairische Armee ist bis auf 60 km an Luanda herangekommen. Südafrika wollte mit dem Einverständnis der größten imperialistischen Mächte, Angola die UNITA aufzuzwingen. Zaire seinerseits wollte seine Protegé durchsetzen. Ich befand mich damals in Luanda und als ich am 10. November um Mitternacht die Unabhängigkeitserklärung verlas, explodierten Mörsergranaten nur einige Dutzend km entfernt. Die Welt hat dennoch verstanden, daß sich das angolische Volk niemals fremden Kräften unterwerfen wird. Und unser Volk hat widerstanden. Es hat seine Wahl getroffen. Und, wie wir es vorgesehen hatten, beschreiten wir jetzt den Weg des Sozialismus.

Eine Streitkraft, die aus der Guerilla hervorgegangen war, war damals nicht in der Lage, allein der Offensive von zwei regulären Armeen standzuhalten. Ich mußte Hilfe aus befreundeten Ländern erbitten, und die sozialistischen Länder Europas und Lateinamerikas haben uns geantwortet. Jugoslawien, die Sowjetunion und Kuba sandten uns Waffen, Offiziere und Soldaten. Dies war die Hauptkraft, die uns half, dem südafrikanischen Angriff standzuhalten. Und wir halten zu diesen Freunden, die gekommen sind, das angolische Volk zu verteidigen und ihm geholfen haben, seine Unabhängigkeit zu erringen. Sie befinden sich alle in Angola. Einige afrikanische Länder haben uns ebenfalls geholfen. Welche? Die demokratische Republik Guinea hat uns ein Bataillon, Waffen und logistische Mittel geschickt. Wir sind dem Präsidenten Sékou Touré sehr dankbar für diese Hilfe. Guinea-Bissau schickte Soldaten, Offiziere und Luftabwehr-Batterien. Wir sind dem Präsidenten Luis Cabral sehr dankbar. Moçambique, Nigeria und Algerien leisteten Militärhilfe. So konnten wir die Feinde unerbittlich zermalmen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte mußten die Südafrikaner vor einem afrikanischen Volk kuschen. Und in Angola sind sie endgültig besiegt worden.

Über diesen Sieg über Südafrika vergessen wir jedoch nicht die grundsätzlichen Probleme. Ja, wir haben Südafrika militärisch besiegt, was in Afrika noch nicht vorgekommen ist! Angola aber ist noch immer bedroht. Am 4. Mai dieses Jahres sind mehr als 600 Namibier und Angolaner in Kassinga er-

mordet worden, weil unser Verteidigungssystem noch nicht ausreichend entwickelt war, um dieser Möglichkeit vorzubeugen. Jeden Tag – ich betone: jeden Tag – ist unser Land das Opfer von Aggressionen. Die Bedrohung dauert an. Die USA sprechen durch ihren Präsidenten Carter davon, in Angola ein neues Vietnam vorzubereiten.

Wir haben unsere Volkswirtschaft noch nicht wieder aufbauen können, und wir benötigen ein Minimum an Ruhe. Wir müssen daher weiterhin an die Hilfe der sozialistischen Länder appellieren. Ich lege Wert darauf zu erklären, daß sich die kubanischen Truppen auf meine Veranlassung hin nicht aus Angola zurückziehen werden, solange die militärische, politische und diplomatische Aggression andauert und daß sie so lange in Angola bleiben werden, wie die Aggressionen andauern. Wenn nötig, wird sich ihre Zahl sogar erhöhen. Ebenso lege ich Wert auf die Feststellung, daß sich die technischen und militärischen Mittel verbessern werden und daß wir in einiger Zeit imstande sein werden, jede Aggression gegen unser Land zu erwidern, ob sie vom Himmel oder von der Hölle kommt. Aufgrund der Bedingungen, die uns diejenigen aufzwingen, denen unsere Unabhängigkeit nicht zu gefallen scheint, werden wir möglicherweise eines der stärksten zentralafrikanischen Länder auf militärischem Gebiet sein. Durch die Eskalation des Krieges werden wir noch besser in der Lage sein, Namibia, Zimbabwe und dem unterdrückten schwarzen Volk in Südafrika internationalistische Hilfe zu leisten. Wir haben genügend emotionale und politische Reserven für die Jahre des Kampfes, die kommen werden.

Herr Präsident. Liebe Kollegen.

Die MPLA-Partei der Arbeit ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das angolische Volk ist bereit, den wissenschaftlichen Sozialismus in Angola aufzubauen. Das ist unsere Absicht. Ich komme nicht hierher, um mich zu verteidigen. Ich bin hierher gekommen, um Klarheit zu schaffen, um angemessen und klar zu informieren. Wir haben den Sozialismus gewählt.

In Angola sind wir sozialistisch und unabhängig. Wir wenden uns gegen den ausbeuterischen Kapitalismus, gegen den Imperialismus und gegen die Ausbeutung, die der Neokolonialismus gewissen afrikanischen Staaten gegen den Willen ihrer Völker auferlegt. Nur wenn diese ideologische und politische Grundlage anerkannt wird, können wir koexistieren. Von dieser Realität aus müssen wir herausfinden, was wir gemeinsam haben. Und die erste gemeinsame Sache ist das Interesse der afrikanischen Völker.

### **Das südliche Afrika gemeinsam befreien!**

Ich möchte Ihren Exzellenzen gerne sagen, daß im Augenblick den Befreiungsbewegungen der Rücken gestärkt werden muß. Der SWAPO von Namibia, der Patriotischen Front, dem ANC Südafrikas, der POLISARIO der Westsahara, die im politischen und militärischen Kampf stehen. Die geplante afrikanische Streitmacht wird in Namibia, in Zimbabwe und in der Republik Südafrika im gegebenen Falle willkommen sein. Jedoch nicht, um die Regimes zu verteidigen, sondern um die Völker zu verteidigen, um sie von der Unterdrückung zu befreien.

Herr Präsident. Liebe Kollegen.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß heute die beiden grundsätzlichen Fragen folgende sind: Zuerst die vollständige Befreiung der Westsahara, Namibias und Zimbabwes. Dann die Bildung des gemeinsamen afrikanischen Marktes, der auf einer planmäßigen Industrialisierung Afrikas beruht. (. . .) Der Kampf geht weiter!

Der Sieg ist sicher!

Vielen Dank Herr Präsident!

(Quelle: Discours de Agostinho Neto, Khartum, Juli 1978)

## Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk Dritte Welt-Expansion der BRD (3. Teil)



Eine spezifische Unterstützung für die Wirksamkeit des westdeutschen Neokolonialismus bedeutet die politische-ideologische Tätigkeit der SPD als Regierungspartei und führende Kraft der Sozialistischen Internationale (SI) in der Dritten Welt. Dabei läßt sich gerade in letzter Zeit eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen Repräsentanten des SPD-Parteiapparats auf der einen, der Bundesregierung sowie einigen Ministerien auf der anderen Seite beobachten.

Willy Brandt versucht beispielsweise, sein Image als Friedensnobelpreisträger einsetzend, durch die Propagierung einer „neuen Dimension der Friedenspolitik“ einen „Interessenausgleich zwischen Nord und Süd“ herzustellen, also den Entwicklungsländern auf der ideologischen Ebene Verständnis und Entgegenkommen zu demonstrieren. Gleichzeitig betreibt die Regierung Schmidt eine an den Interessen der westdeutschen Monopole orientierte Politik und schafft somit die realen Voraussetzungen dafür, daß Brandts Visionen nicht Wirklichkeit werden.<sup>1</sup>

### Die zweidimensionale Rolle der SPD-Führung

Im einzelnen ergeben sich folgende Funktionen für die sozialdemokratische Ideologie und Politik in der Dritten Welt:

- Durch die Propagierung von Reformen in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt soll, unter Beibehaltung der kapitalistischen Eigentumsstrukturen, ein Interessenausgleich zwischen den jeweils herrschenden Klassen erleichtert werden. Damit soll den sich zuspitzenden sozialen Auseinandersetzungen in den Entwicklungsländern durch äußere Faktoren nicht zusätzlicher Zündstoff geliefert werden. So nannte Willy Brandt als Ziel der „Kommission für internationale Entwicklungsfragen“ u. a.: „Sie (die Kommission, d. Verf.) wird sich einsetzen für Kooperation statt Konfrontation. Sie wird dies nicht tun durch ein Übertünchen vorhandener Interessenunterschiede, sondern durch die Suche nach einem gemeinsamen Nenner der Interessen.“<sup>2</sup> Und an anderer Stelle sprach er davon, daß es erforderlich sei, die Gemeinsamkeit der Interessen „durchzubuchstabieren“.

- Seit einiger Zeit versucht die SPD-Führung das Beziehungsgeflecht zwischen der Sozialistischen Internationale und einigen reformistisch orientierten Parteien aus den Ländern der Dritten Welt auszubauen, damit sie in bestimmten Situationen auf diese Kräfte zurückgreifen kann. Erinnert sei etwa an die Rolle, die Senghor in Afrika zugemessen wird und an

die immer größer werdende Teilnehmerzahl von Politikern der Dritten Welt sowohl auf dem letzten SPD-Parteitag als auch auf der letzten Tagung der Sozialistischen Internationale.<sup>3</sup>

- Durch die Propagierung des „demokratischen Sozialismus“ als „Drittem Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus soll der Marxismus als eine für die Lösung der Probleme der Länder der Dritten Welt unpassende Theorie erscheinen. Dabei kann sich die SPD-Führung auf breite kleinbürgerliche und unerfahrene proletarische Schichten in diesen Ländern stützen, die auf Grund rückständiger ökonomischer, politischer und kultureller Bedingungen einer sozialreformistischen Ideologie zuneigen.<sup>4</sup>

- Im innenpolitischen Rahmen gehört es auch zu den Funktionen sozialdemokratischer Ideologie, mit der Behauptung, daß „Entwicklungshilfe“ und Kapitalexport als „Opfer internationaler Solidarität“ anzusehen seien, eine bewußte oder unbewußte Identifikation der Gewerkschaften mit den Expansionsbestrebungen der westdeutschen Konzerne zu erreichen.

In der gegenwärtigen Krise geraten die ideologischen Integrationsversuche der Sozialdemokratie jedoch immer stärker zu bloßen Leerformeln, da die von der SPD geführte Bundesregierung eine Wirtschaftspolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt verfolgt, die letztendlich nur vermittels autoritärer Regimes durchgesetzt werden kann.

### VII. Von der ökonomischen zur politischen Weltmacht

Wenn nach Ursachen für die Tatsache gefragt wird, warum die Bundesregierung auf internationaler Ebene und besonders im Verhältnis zu den Entwicklungsländern als Protagonist des großen Kapitals auftritt, so muß in erster Linie auf die spezifische Stellung der BRD im System des kapitalistischen Weltmarkts verwiesen werden. Der extrem hohe Grad der wirtschaftlichen Außenverflechtung verbindet das konjunkturelle Schicksal des BRD-Kapitalismus stärker mit dem ungestörten Funktionieren des Systems der „freien kapitalistischen Weltwirtschaft“ als die meisten anderen westlichen Industriestaaten. Das Bonner Plädoyer für das „Offenhalten der Märkte“ erklärt sich daraus, daß die bundesdeutsche Wirtschaft gerade in den „dynamischsten“ Zweigen der kapitalistischen Produktion über besonders starke Positionen verfügt.<sup>5</sup>

Die „weltmarktgerichtete“ Produktionsstruktur des west-

deutschen Kapitalismus ist Folge des fast völligen Mangels wesentlicher, insbesondere industrieller Rohstoffvorräte im Innern der Bundesrepublik. Das bedeutet aber andererseits, daß das BRD-Kapital ein vehementes Interesse an der Erlangung eigener Rohstoffquellen im Ausland haben muß, zumindest an der Sicherung der Rohstoffzufuhr. Das von der Bundesregierung verfolgte Konzept definiert die Sicherung der Rohstoffversorgung primär als „Aufgabe der unternehmerischen Wirtschaft“<sup>6</sup> und schreibt dem Staat die „Wahrung des freien Zugangs zu den Rohstoffen“<sup>7</sup> zu. Es ist dies eine ständige Quelle von Konflikt und Konfrontation bei der Auseinandersetzung mit den Entwicklungsländern.

Die zusätzliche Erschütterung der von einer inneren Krise erfaßten BRD-Wirtschaft durch die Energie-, Rohstoff- und kapitalistische Weltwirtschaftskrise seit dem Jahre 1973 offenbarte in besonders prekärer Weise die Anfälligkeit des BRD-Kapitalismus für weltwirtschaftliche Veränderungen. Die bis heute noch nicht überwundene Krise der bundesdeutschen Wirtschaft wurde weder durch die Erhöhung der Ölpreise noch den Rückgang der Exportüberschüsse seit 1975 verursacht. Auch erweist sich zunehmend die traditionelle Waffe des westdeutschen Kapitals, im Falle interner Krisenerscheinungen Absatzschwierigkeiten über die Ausweitung des Warenexports auszugleichen (siehe den Exportboom in der Krise 1966/67), als stumpf. Infolge einer Synchronisierung des Krisenverlaufs in den größten kapitalistischen Industrienationen ließ der Warenexport der BRD im Jahre 1975 um ca. 10 % nach, der Exportüberschuß der Bundesrepublik war gar um 24,3 % niedriger als im Vorjahr und fiel 1976 erneut um weitere 5,5 %. Gerade die infolge der sprunghaft gestiegenen Öleinnahmen gestärkte Position der OPEC-Länder auf dem kapitalistischen Weltmarkt hat dazu beigetragen, daß ein noch empfindlicherer Rückgang der Handelsüberschüsse der BRD abgesehen worden ist: 1974 steigerten die OPEC-Länder ihre Einfuhr von Waren aus der Bundesrepublik um 73,3 %, 1975 um 60 %. Die übrigen Entwicklungsländer erhöhten ihre Importe aus der Bundesrepublik um 20 %.<sup>8</sup>

### Verstärkte Außenexpansion mit inneren Folgen

Gleichwohl signalisierte der Rückgang der Handelsüberschüsse der Bundesrepublik aufs Neue die Exportlastigkeit ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen und unterstrich die Notwendigkeit einer forcierten Ausdehnung der Kapitalexporte vor dem Hintergrund wachsender Verwertungs-schranken im Landesinneren. Aufgrund ihrer starken Position auf dem Weltmarkt und ihres restriktiven wirtschaftspolitischen Kurses im Innern ist es der Bundesrepublik im Verhältnis zu ihren westlichen Rivalen unter den Bedingungen der Krise gelungen, ihre Stellung innerhalb des kapitalistischen Welt-systems politisch und wirtschaftlich erneut zu verbessern. Seit 1974 exportierten die Konzerne der Bundesrepublik mehr denn je Kapital ins Ausland. Von besonderer Bedeutung ist der Tatbestand, daß in der Periode 1974 - 1975 der Kapitalexportzuwachs der Bundesrepublik um 68 % über



Londoner Wirtschaftsgipfel 1977: Bundeskanzler Schmidt als Nr. 2 neben Jimmy Carter unter den „Großen 5“

dem Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen in der BRD liegt.

Diese Entwicklung führte dazu, daß ab 1976 auch der Bestand der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland den Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in der BRD überstieg. Der Aufstieg der Bundesrepublik zum *Nettokapitalexporteur* hielt auch im Jahre 1977 an, wo der Neuzugang an ausländischen Direktinvestitionen in der BRD in Höhe von 3,7 Mrd DM um rund 1,2 Mrd DM niedriger war als der Zuwachs der ausländischen Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne. Dieser Trend rührt auch daher, daß der Anteil der Entwicklungsländer am jährlichen Nettokapitalabfluß aus der Bundesrepublik während der Krisenjahre erstmals wieder gestiegen ist. Bei diesem Typ von Direktinvestitionen handelt es sich nicht um sog. Überkreuz-Investitionen, wodurch die Position des Nettokapitalexporteurs BRD zusätzlich verstärkt wird. Ob damit der langfristige relative Bedeutungsverlust der Dritten Welt für den bundesdeutschen Kapitalexport nur abgestoppt oder im Sinne expansiver Durchdringungsstrategien in die Entwicklungswelt umgekehrt werden kann, bleibt angesichts der Entwicklung im Jahre 1977 (siehe Tabelle) abzuwarten. Dafür spricht jedoch die Überlegung, daß die verschärfte Konkurrenz unter den kapitalistischen Industrieländern das westdeutsche Kapital in Zukunft zwingen könnte, verstärkt in Entwicklungsländern zu investieren. Schon heute übertrifft das jährliche Investitionsvolumen einzelner Branchen in bestimmten Entwicklungsländern die Kapitalanlagen in den USA, dem insgesamt größten Ziel-land westdeutscher Auslandsinvestitionen. So investierte die bundesdeutsche Elektroindustrie im Jahre 1977 in Brasilien 201 Mio DM, in den USA jedoch „nur“ 192 Mio DM.<sup>9</sup>

Unabhängig von der regionalen Verteilung der westdeutschen Direktinvestitionen und ihrer zukünftigen Entwicklung birgt die enorme Außenexpansion des Kapitals jedoch schon heute

#### Entwicklung und regionale Struktur der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland

	Zuwachs in Mio DM	Zuwachsrate in %	Bestand in Mio DM	Anteil am Bestand in %		Anteil am jährlichen Nettokapitalabfluß (%)	
				IL	EL	IL	EL
1974	4529,9	14,1	36764,9	70,6	29,4	74,6	25,4
1975	5226,6	12,3	41991,5	70,7	29,3	71,6	28,3
1976	5056,9	12,0	47048,4	69,8	30,2	61,7	38,3
1977	5093,8	10,8	52142,2	69,9	30,1	70,2	29,8

Zusammengestellt und berechnet nach: Bundesministerium für Wirtschaft, Tagesnachrichten, Nr. 7387/21. 4. 1977; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 24/20. 4. 1978; Runderlasse Außenwirtschaft, Nr. 11 und 12/1978

verhängnisvolle Folgewirkungen für die soziale Situation der westdeutschen Arbeiterklasse, insbesondere was ihre Beschäftigungssituation angeht. Die binnenwirtschaftliche und soziale Folgewirkung der verschärften Kapitalexporthoffensive besteht nämlich u. a. darin, daß horrenden Wachstumssteigerungen der westdeutschen Industriekonzerne im Ausland stagnierende oder rückläufige Investitionsausgaben im Inland gegenüberstehen:

#### Investitionsausgaben der BRD-Industrie

(Veränderungen zu jeweiligen Preisen für den Zeitraum 1973—75 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1970—72 in %)

	im Inland	im Ausland
Industrie insgesamt	- 6	+ 57
Chemie	- 4	+ 65
Elektrotechnik	+ 11	+ 14
Eisen und Stahl	- 18	+ 272
Automobilindustrie	- 22	+ 43
Maschinenbau	- 11	+ 83
Textil und Bekleidung	- 38	+ 26
Nahrungs- und Genußmittel	- 2	+ 63

Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 5/1977

So kommt eine jüngst veröffentlichte empirische Studie zu dem Ergebnis, daß 1975 in ausländischen Niederlassungen westdeutscher Konzerne bereits 1,5 Mio Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, was etwa 20 % der in der hiesigen Industrie Beschäftigten entspricht. Der Expansion der Auslandsbeschäftigung steht eine stagnierende, um die Millionen-Grenze pendelnde industrielle Reservearmee in der Bundesrepublik gegenüber. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der westdeutschen Auslandsbeschäftigten mit 46 % am Gesamtvolumen in Entwicklungsländern, auf die bekanntlich lediglich 30 % der ausländischen Investitionen entfallen.<sup>10</sup> Wiederum verbirgt sich hinter diesem Tatbestand jene hier wie dort massenfeindliche Strategie der Senkung der Produktionskosten (und damit der Erhöhung der Profitraten) zur Nutzung kostengünstiger Produktionsstandorte in den Entwicklungsländern durch die Auslagerung lohn- und arbeitsintensiver Produktionszweige aus der Bundesrepublik, die oben bereits dargestellt worden ist. Hier zeigt sich, wie wenig das Interesse der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam hat mit dem von Bundesregierung und Konzernen im Gleichklang betriebenen Expansionskurs in die Entwicklungswelt. Die außenwirtschaftliche Expansion der BRD mußte auf die Dauer auch auf der politischen Ebene ein aggressiveres Auftreten nach sich ziehen.

Der Versuch, wirtschaftliche Potenz in politische Weltgeltung umzumünzen, erweist sich immer mehr als ein Grundzug der offiziellen bundesdeutschen Politik, sowohl gegenüber ihren westlichen „Partnern“ (einschließlich den USA) als auch ganz besonders gegenüber den Dritte Welt-Ländern. Im Jahre

1975, als das brasilianische 12 Mrd DM-Atomgeschäft unter Dach und Fach gebracht worden war, offenbarte Genscher auf einer Lateinamerika-Reise westdeutschen Journalisten seine „Vision vom weltweiten Engagement der Bundesrepublik“: „Der Bonner Außenminister verteilte,“ so der Spiegel, „im Gespräch mit seinen Reisebegleitern die Welt. Den USA wies er Asien als Einflußsphäre zu, die Bundesrepublik, vom Bonner Außenminister wie selbstverständlich in einer Reihe mit der westlichen Supermacht genannt, soll sich als ‚geborener Partner‘ um die Mittelmeerränder in Südeuropa, Nahost und Nordafrika, um Schwarzafrika und Lateinamerika kümmern. Bonn, so dozierte der AA-Chef, müsse als Führungsmacht Europas überall dort einspringen, wo die Amerikaner, Briten und Franzosen in der Dritten Welt aus ihren angestammten Positionen verdrängt werden.“<sup>11</sup>

Nimmt man die Rangfolge der größten kapitalistischen Industriestaaten gemessen am Exportanteil und der finanziellen Expansion in die Dritte Welt, so war es der BRD (zusammen mit Japan) bis Mitte der 70er Jahre gelungen, die traditionellen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich von ihren „angestammten“ Rängen 2 und 3 zu verbannen. Die BRD avancierte zur zweitstärksten neokolonialen Macht.

Ein wichtiges Terrain in diesem Konkurrenzkampf um Einflußsphären, Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlegezonen ist für die BRD die Nutzung der westeuropäischen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG). Als Hegemonialmacht Westeuropas eröffnen sich ihrer Kapital-, Waren- und Finanzexpansion in dem Maße neue Möglichkeiten, wie es gelingt, die Sonderbindungen Frankreichs und Großbritanniens mit den Ländern der Franc- und Sterling-Zone im Rahmen der Assoziierungspolitik gegenüber den AKP-Staaten aufzulösen. Inzwischen entfallen bereits ca. 25 % des westeuropäischen Exports (1976) und 28 % aller westeuropäischen Finanztransaktionen in die Dritte Welt (1975) auf die Bundesrepublik, die damit unter allen westeuropäischen Ländern die stärkste Dynamik bei der neokolonialen Expansion in die Entwicklungsländer entfaltet.<sup>12</sup>

#### Genschers Neuaufteilung der Dritten Welt

Wenn es dennoch zum Standardrepertoire offizieller Verlautbarungen der Bundesrepublik gehört, das Streben nach Einflußsphären gehöre nicht zu den Maximen westdeutscher Dritte Welt-Politik, so geht es schlicht um Verschleierung. Dies gilt besonders dann, wenn man das sich verschärfende Konkurrenzverhältnis zu den USA mit in Betracht zieht. Zwar dominiert nach wie vor als oberste Maxime westdeutscher Politik das kooperative Zusammenwirken mit den westlichen Verbündeten (unter Einschluß der Anerkennung der politischen Führungsrolle der USA), wenn es ums Grundsätzliche, d. h. die Wahrung der imperialistischen Gesamt-

#### Rangfolge der wichtigsten kapitalistischen Staaten bei Export und Finanzexpansion in die Dritte Welt (Mio Dollar)

	Export*	Finanzexpansion** insgesamt	Staatl. Mittel	Priv. Mittel	Darunter: Direktinvestitionen
1. USA	3359,9	17366,0	4007,0	12439,0	7077,0
2. BRD	1372,0	4961,7	1160,9	3263,9	815,9
3. Japan	2521,7	2890,1	1147,7	372,9	233,2
4. Frankreich	1082,4	3941,0	2090,9	1517,3	274,2
5. Großbritannien	959,7	2327,2	863,3	1433,0	666,5

\* Monatsdurchschnitt des Jahres 1976

\*\*Nettofluß an finanziellen Mitteln im Jahre 1975; umfaßt alle staatlichen (insbesondere „Entwicklungshilfe“) und privaten (incl. Exportkredite, Direktinvestitionen etc.) finanziellen Transaktionen in die Dritte Welt, die vom Development Assistance Committee (DAC) der OECD erfaßt werden.

Quelle: OECD-Angaben, nach IPW-Berichte, Nr. 5/1978

## OTRAG-Kolonie Zaire



OTRAG-Vorsitzender Lutz T. Kayser

Neue Vorwürfe gegen die Orbital Transport- und Raketen AG (OTRAG) wurden Ende Oktober d. J. auf einer Pressekonferenz in Brüssel von Daniel Mayele, dem Sprecher der Nationalen kongolischen Lumumba-Bewegung, erhoben. Demnach soll der BRD-Konzern, der in Zaire ein Territorium von 100.000 qkm gepachtet hat (Wortlaut des Pachtvertrages in AIB 10/1977), ein Abkommen mit der südafrikanischen Fluggesellschaft South African Airways geschlossen haben. Nach Angaben Mayeles stehe der Flughafenbau kurz vor dem Abschluß, was bedeuten würde, daß Südafrika in naher Zukunft in Zaire über einen extritorialen Luftwaffenstützpunkt verfügen würde und von dort Angriffe gegen Zimbabwe, Sambia, Angola, die VR Kongo und andere Länder des südlichen Afrika führen könnte. Außerdem soll der Flughafen für Interkontinentalflüge geeignet sein und somit das Einfliegen von europäischen Truppen (wie zuletzt beim Aufstand in Zaires Provinz Shaba) erheblich erleichtern. Die im OTRAG-Pachtgebiet lebende Bevölkerung sei inzwischen von Mobutu-Truppen deportiert und in Konzentrationslager gebracht worden.

Lutz Kayser, der Firmenchef der OTRAG, kündigte derweil in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung die Konstituierung der OTRAG als multinationales Unternehmen an, um sich der Kontrolle nationaler Regierungen vollends zu entziehen. Eine OTRAG France ist bereits in Paris gegründet worden, weil, so Kayser, „Frankreich weniger unter außenpolitischem Druck steht als die Bundesrepublik.“ Außerdem plant Kayser den Bau neuer Abschubrampen für Raketen in Ländern, „die aus starttechnischen Gründen in Äquatornähe liegen.“ Nach Gesprächen mit der Regierung in Brasilia dürfte eines dieser Gelände in Brasilien ausgebaut werden.

Interessen angesichts der Systemkonkurrenz mit dem sozialistischen Lager und bei der Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegungen geht. Jedoch scheint die Charakterisierung der internationalen Rolle der BRD als einseitig auf die USA ausgerichteter „Juniorpartner“ in dem Maße nicht mehr adäquat wie sich das außenpolitische Handeln Bonns vorrangig nach den ökonomischen Interessen der westdeutschen Konzerne bestimmt. Die regierungsamtliche Identifikation mit den Konzerninteressen im Bereich der außenwirtschaftlichen Expansion (die als Interessen aller ausgegeben werden) hat in jüngster Zeit zur offenen politischen Konfrontation mit den USA geführt, die umso hartnäckiger ausgetragen wurde, je mehr für das bundesdeutsche Kapital auf dem Spiel stand.

### Konkurrent auch der USA

Besonders scharf prallten die Interessen der imperialistischen Konkurrenten aufeinander, als es um die Erschließung des brasilianischen Atomreaktormarktes ging. Die BRD hat diese Auseinandersetzung für sich entschieden, weil sie bereit war, das Risiko der Lieferung von Technologie zur Atomwaffenproduktion in Kauf zu nehmen. Das hat nicht zuletzt die Ausgangsbedingungen bei der Anknüpfung von nuklearen Geschäftsbeziehungen mit anderen reaktionären Stellvertreterregimes in der Dritten Welt (Iran, Israel, Südafrika) verbessert.

Bei der – soweit ökonomische Interessen im Spiel sind – nahezu kompromißlos betriebenen Konkurrenz mit den USA stützt sich die Bundesrepublik auf das Streben derartiger Regimes, ihre bislang einseitig auf die USA oder (im Falle Südafrikas) Großbritanniens ausgerichteten Abhängigkeitsbeziehungen zugunsten der Vergrößerung des eigenen Manövrierspielraums zu diversifizieren. Insofern spiegelt es durchaus einen realen Tatbestand wider, wenn Bundeskanzler Schmidt beim Bonner Geisel-Besuch im März 1978 von einer „Konvergenz“ brasilianischer und westdeutscher Interessen gesprochen hat.<sup>13</sup> Die im Falle der Atomgeschäfte offenbar werdende Verquickung von wirtschaftlicher mit politischer und militärischer Aggressivität ist Ausdruck eines

eigentümlichen machtpolitischen „Pragmatismus“ geworden. Wie die Atomgeschäfte so weisen auch die sich aus dem OTRAG-Projekt in Zaire ergebenden militärstrategischen Möglichkeiten<sup>14</sup> auf den Versuch hin, den Interessen des westdeutschen militärisch-industriellen Komplexes in der Dritten Welt Geltung zu verschaffen und damit auch den eigenen militärpolitischen Aktionsradius auszuweiten. Die offizielle Sichtweise, für die bereits die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung oder sozialrevolutionäre Veränderungen in den Entwicklungsländern ein strategisches „Sicherheitsdefizit“ heraufbeschwören (nachzulesen im „Weißbuch“ 75/76)<sup>15</sup> zeigt an, daß die wesentlichen Repräsentanten der bundesdeutschen Politik längst aufgehört haben, ihre potentiellen militärischen Aktionsräume nur nach europäischen Dimensionen zu bestimmen. Immer stärker führt das neue Rollenverständnis Bonns dazu, die eigenen Erfordernisse an den Möglichkeiten der USA zu messen und entsprechende Forderungen zu stellen.

Konsequent ist es dann nur, daß jene Regimes, die den auf ökonomischer Stärke aufbauenden neuen weltpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik zum Nutzen gereichen, auf der Ebene des UNO-Systems in der Regel die diplomatische Schützenhilfe der westdeutschen Repräsentanten erhalten, wenn es um die Verhinderung der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in den betreffenden Ländern oder um die politische Aufwertung international geächteter Regimes geht.<sup>16</sup> So gesehen bedeutet für Bonn die Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zu allererst nicht erhöhte Verantwortung für die Realisierung der Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft, sondern vielmehr ein neues Instrument zur Vergrößerung des weltpolitischen Gewichts der Bundesrepublik.

Ausdruck dieses neuen politischen Kräfteverhältnisses ist u. a. die aktive Teilhabe Bonns an den verschiedenen Krisenstrategien des Westens in der Dritten Welt, sei es im Nahen Osten, im südlichen Afrika oder in Zaire. Jeweils fallen der BRD in verstärktem Maße Aufgaben im Rahmen der zwischenimperialistischen „Arbeitsteilung“ zu, die noch vor Jahren von den USA allein wahrgenommen worden wären. Dies ist zwar der durch Vietnam und Watergate objektiv

geschwächten US-Führungsrolle zuzuschreiben. Jedoch ist die Überlegung nicht von der Hand zu weisen, daß das initiativreiche Eingreifen der BRD etwa in die Suche nach neokolonialen Lösungsstrategien für das südliche Afrika neue Möglichkeiten eröffnet, die Sonderinteressen Bonns nach eigenen Einflußsphären in den jeweiligen Regionen der Dritten Welt durchzusetzen.

### Export des „deutschen Modells“

Wie begrenzt die Möglichkeiten der USA heute sind, die BRD in relevanten Fragen ins Schlepptau ihrer eigenen Interessen zu zwingen, hat nicht zuletzt der Verlauf der wirtschaftspolitischen Gipfeltreffen der letzten Jahre (Rambouillet 1975, Puerto Rico 1976, London 1977, Bonn 1978)<sup>17</sup> gezeigt, bei denen es neben der Erörterung gemeinsamer Antikrisenstrategien auch um die Festlegung des westlichen Vorgehens gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer ging. Wenn die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine z. B. in ihrer Auswertung des Londoner Gipfels das wesentliche Ergebnis als „Sieg des deutschen Kanzlers“ kolportieren konnte, so verweist dies darauf, daß es zunehmend gelingt, die spezifischen Anliegen des westdeutschen Kapitals auf der politischen Ebene international zur Geltung zu bringen. Der weltpolitische Anspruch des westdeutschen Imperialismus gründet sich dabei vor allem auf den relativen Erfolg

### Anmerkungen:

- 1) Während Brandt kürzlich in einem Referat die erstaunliche Einsicht verkündete, daß die Verlagerung arbeitsintensiver Produktion in die Länder der Dritten Welt deren Abstand zu den Industrienationen nicht verringern könne, gehört es gerade zum Programm der Bundesregierung, den Entwicklungsländern diese Arbeitsteilung aufzuzwingen.
- 2) Frankfurter Rundschau, 6. 5. 1978
- 3) Das Problem wird im Rahmen der Serie durch einen speziellen Beitrag vertieft.
- 4) Vgl. hierzu den Aufsatz von Robbe/Höpp/Mährdel: Theorie und Praxis nichtproletarischer Sozialismuskonzeptionen in afro-asiatischen Entwicklungsländern. Möglichkeiten und Grenzen eines kleinbürgerlichen Fortschrittsverständnisses. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 5/1975
- 5) Vgl. dazu den in der Interpretation der Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIWO) stark einseitig argumentierenden, für die Position der BRD jedoch brauchbaren Aufsatz: U. Müller-Plantenberg, Die Bundesrepublik Deutschland und die Neue Weltwirtschaftsordnung in: LATEINAMERIKA. Analysen und Berichte 2: Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe, hrsg. von V. Bennholdt-Thomsen u. a., Westberlin 1978, S. 79 - 102, hier: S. 84 ff.
- 6) Zweiter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, November 1975, S. 14
- 7) BDI-Mitteilungen, Nr. 3-4/1976. Die Positionen des westdeutschen Industriellenverbandes deckt sich hier nahtlos mit dem Konzept der Bundesregierung.
- 8) Siehe dazu und zu den folgenden Ziffern: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. 1976, S. 48 ff.
- 9) Süddeutsche Zeitung, 14. 6. 1978
- 10) Vgl. Fröbel u. a., a. a. O., S. 281 und 289 ff.
- 11) Der Spiegel, 24. 11. 1975
- 12) Vgl. zum Kräfteverhältnis im Rahmen der neokolonialen Beziehungen Westeuropas: E. Czaya, Westeuropa im Kampf um die Märkte der Entwicklungsländer, in: IPW-Berichte, Nr. 5/1978, S. 21-27
- 13) Vgl. dazu: AIB-Sonderdruck 2/1977 und AIB, 5/1978
- 14) Wortlaut des Vertrages zwischen Zaire und der westdeutschen Raketengesellschaft OTTAG, wie seine militärstrategischen Implikationen in: AIB 10/1977.
- 15) Siehe dazu: L. Knorr, Vor einer qualitativen neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/1976, S. 1336-1359. L. Knorr

des „Modells Deutschland“ angesichts anhaltender oder sich noch verschärfender Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. So war es wiederum Helmut Schmidt vorbehalten, den restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs im Innern als Modell für die ganze Welt anzupreisen: „Wir haben ein weltwirtschaftspolitisches Gewicht erreicht,“ so der Kanzler, „eine Bedeutung bekommen, der gerecht zu werden wir uns in der Tat große Mühe geben müssen. Wir tun das auch und glauben, daß wir bisher dieser Verantwortung gerecht geworden sind. Der Einfluß, den wir dabei ausüben, beruht nicht nur darauf, daß wir die zweitwichtigste Handelsnation der Welt sind, er beruht eben auch auf dem Erfolg der eigenen ökonomischen und sozialen Politik innerhalb des eigenen Landes. Er beruht auch auf dem Erfolg des eigenen deutschen Modells insgesamt.“<sup>18</sup>

Welch gravierende Folgewirkungen das „deutsche Modell“ für den Unabhängigkeitskampf und die soziale Befreiung der Völker der Dritten Welt hat, ist in diesem dreiteiligen Einleitungsbeitrag der Serie BRD-Neokolonialismus überblickartig aufgezeigt worden und soll in den folgenden Beiträgen vertieft werden. Daß derartiges aus dem Mund eines sozialdemokratischen Kanzlers kommt, kann schwerlich die Erinnerung an das Wort eines anderen Vertreters des deutschen Imperialismus überdecken, nach dessen Auffassung die Welt schon einmal „am deutschen Wesen genesen“ sollte. Weltpolitische „Verantwortung“ war hierzulande schon immer Synonym für weltweite Großmachtspolitik.

wird sich im Rahmen unserer Neokolonialismus-Serie speziell mit den militärpolitischen und rüstungswirtschaftlichen Ambitionen der BRD in der Dritten Welt befassen.

- 16) Vgl. dazu: AIB-Sonderdruck 2/1977
- 17) Vgl. etwa: D. Ipsen, Wirtschaftsdiplomatie auf Hochtouren, in Blätter . . ., Nr. 7/1977, S. 786-789
- 18) Modernisierung der Wirtschaft – Sichere Arbeitsplätze, Sozialdemokratische Fachkonferenz in Bremen, Bonn 1976, zit. nach: Müller-Plantenberg, a. a. O., S. 92

## Cuba Si! – XI. Weltfestspiele in Kuba ist das Motto der September-Ausgabe!

● Cuba Si! – Auf über zehn Seiten berichten die roten blätter in ihrer titelstory ausführlich, lebendig und reich bebildert über die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Kuba.

● In einer großen politischen Reportage fängt Franz Sommerfeld die Atmosphäre dieser Tage ein, berichtet von den zahlreichen Meetings, dem Tribunal „Jugend klagt den Imperialismus an“, der gestärkten Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, über Begegnungen am Rande – und über die Nöte der BRD-Presse.

● Zu Gast beim Volk: In den Straßen von Havanna werden die Delegierten von den Kubanern bewirtet – eine Farbfoto-Reportage der roten blätter.

● Fidel Castros Moncada-Rede in weiten Passagen rote-blätter-Lesern zugänglich gemacht.

● Die roten blätter dokumentieren den Abschlußappell der Delegationen zu den Weltfestspielen und die Abschlusserklärung der BRD-Delegation im vollständigen Wortlaut.



### Außerdem in diesem Heft:

- Bahro und die Linke
- Günter Nollaus aufschlußreiche Bekenntnisse
- Die AutorenEdition bleibt
- Im Polizeigriff: Die Gesamthochschule Duisburg
- Diskussion um den Programm-entwurf der DKP mit Beiträgen von Prof. G. Fülberth und Chr. Butterwege.

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Am billigsten im Abonnement. Ein Jahr für nur 14,80 DM (einschließlich Porto). Bestellungen an Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund.

## Manifest der Paraguayanischen Kommunistischen Partei



Polizei-truppe der Stroessner-Diktatur

Arbeiter und Bauern! Studenten und fortschrittliche Intellektuelle! Handwerker und Angestellte! Würdenträger und Gläubige der katholischen Kirche und anderer Religionen! Demokraten und Patrioten aller Parteien und gesellschaftlicher Kräfte! Patriotisch gesinnte Befehlshaber und Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen der Streitkräfte!

Vor 24 Jahren hat die faschistische Stroessner-Clique die Herrschaft an sich gerissen. Gestützt auf einen permanenten Ausnahmezustand sowie mit kriminellen Methoden des Polizeiterrors – hauptsächlich aber dank der Unterstützung durch den US-Imperialismus – hält sie sich seitdem an der Macht. Diese Unterstützung erfolgt im Rahmen einer ständigen ökonomischen und militärischen Hilfe, mittels Investitionen durch die großen Monopole, in Form von Wirtschaftsberatung bzw. direkten Eingriffen in die Wirtschaft, das Bildungswesen, die Streitkräfte und die Polizei unseres Landes.

### Stroessners nationaler Ausverkauf

Die Stroessner-Regierung, die sich „demokratisch“ nennt und vorgibt, unsere patriotischen Traditionen zu wahren, ist eine faschistische Diktatur im Dienste der transnationalen Konzerne, der US-amerikanischen und brasilianischen Monopole, sowie der mit dem Imperialismus liierten Oligarchie der einheimischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Es ist die Regierung der hohen faschistischen Befehlshaber und von Elementen aus der Zivilbevölkerung, die sich durch den in großem Umfang organisierten und öffentlich praktizierten Schmuggel und durch andere schmutzige Geschäfte bereichern. Es ist die verräterischste und korrupteste Diktatur unter allen Regierungen seit 1870.

Unter dieser Diktatur hat sich die Lage der Arbeiter, der Bauern, Angestellten, Handwerker, der werktätigen Frauen, Jugendlichen und Kinder extrem verschlechtert. Wurden 1950 insgesamt 12.000 Arbeitslose gezählt, so sind es gegenwärtig 80.000. Über 100.000 Werktätige verdienen sich ihren Lebensunterhalt nur notdürftig. Auf dem Land haben nur 50 % der Menschen im arbeitsfähigen Alter während des gesamten Jahres eine Beschäftigung; die andere Hälfte findet lediglich während einiger Monate Arbeit. Paraguay weist heute eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten der Welt auf: Von 1.000 Lebendgeborenen sterben 100 bis 150 Kinder vor Vollendung des 1. Lebensjahres.

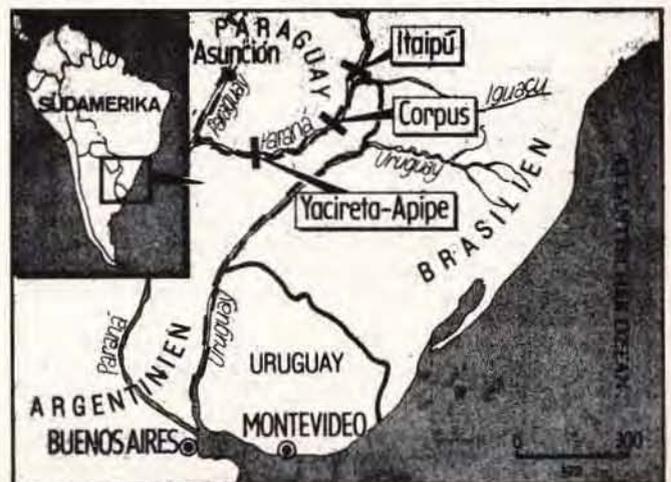
Fast 30 % der Bevölkerung sind Analphabeten; etwa die Hälfte der

Paraguayer kann mit Mühe lesen und ihren Namen schreiben. Jährlich können etwa 100.000 Kinder nicht die Schule besuchen. 70 % der Schüler sind gezwungen, noch vor Ablauf des 4. Schuljahres die Schulen zu verlassen, weil die Eltern kein Geld haben, und sie müssen arbeiten gehen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Ausbeutung der Kinder hat sich verschärft. Die Werktätigen und ihre Kinder leiden an Hunger. In den vergangenen vier Jahren sind die Löhne lediglich um 15 %, die Preise für Waren des täglichen Bedarfs in einigen Fällen hingegen bis um 100 % gestiegen. Während 80 % der Bevölkerung – das sind 2.100.000 Einwohner unseres Landes – ein Elendseinkommen von 11.970 Guarani im Jahr (100 Guarani = 0,82 Dollar; d. Red.) pro Person haben, erhält General Stroessner allein aus Staatsgeldern monatlich über 1 Mio Guarani als Gehalt und zur „Deckung seiner Unkosten“ in seiner Doppelfunktion als Präsident der Republik und Oberkommandierender der Streitkräfte. Außerdem häufen er, seine Minister und sein faschistischer Generalkübel durch den Drogenhandel, Bestechungsgelder von ausländischen Firmen und Spielkasinos, durch umfangreiche Investitionen im Handel und in der Industrie sowie durch den Aufkauf von Bauernwirtschaften und großen Ländereien einen sagenhaften Reichtum an.

Stroessner ist der Hauptverantwortliche für den Abschluß des anti-nationalen Vertrages von Itaipu (Vertrag vom 26. 4. 1973 über den Bau des Wasserkraftwerkes Itaipu am Paraná, abgeschlossen zwischen Paraguay und Brasilien; d. Red.), mit dem unser wertvollster Naturschatz an die brasilianischen Monopole ausgeliefert wird, hinter denen US-Monopole stehen. Unsere Partei hat die Tatsache entlarvt, daß „die in Itaipu produzierte Elektroenergie spottbillig an etwa 100 große Monopole, unter denen sich sehr viele aus den USA befinden, abgegeben wird, die im Industriegebiet des Bundesstaates São Paulo operieren“. Deshalb hat die US-amerikanische Federal Power Commission einen derartig niedrigen Preis für den Strom, den Paraguay aus dem Kraftwerk Itaipu an Brasilien abgeben muß (6.300.000 kWh), festgelegt, wobei vorgesehen ist, daß sich dieser Tarif in den nächsten 50 Jahren nicht verändern soll. Die Bedingungen des Ausverkaufs und des Verrats, die Stroessner im Vertrag von Itaipu mit seiner Unterschrift akzeptierte, sind das Ergebnis seiner einzig und allein den Interessen der ausländischen Monopole dienenden Politik. (...)

Wie es in unserem Programm heißt, sind die Interessen des Imperialismus eng mit denen des Großgrundbesitzes verbunden. 1535 Großgrundbesitzer verfügen über 75 % des Grund und Bodens, während 200.000 Bauern überhaupt keinen Boden besitzen.

Diese Situation hat sich zugespitzt, weil der Bodenreformschwindel



der faschistischen Stroessner-Clique nur den Interessen der brasilianischen Großgrundbesitzer dient, die in unserem Land Boden aufkaufen und ihn zu Höchstpreisen weiterverkaufen. Laut Jornal do Brasil vom 13. Februar 1978 haben sich 400.000 Brasilianer an der Grenze zwischen Paraguay und Brasilien niedergelassen. Ein etwa 100 km breiter Grenzstreifen in Richtung Asunción ist zu 95 % von Brasilianern besiedelt. Die von Stroessner gepriesene und geförderte Besetzung unseres Territoriums ebnet im Rahmen der Politik der „lebenden und beweglichen Grenzen“ der Annexion den Weg. (...) Die Paraguaysische Kommunistische Partei steht im Kampf für die Verteidigung der nationalen Souveränität in vorderster Front. Sie entlarvt systematisch die von der faschistischen Stroessner-Clique betriebene Politik des Ausverkaufs und Verrats. Deshalb unterdrückt die Diktatur besonders die Kommunisten und alle anderen demokratischen Kräfte, die den Kampf zum Schutz des Vaterlandes und der Menschenrechte aufgenommen haben.

Haussuchungen, Morde, Folterungen und das Verschwinden inhaftierter Patrioten sind heute in unserem Land alltägliche Erscheinungen. Verschwunden sind bis auf den heutigen Tag der Sekretär des Zentralkomitees unserer Partei, Miguel Angel Soler; der Vorsitzende der Kommunistischen Jugendorganisation, Derliz Villagra; die Gewerkschaftsführer Rubén González Acosta und Juan José Penayo sowie viele andere politische Häftlinge. Als wahrhafte Volkshelden sind sie ihren faschistischen Henkern standhaft und unbeugsam entgegengetreten. Für ihr Schicksal tragen Stroessner, sein Innenminister Montanaro und der sadistische Folterknecht Pastor Coronel persönlich die Verantwortung.

Paraguay ist das Land mit den am längsten eingekerkerten politischen Häftlingen Lateinamerikas. Seit nunmehr 14 Jahren schmachten der Bauarbeiter Severo Acosta Aranda, die Arbeiterin Idalina Gaona und der Ingenieur Virgilio Bareiro in Stroessners Kerkern, der Hauptmann Napoleón Ortigoza befindet sich sogar schon 16 Jahre in Haft. Zusammen mit Arbeitern, Bauern, Studenten und hervorragenden Vertretern der paraguayischen Intelligenz werden im Konzentrationslager Emboscada zahlreiche Frauen, darunter viele kranke Frauen und Frauen mit im Gefängnis geborenen Kleinkindern, wie Celsa Ramirez de Villagra, festgehalten.

### Teilerfolge gegen die Unterdrücker

Machtvolle demokratische Kräfte, die politischen Parteien – sowohl die legalen Oppositionsparteien als auch die illegalen Parteien – und die studentische Jugend kämpfen gegen die Unterdrückung durch das Regime und fordern, Schluß zu machen mit den Folterungen und der Ermordung von Patrioten. Sie verlangen Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen, Freiheit für die politischen Häftlinge, Abschaffung der faschistischen Gesetze 209 und 294 sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Die katholische Kirche, die ebenfalls den verschiedensten Verfolgungen ausgesetzt ist, verurteilt die Unterdrückungspolitik der Diktatur und verteidigt die Menschenrechte aktiv. Diese Haltung wird vom Volk begrüßt und unterstützt. Der Druck der Volksmassen und die von der Sowjetunion geführte machtvolle internationale Solidaritätsbewegung haben Stroessner gezwungen, einige der politischen Häftlinge freizulassen, unter ihnen solche, die 18 und 19 Jahre hinter Kerkermauern verbringen mußten. Dieser erneute Sieg der nationalen und internationalen Kampagne zur Freilassung der inhaftierten Patrioten beweist, daß der Diktatur durchaus wichtige Teilerfolge abgerungen werden können. (...)

Die schamlose Wahlfarce vom Februar dieses Jahres fand unter Bedingungen statt, die gekennzeichnet waren durch den permanenten Ausnahmezustand, durch mit politischen Häftlingen überfüllte Gefängnisse, Haussuchungen und Razzien, durch Folterung, Ermordung und das Verschwinden inhaftierter Patrioten sowie durch Repressalien sogar gegen die offiziell zugelassenen Oppositionsparteien. Mit letzteren wurde das Ziel verfolgt, die Oppositionsparteien zu spalten und Gruppen zu schaffen, die sich oppositionell geben sollen, in Wirklichkeit aber Stroessner gehorchen. Der gesamte Wahlapparat und die Auszählung der Stimmen standen unter der ausschließlichen Kontrolle der Diktatur, die die Wahlergebnisse nach ihrem Gutdünken manipulierte.

Diese Tatsachen haben endgültig die Falschheit und das totale Scheitern des sogenannten Prozesses der Demokratisierung gezeigt, den der US-Imperialismus unserem Land aufgezwungen hat. Damit ist erneut bewiesen, wie recht wir Kommunisten haben, wenn wir behaupten, daß die von Stroessner regelmäßig abgehaltenen Wahlkomödien keine demokratischen Veränderungen bringen. Für unser Volk existiert nur ein Weg, um sich von der politischen Unter-

drückung zu befreien und aus der Wirtschaftskrise herauszukommen: der Sturz der Diktatur durch den gemeinsamen Kampf der Massen in allen erforderlichen Formen und durch verschiedene Methoden des Kampfes je nach den konkreten Erfordernissen. (...)

Liberales, Febristen, Anhänger der Antistroessner-Colorado-Partei, Christdemokraten, Kommunisten, Unabhängige und Parteilose – schließen wir uns zusammen! Bilden wir unverzüglich an jedem Arbeitsplatz, in jeder Schule und in jeder Fakultät, in jedem Wohnbezirk der Hauptstadt, in jedem Dorf und in jedem Betrieb **Einheitskampfkommisionen**, selbst dann, wenn Einigung über nur einen einzigen Punkt unserer dringendsten ökonomischen und demokratischen Forderungen bestehen sollte.

Der sichere Weg zum Sieg ist der Weg des gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Kräfte; es ist weder der Weg des „erlösenden“ Staatsstreiches, der nur zur Auswechslung von Personen im Rücken der Massen genutzt würde, noch sind es die voreiligen Aktionen bewaffneter Gruppchen, die zum Scheitern verurteilt sind.

Das Zentralkomitee der Paraguaysischen Kommunistischen Partei schlägt allen demokratischen Kräften vor, ein nationales Koordinationszentrum oder eine patriotische Junta zu bilden, um den Kampf unseres Volkes zu koordinieren. Damit bestünde eine Kraft, die stärker als die Diktatur und – unterstützt durch einen Teil der Streitkräfte – in der Lage ist, die faschistische Stroessner-Clique zu stürzen und sie durch eine Regierung der demokratischen und patriotischen Einheit aus Zivilisten und Militärs zu ersetzen.

### Eine nationale Front gegen die Diktatur

Diese Regierung müßte ein **Minimalprogramm zur Demokratisierung** durchsetzen, das als Hauptziele umfassen sollte,

1. die Lage der verschwundenen Patrioten restlos aufzuklären sowie alle politischen Häftlinge freizulassen, den Ausnahmezustand aufzuheben und die faschistischen Gesetze Nr. 294 und 209 abzuschaffen, alle Parteien, Arbeitergewerkschaften, Studentenverbände, Bauernvereinigungen und andere Volksorganisation zu legalisieren, eine Generalamnestie ohne Ausnahmen zu erlassen sowie eine freie und souveräne Verfassungsgebende Nationalversammlung einzusetzen;
2. die Löhne und Gehälter zu erhöhen und sie an die Lebenshaltungskosten anzugleichen, den Bauern Boden und Eigentumsrecht zu geben und gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte und Kredite zu sichern, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen und die Immatrikulationsgebühren zu senken, die übermäßig hohen Steuern herabzusetzen sowie den öffentlich praktizierten Schmuggel zu verbieten;
3. die nationale Souveränität zu verteidigen und die den ausländischen Monopolen überlassenen Naturreichtümer zurückzuführen, den Vertrag von Itaipú zu annullieren und in Neuverhandlungen darüber einzutreten, die REPSA zu nationalisieren sowie alle Verträge, die die nationale Souveränität beeinträchtigen, zu annullieren;
4. eine unabhängige und auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtete Außenpolitik zu führen sowie gegenseitige Hilfe und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und allen Staaten, die bereit sind, mit unserem Land Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung der nationalen Souveränität zu unterhalten.

**Patriotisch gesinnte Befehlshaber, Offiziere und Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen der Streitkräfte der Nation!**

Unterstützt den heroischen Kampf unseres Volkes zur Befreiung unseres Vaterlandes von der Beherrschung durch ausländische Monopole und den Imperialismus und zur Befreiung von der faschistischen Unterdrückung!

Laßt nicht zu, daß die korrupte Stroessner-Clique und ihre Millionärs-generäle den Namen der bewaffneten Streitkräfte dazu mißbrauchen, die Naturreichtümer unseres Landes den US-amerikanischen und brasilianischen Monopolen weiterhin in den Rachen zu werden! Verhindert, daß die paraguayische Armee weiterhin als Werkzeug zur Verfolgung gegen das Volk mißbraucht wird. (...)

Bereiten wir uns gemeinsam auf immer größere Kämpfe vor, um den Sieg zu erringen!

Nieder mit der korrupten faschistischen Stroessner-Diktatur!  
Nieder mit dem Imperialismus!

Es lebe die Einheit des Befreiungskampfes des paraguayischen Volkes!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der Paraguaysischen Kommunistischen Partei  
Asunción, 20. Juni 1978

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 35 / 1978)

# Moncada-Rede Fidel Castros In Würde und Bescheidenheit



Die Moncada-Kaserne nach dem Guerilla-Angriff im Juli 1953; Fidel Castro, der Leiter der Moncada-Attacke, mit dem Feuer des XI. Festivals während der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag am 26. Juli 1978 in Santiago de Cuba

Verehrte Gäste!  
Genossen der Partei und der Regierung!  
Einwohner Santiago de Cubas!  
Landsleute!

Wir hatten schon 25mal Gelegenheit, den 26. Juli 1953 zu begehen; in den Gefängnissen, im Exil, in den Bergen und in unserem Heimatland, das mit den an jenem Tag erhobenen Waffen die Schlacht neu aufnahm, den gerechten, unvermeidlichen und notwendigen Kampf für den Vormarsch auf einem würdigen Weg einleitete. Der Befreiungskampf unseres Volkes begann nicht an jenem Tag; vielmehr wurde der heroische Marsch wieder aufgenommen, der 1868 von Céspedes angetreten und später von José Martí – diesem genau vor 100 Jahren geborenen außergewöhnlichen Mann – fortgeführt wurde, dem geistigen Urheber des Angriffs auf die Moncada.

## Auch wir hatten unsre Herren

Jahrtausendlang gab es in der Menschheitsgeschichte ein System, in welchem einige die Herren, und andere die Sklaven, Diener, Arbeiter, Bauern, letztlich das auf die verschiedenste Art unterdrückte Volk waren, dem die Humanität durch den Egoismus einiger, die Ohnmacht und Schwäche der anderen vorenthalten blieb, und in dem sich der objektive Entwicklungsprozeß der Gesellschaft – hervorgebracht von menschlichen Wesen, die sich gleichermaßen entwickelt haben von den elementarsten Lebensäußerungen bis hin zur wunderbaren physischen und moralischen Struktur des heutigen Menschen – von den primitivsten Formen zur gegenwärtigen Etappe erhoben hat.

Die Gesetze in Natur und Gesellschaft bestimmten einen

unbarmherzigen Weg, auf dem die Menschheit eine große Strecke unbewußt zurücklegte. Was die heutige Menschheit im Vergleich zu der zu anderer Epochen in eine bevorzugte Lage versetzt, ist die wunderbare Möglichkeit, die Natur beherrschen und erstmalig ihren eigenen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen zu können. Das genau ist es, was die noch in vielen Teilen der Welt weiterbestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Formen zu einem so großen Verbrechen werden läßt; das ist es, was dem Willen der Völker, den Aktionen und Kämpfen der Menschen für die Veränderung ihres Lebens höchsten moralischen und heroischen Sinn verleiht, und was der Konzeption der Revolution ihre vollste Bedeutung verleiht.

Wir hatten auch unsere Herren. Unsere indianischen Vorfahren hatten gar ihre Ausrotter; unsere afrikanischen Ahnen ihre Sklavenhalter; die Nachkommen der beiden und der Herren wurden beherrscht von den Kolonisatoren; das kubanische Volk, bereits als Nation konstituiert, hatte seine Neokolonialisatoren; unsere Arbeiter und Bauern hatten ihre sie ausbeutenden Kapitalisten und Grundbesitzer; unsere schwarze Bevölkerung und unsere Frauen hatten ihre Demütiger; unsere Kinder waren Analphabeten und litten unter Hunger und Krankheiten; unsere Erwachsenen lebten in Unwissenheit und Arbeitslosigkeit; unsere Alten waren schutzlos und vergessen. Solcher Art waren die Ungerechtigkeiten; und solcherart die Kämpfe. Jene Systeme brachten die Aufstände und den Tod der Indianer, die epischen Kämpfe der Sklaven, das heldenhafte Ringen der Unterdrückten, den 10. Oktober (10. 10. 1868, Beginn des 1. kubanischen Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien; d. Red.), den 24. Februar (24. 2. 1895, Eröffnung des 2. kubanischen Unabhängigkeitskrieges unter Führung Martí, Maceos und



Havanna vor 1959: Slumgürtel und Hunger gehörten zum Alltag

Gómez; d. Red.), den 26. Juli hervor.

Ein langer Weg lag hinter uns, als unserer Generation das Vorrecht zuteil wurde, den Sieg zu erringen und dessen reiche Früchte zu ernten. Deshalb können wir den Gedenktag unseres Aufstandes in jenem Zustand der Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit begehen, den so viele vorhergehende Generationen erträumten. Doch die Vorstellungen von Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit waren nicht in jeder Epoche die gleichen. Für den Sklaven bedeutete es in seiner Zeit einfach, jene schmachvolle gesellschaftliche und rechtliche Stellung abzuschütteln; für die Bourgeoisie hieß das, die Fesseln des Feudalsystems zu sprengen; für den Leibeigenen bedeutete es, das volle Recht über den Boden und dessen Früchte zu erhalten. Für den Arbeiter jedoch war die Vorstellung von Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit eine ganz andere: die vollständige Abschaffung jeder Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die volle und wirkliche Gleichheit aller Menschen, Brüderlichkeit und Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt. Unsere Revolution ist geprägt von dieser Epoche, der des Internationalismus und der des Sozialismus, der der vollkommensten und uneingeschränkten Vorstellung von Freiheit und Brüderlichkeit unter den Menschen.

### Den Marxismus nationalisieren?

Waren wir etwa bessere Revolutionäre als diejenigen, die uns vorangingen? Es waren die Zeichen der Zeit, die objektiven Bedingungen der Gesellschaft und der Welt, die uns zu Marxisten-Leninisten, Internationalisten, Sozialisten und Kommunisten werden ließen. Zu allen Zeiten, in jedem Land, in jeder Epoche kämpften die Revolutionäre und setzten ihre besten Energien für das edle Ziel des menschlichen Fortschritts ein, weshalb es unbegründet wäre, die heutigen Revolutionäre im Vergleich zu den vorangegangenen als besser anzusehen. Der qualitative Unterschied des heutigen Revolutionärs liegt in der tieferen Kenntnis der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft, was ihm ein außerordentliches Instrument des Kampfes und der gesellschaftlichen Veränderungen in die Hände gibt.

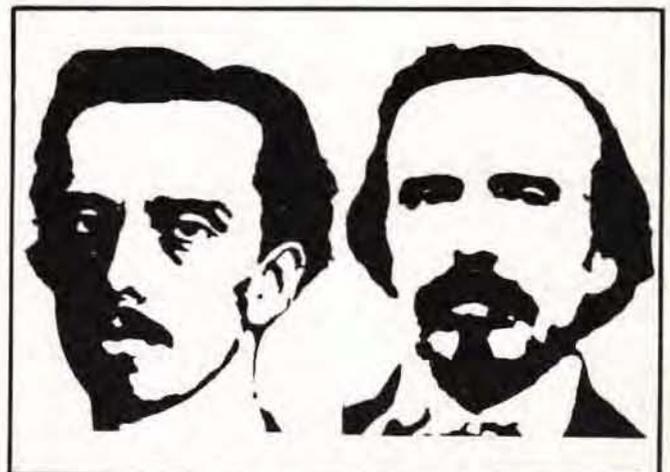
Den Theoretikern des wissenschaftlichen Sozialismus – Marx, Engels und Lenin – verdanken die zeitgenössischen Revolutionäre den unermesslichen Schatz ihrer Ideen. Wir können in vollster Überzeugung feststellen, daß unser Volk ohne sie nicht einen so gewaltigen Sprung in der Geschichte seiner gesellschaftlichen und politischen Entwicklung hätte tun können. Doch mit ihrer Hilfe alleine wären wir nicht in der Lage gewesen, ihn zu tun, hätten Marti, Maceo, Gómez, Agramonte (Rechtsanwalt, Autor der 1. unabhängigen Verfassung von 1869, Befehlshaber im 1. Unabhängigkeitskrieg Kubas

und 1873 gefallen; d. Red.), Céspedes (Zuckermühlenbesitzer, der 1868 die Freiheit seiner Sklaven proklamierte, bei Eröffnung des 1. Unabhängigkeitskrieges die Losung „Unabhängigkeit oder Tod“ ausgab und 1874 fiel; d. Red.) und weitere der Geschichte unseres Vaterlandes nicht den fruchtbringenden Keim und das grenzenlose Heldentum in unserem Volk und unserem Geist gesät. Auf dieser Grundlage wurde die wirkliche Revolution in Kuba durchgeführt, wobei wir von ihren einzigartigen Charakteristika ausgingen, den ihr eigenen Kampftraditionen und der konsequenten Anwendung der universalen Prinzipien. Diese Prinzipien gibt es. sie können nicht ignoriert werden.

Einige Wichtigtuer unserer Welt wollten den Marxismus nationalisieren und chauvinistisch ausdeuten; es gab auch solche, die sich als über Marx, Engels und Lenin stehend betrachteten, ohne dabei die äußerste Genauigkeit ihrer Forschungen und die unvergleichliche Bescheidenheit, die die Begründer unserer revolutionären Lehre auszeichnete, und die Tatsache zu berücksichtigen, daß sich die Menschen nicht ihr eigenes Denkmal für die Zukunft setzen können, sondern daß die Völker und die objektiven Tatsachen jedem seine Rolle in der Geschichte zuweisen. Nicht ohne Grund wandte sich der klügste unserer Patrioten gegen die menschliche Großtuererei, indem er uns lehrte, daß aller Ruhm der Welt in einem Mais Korn Platz hat.

Heute ist es weder nötig, auf bereits mehr als bekannte Tatsachen einzugehen, noch die Verdienste einer Aktion zu würdigen, deren Zeuge oder Teilnehmer viele der hier Anwesenden waren.

Wir wollen in erster Linie unserem Volk und der Jugend der Welt, die glücklicherweise mit uns diesen Jahrestag begeht, sagen, daß der Sieg einer Idee in einem Land immer das Er-



Kubanische Nationalhelden: Agramonte (l.), Céspedes

gebnis der Anstrengungen vieler Generationen und der Mithilfe der ganzen Menschheit ist. Hier an diesem Ort, in den Mauern dieser Festung, wurden nach der bewaffneten Aktion Dutzende von Jugendlichen – ähnlich denen, die sich dieses Jahr in unserem Lande treffen – brutal gefoltert und schließlich ermordet von jenen, die die Interessen der Ausbeuterklassen und der imperialistischen Monopole verteidigten in einem nutzlosen Versuch, den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Mit der Wut und dem Haß jener, die weder Unehrebarkeit der Völker dulden noch verzeihen – wie in den Tagen des Spartakus, der Commune von Paris, Vietnam und Chile – wurden alle Ruchlosigkeiten der Unterdrücker gegen die tapferen revolutionären Kämpfer begangen.

Die Reaktionäre haben immer geglaubt, daß ihre Macht unbesiegbar und ewig sei. Die hätten niemals gedacht, daß sich eines Tages im ersten sozialistischen Land der westlichen Hemisphäre, in Sanitago de Cuba, und innerhalb der Mauern dieser militärischen Bastion, die Vertreter des besten und fortschrittlichsten Teiles der Weltjugend und des Volkes versammeln würden, dessen Söhne jenen ungleichen Kampf geführt haben, um den siegreichen 25. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada und die XI. Weltfestspiele zu feiern. Dies zeigt, daß keine gerechte Hoffnung der Völker unerreichbar, kein Rückschlag unumkehrbar, kein Opfer umsonst, kein reaktionäres Regime ewig ist.

### Kein Opfer ist umsonst

Wozu soll der Jugend der Welt erklärt werden, was Unterdrückung, Unterentwicklung, Kapitalismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Faschismus und Imperialismus bedeuten, wenn viele Jugendliche es am eigenen Leib erfahren haben und noch erleben. Unsere Erfahrungen waren nicht anders; unsere Kämpfe um Freiheit und Fortschritt waren nicht anders als die, die heute in vielen Teilen der Welt geführt werden. Unser Kampf war der ewige Kampf aller unterdrückter Völker; unsere Feinde waren und sind die gleichen Feinde; unsere Siege sind die Siege der gesamten fortschrittlichen Menschheit, heute und morgen.

Die Tatsache, daß Kuba 25 Jahre nach jenem Ereignis, dessen wir heute gedenken, nach einem langwierigen heroischen und siegreichen Kampf, erfolgreich den Sozialismus in unmittelbarer Nachbarschaft des grausamsten und mächtigsten Imperium der Welt aufbaut, ist ohne Beschönigung und Übertreibung ein Erfolg der revolutionären Weltbewegung und eine ermutigende Lektion für alle Völker, wenn auch die Imperialisten und schamlose Verräter der Sache des Internationalismus, die heute zu Lakaen und Verbündeten der Unterdrücker der Welt geworden sind, dies zu ignorieren suchen. Gegen unser Volk konzentrierte sich aller Haß des amerikanischen Imperiums. Eine unversöhnliche Blockade, die fast



Nationalhelden (v. l. n. r.): Gómez, Martí und Maceo

schon zwei Jahrzehnte dauert, wurde gegen unser Land verhängt, und ein ausländischer Militärstützpunkt wird in unserem Land unter unverschämter Mißachtung des Willens und der nationalen Souveränität aufrechterhalten. Verschwörungen, Komplotts, Sabotageakte und Aggressionen aller Art zogen sich über viele Jahre hin. Finstere Komplotts zur physischen Vernichtung der Führer der Revolution – heute öffentlich von ihren Urhebern eingestanden – wurden von den höchsten Stellen der USA ausgearbeitet und ausgeführt. Es gab keine Methode, keine Verfahrensweise und kein Hilfsmittel, die nicht gegen unser Land zur Anwendung kamen, und wenn sie auch noch so illegal und schmutzig waren. Krankheiten und Seuchen zur Vernichtung unserer Pflanzen und Nutztieren wurden von den Imperialisten in unser Land eingeschleust.

Ein heldenhafter ideologischer Kampf wurde von der revolutionären Vorhut auch gegen diejenigen geführt, die es einstmals gewohnt waren zu regieren, zu befehlen, zu entscheiden und ihre Denkweise den Völkern Lateinamerikas aufzuzwingen.

Wofür haben die Imperialisten dies getan? Was verteidigen sie? Was wollten sie in unserem Land erhalten? Die ausländische Herrschaft über unsere Bodenschätze, unsere Reichtümer und die Früchte des Schweißes unseres Volkes; korrupte und blutgierige Regierungen im Dienste ihrer Interessen; Bauern ohne Land, ausgebeutete Arbeiter; ein unwissendes hungriges, hoffnungsloses Volk; Kinder ohne Lehrer und Ärzte; Erwachsene, mit Krankheiten behaftet, jedoch ohne medizinische Betreuung; Väter ohne Arbeit, Tausende von Müttern, die oftmals keinen anderen Ausweg als die Prostitution hatten; Diskriminierung auf Grund der Rasse oder des Geschlechts; verlassene alte Leute; Spielkasinos, Laster, Korruption und blutige politische Unterdrückung.

Vergleicht jetzt unser Vaterland mit den übrigen Völkern Lateinamerikas. Es gibt weder imperialistische noch kapitalistische Herrschaft und wir sind heute das einzige Volk dieser Hemisphäre ohne Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, Bettel, Prostitution, Glücksspiel und Rassendiskriminierung. In unserem Kontinent sind wir führend auf dem Gebiet des Gesundheits- und Bildungswesens, der Kultur und des Sports. Wir sind die absoluten Herren über unsere ökonomischen Reichtümer und Bodenschätze. Wir planen unsere Entwicklung und in unseren Händen allein liegt der ökonomische, soziale und kulturelle Fortschritt unseres Volkes. Unsere Schwierigkeiten sind die gleichen objektiven Schwierigkeiten, die jedes unterentwickelte Land der Erde hat, aber unser Vorzug ist, daß wir zwar mit Strenge und Bescheidenheit, aber in Freiheit und Würde über die Zukunft bestimmen.

Wie haben die kubanischen Revolutionäre diesen Sieg erreicht? Durch Entschlossenheit; Prinzipienfestigkeit; enge Bindung zu den Massen; absolutes Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Sache und die Kraft unseres Volkes, seinen Heroismus und seine Opferbereitschaft; durch die internationale Solidarität; und durch die Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Bewegung, der sozialistischen Gemeinschaft und besonders mit der ruhmreichen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Wir sagten:

Nein zu Mutlosigkeit angesichts von Mißgeschicken!

Nein zu den Schwierigkeiten!

Nein zum Pessimismus!

Nein zur Angst!

Nein zum Aufgeben!

Nein zum Opportunismus!

Nein zu ideologischen Zugeständnissen!

Nein zu engstirnigem Nationalismus und zum Chauvinismus!

Nein zum Mißbrauch der Macht!

Nein zur Verletzung der Prinzipien!

Nein zur Korruption!

Nein zur Selbstverherrlichung!

Nein zur Vergötterung der Führer!  
 Nein zu dem lächerlichen Personenkult!  
 Nein zur Unfehlbarkeit von Revolutionären!  
 Aber wir waren in der Lage zu sagen:  
 Ja zur Solidarität unter den Menschen!  
 Ja zum Marxismus-Leninismus!  
 Ja zum konsequenten Antiimperialismus!  
 Ja zum proletarischen Internationalismus!  
 Ja zur Notwendigkeit einer avantgardistischen Partei!  
 Ja zur kollektiven Leitung und zu revolutionären demokratischen Normen!  
 Ja zu Selbstkritik und dem Eingestehen und Verbessern von Fehlern!  
 Ja zur Bescheidenheit!  
 Ja zur vollkommenen und absoluten Hingabe zum Volk!  
 Ja zur Bewunderung und Achtung gegenüber denen, die durch ihren vergangenen Kampf das heutige Vaterland ermöglichten!  
 Ja zur ewigen Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die sich mit uns solidarisierten und die uns durch ihre uneigennützig und edle Unterstützung halfen, die imperialistischen Aggressionen zu überstehen.



Abel Santamaria (l.), Stellvertreter Fidels als Kommandeur der Moncada-Attacke, wurde von Batista-Folterern ermordet; in diesen Gefängnissen auf der Isla de Pinos (r.) waren die Überlebenden von Moncada inhaftiert

Das Kuba, das Ihr heute seht, ist nicht einmal der blasser Schatten dessen, was es vor 20 Jahren war. Die Kasinos, die Bettler, die Arbeitslosen und die Bordelle waren die ersten Eindrücke, die auf den Besucher einwirkten. Diese Dinge gibt es heute nicht mehr. Aber glaubt nicht, daß notwendigerweise diese nach der Revolution vollzogene Veränderung jeden Besucher erfreute. In den Tagen der Unidad Popular besuchte uns das Flaggschiff der chilenischen Marine. Viele Kadetten, in bürgerlicher und kapitalistischer Mentalität erzogen, waren unzufrieden, weil sie in Havanna keine Bordelle fanden, wie in allen Hauptstädten Lateinamerikas, in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa. Vor der kubanischen Revolution existierten das Bordell und das Schafott nebeneinander – wie heute in Chile.

Jene unterentwickelte, neokolonialistische und kapitalistische Lebensart, die der Nation auferlegt worden war, hielt sich durch die blanke Gewalt und war Erkennungszeichen und Hauptresultat der imperialistischen Herrschaft in unserem Land. Sie bildeten weder Ärzte noch Lehrer aus, aber sie unterrichteten die Schergen in der Kunst des Folterns, der Entführungen und der Ermordung von Oppositionellen und Revolutionären, wie es heute in Nicaragua, Chile, Uruguay, Paraguay und weiteren unglückseligen Ländern Amerikas und der Welt geschieht, wobei weitaus raffiniertere Techniken des Pentagon und der CIA angewendet werden. Sie lehrten, wie man einen Kommunisten verfolgt, eine Gewerkschaft spaltet und den eigenen Mann installiert, wie und was man in einer Zeitung schreiben sollte, welche Filme man sehen, welche Radioprogramme man hören und welche Bücher man lesen sollte. Sie bestimmten, wann investiert und welche Gewinne gemacht werden sollten; nicht umsonst waren sie die

absoluten Herren unserer Finanzen, unserer besten Ländereien und der Naturreichtümer des Landes. Sie legten unsere Politik und unsere Zukunft fest.

Und was noch schlimmer ist, denn diese Auswirkungen reichen bis in die heutige Zeit und sind schwieriger abzutragen: Sie zwangen unserem armen und unterentwickelten Land die Konsumgewohnheiten und Sitten der entwickelten und kapitalistischen Welt auf. Ihre Entwicklung wurde durch die unbarmherzigste Ausbeutung des eigenen Volkes und der kolonialisierten oder neokolonialisierten Welt sowie durch die fürchterlichste Ungleichheit im Austausch mit den wirtschaftlich rückständigen Ländern erreicht.

### „Der Mensch lebt nicht für Autos allein!“

Die bürgerliche Gesellschaft schafft ihren bürgerlichen Geschmack und ihr bürgerliches Landschaftsbild in Stadt und Land, und diese können nicht die der Gesellschaften der Arbeiter sein. Neben den Palästen der Millionäre gibt es die Slums, und neben den modernen Autobahnen, die von schnellen luxuriösen Autos befahren werden, gibt es schlammbe-

deckte Wege, auf denen einfache Bauern laufen. Die bürgerlichen Länder legen statistische Ziffern über ihren Pro-Kopf-Verbrauch vor, aber sie sagen kein Wort über den riesigen Unterschied zwischen dem Verbrauch eines Millionärs und dem, was ein Arbeiter, ein Arbeitsloser, ein Bettler erhält.

In unseren Städten werdet ihr keine auffälligen und übertriebenen Leuchtreklamen sehen, weil wir unseren Bürgern nicht durch bedingte Reflexe einhämmern wollen, welche Limonaden sie zu konsumieren haben oder welche Zigaretten sie rauchen sollten, wie man dies in jenen Gesellschaften macht, die lächerlicherweise vorgeben, frei zu sein. Stattdessen könnt ihr sehen, wie in vielen entlegenen Winkeln unserer Landgebiete Glühlampen in den Klassenzimmern unserer Tausenden Landschulen, unserer Polikliniken und in den Häusern unserer Bauern leuchten. Ihr werdet in unseren Zeitungen keine Reklame, keine Hochzeitsankündigungen und Geschichten über Partys und Vergnügungsaktivitäten der Reichen finden, die den Werktätigen, den wahren und einzigen Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums nie interessiert haben. Genauso wenig werden unsere Radio- und Fernsehstationen ständig ihr Programm zu Werbezwecken unterbrechen, weil unsere Massenkommunikationsmittel der Information, der Erziehung und der Kultur dienen, nicht aber gesellschaftlichen Nichtigkeiten und vulgären kommerziellen Interessen.

Es mag manchmal sogar an Farbe für unsere wichtigsten Gebäude fehlen, doch werden nie in einer Schule Lehrer oder Bücher fehlen, und alle Kinder und Bürger unseres Landes werden Ärzte und Medizin in unseren Krankenhäusern vor



In der Sierra Maestra nahm die Bewegung 26. Juli den bewaffneten Kampf wieder auf

finden, wenn sie sie benötigen. Ihr werdet nicht sehen, daß unsere Straßen von modernen lautstarken Autos verstopft sind, die enorme Mengen an Energie verbrauchen, weil wir die kollektiven Verkehrsmittel fördern und entwickeln und das private Auto als einfaches Arbeitsinstrument betrachten, das die sozialen Dienstleistungen der Techniker, Ärzte, Lehrer und anderer Werktätiger unserer Gesellschaft unterstützen kann.

Oftmals haben wir uns gefragt, was aus der Welt und ihren natürlichen und energetischen Reichtümern würde, wenn jede Familie in Asien – in China oder Indien beispielsweise –, Afrika und Lateinamerika ein Auto hätte, entsprechend dem von der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft kreierten fiktiven, absurden Ideal. Jemand hat einmal gesagt, daß man nicht vom Brot alleine leben könne. Heute können wir sagen: „Der Mensch lebt nicht nur von Autos (und für Autos) allein!“

Das, was die Ausbeutung der Welt und den Kapitalismus hervorgebracht hat, kann niemals das Modell für jene 7 Mrd Menschen sein, die die Welt in den nächsten 25 Jahren bewohnen werden. Wir meinen, daß die Energie und alle anderen wesentlichen Ressourcen in erster Linie zur Gewährleistung von Ernährung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Kultur und anderer grundlegender Erfordernisse für das Wohlergehen des Volkes eingesetzt werden müßten, welches eine andere Vorstellung vom Leben, von der Gesellschaft und den Früchten der menschlichen Arbeit hat. Diesem Ziel widmen wir unsere bescheidenen Mittel, inmitten der gemeinen und unbarmherzigen Wirtschaftsblockade, welche die mächtigen und reichen USA unserem heroischen Land aufgenötigt haben.

### Unsere Stärke ist das revolutionäre Bewußtsein

Aber trotz alledem kann niemand die Fortschritte Kubas übersehen, die beweisen, was man alles machen kann, selbst wenn man arm ist, vorausgesetzt die Gerechtigkeit des Sozialismus existiert. In unserem Vaterland könnt Ihr jeden Bürger mit einem Buch unter dem Arm antreffen, denn wir alle wollen studieren, lernen, und die Welt, in der wir leben richtig deuten. Wir sagen niemandem, er solle glauben; wir sagen allen, sie sollen – denken, studieren und entscheiden. Die Imperialisten versuchen lächerlicherweise unser Land darzustellen als ein mit Gewalt aufrechterhaltenes System. Natürlich gibt es Gewalt, aber diese Stärke liegt weder in den Waffen, noch in den Gesetzen oder in den staatlichen Institutionen; sie liegt im Volk, in den Massen, in den revolutionären Überzeugungen und der politischen Bildung jedes Bürgers. Unsere Stärke liegt nicht in der Lüge oder der De-

magogie, sondern in der Aufrichtigkeit, der Wahrheit und dem Bewußtsein. Mehr noch, das Volk besitzt die Waffen und nutzt sie zur Verteidigung der Revolution, ohne Folter, ohne Verbrechen, ohne Todesbataillone, ohne Verschwundene, ohne Ungesetzlichkeiten oder Willkürakte, wie es sie täglich in jenen Ländern gibt, in denen der Imperialismus reaktionäre Regimes des Unrechts und der Unterdrückung an der Macht hält. Dies beginnen heute sogar unsere erbittertesten Feinde anzuerkennen – das sind die Früchte der Prinzipien und der revolutionären Ethik, die wir zur Zeit des Sturms auf die Moncada-Kaserne gesät haben, und deren Saat während des Befreiungskrieges und bei der Weiterentwicklung der Revolution aufging. Über Berge imperialistischer Verleumdungen hinweg erhebt sich fest und unbesiegbar unsere historische Realität.

Unser Land schickt sich an, seinen gerechten Marsch fortzusetzen. Wir erarbeiten jetzt unseren 2. Fünfjahrplan. Es werden ernsthafte Untersuchungen über die Perspektiven unserer ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung bis zum Jahr 2000 durchgeführt. Wir werden zu einem relativ nahen Zeitpunkt einen 20 Jahre umfassenden Prognoseplan haben. Jede Provinz, jede Stadt und jeder Kreis wird mit der größtmöglichen Präzision wissen, wie ihre Zukunft aussehen wird und welche Aufgaben sie im Rahmen der nationalen Entwicklung des Landes zu lösen hat. Wenn man sich eine Vorstellung von der Zukunft machen will, genügt es zu sagen, daß allein in diesem Jahr 18.000 Kubaner ihr Diplom als Unter- und Mittelstufenlehrer erhalten haben. Für jene, die denken, daß Kuba zu einem Land von Soldaten wird, sei darauf hingewiesen, daß die Zahl solcher Absolventen wie Unter- und Mittelstufenlehrer 20 mal höher liegt als die Zahl derer, die in diesem Jahr Offiziere unserer Streitkräfte wurden, und das obwohl es für jeden Kubaner eine sehr große Ehre ist, Soldat oder Offizier zu sein, weil die Waffen in unserem Vaterland und selbst außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes im Dienst der edelsten Ziele der Revolution und des Internationalismus stehen. Wir alle sind schließlich Soldaten der Revolution, aber es ist viel schwieriger zu wissen, wie man lehrt als zu sterben. Mehr als einmal kämpften und starben unsere Menschen für dieses Recht, denn die Menschen müssen auch zu sterben wissen, damit die Menschheit leben kann.

Wir gehen entschieden auf unserem Weg weiter, ein Land mit einem hohen Kulturniveau zu werden. Unser Weg kennt auf diesem Gebiet keine Grenzen. Wir werden von dem Leben, was unsere Technik, unsere natürlichen Ressourcen und unser Schweiß schaffen können. Und wir werden keine Egoisten sein, wie eine in ihr eigenes Haus eingeschlossene Schnecke; wir werden der Welt alles geben, was unserer revolutionären und internationalistischen Freigiebigkeit möglich ist.



Kriegsrat in der Sierra Maestra mit Che Guevara, Fidel und Raul Castro (v.l.n.r.)

Was ist unser eigenes Leben ohne Euch; was ist Kuba ohne die übrige Welt?

Wenn unsere Träume von gestern heute Wirklichkeit geworden sind, so werden unsere heutigen Träume morgen Wirklichkeit werden. Und ebenso wird es allen Völkern der Welt ergehen, wenn wir fähig sind, gemeinsam von einer besseren Zukunft zu träumen.

Da man über die Wirklichkeit nicht hinweggehen darf, muß man sagen, daß die Menschheit heute mit ernststen Problemen konfrontiert wird. Zuallererst stellt sich die lebenswichtige Frage, die Gefahr eines nuklearen Krieges zu bannen. Zu anderen Zeiten haben die Menschen ihre politischen Konflikte mit Steinäxten, Lanzen, Pfeilen und Bogen, Schwertern, Kanonen und sogar mit Flugzeugen, Kriegsschiffen und Panzern ausgetragen. Jedoch waren in keiner anderen Ära der Geschichte so todbringende Massenvernichtungswaffen bekannt wie jene, die heute existieren. Was gestern das Spiel verantwortungsloser Ambitionen genannt mochte – etwas, das sich die privilegierten Klassen leisten konnten, um ihre Interessen zu verteidigen und ihr Ziel einer Aufteilung der Welt oder der Auslöschung der fortschrittlichen Ideen zu verfolgen, wie sie es im 2. Weltkrieg wahrnahmen – wird heute, mit den modernen und hochentwickelten Massenvernichtungswaffen, zu einem allgemeinen Selbstmord und einem Verbrechen gegen die Menschheit. Noch vermochte niemand zu zeigen, daß der Mensch fähig sein könnte, die teuflischen Waffen zu überleben, die er produziert hat.

Wenn wir eine grundlegende Analyse der Realitäten vornehmen, werden wir sehen, daß der politische und gesellschaftliche Fortschritt der Menschheit insgesamt nicht an ihre Zerstörungs- und Ausrottungskapazität heranreicht. Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte sind nicht diejenigen, die diese furchtbare und gefährliche Situation geschaffen haben. Wladimir Iljitsch Lenin verkündete die Losung des Friedens und der Koexistenz zwischen allen Nationen der Welt zur Zeit der Geburt des ersten sozialistischen Staates. Der Sozialismus, dessen wirtschaftliches Hauptziel in der Entwicklung der Produktivkräfte und der gerechten Verteilung der Früchte der Arbeit besteht, hat absolut keinen Bedarf an Kriegen, nach der Neuaufteilung der Welt und an der Aufrüstung. Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und der Grundbedürfnisse des Menschen erfordern in keiner Weise die Investitionen unermesslicher menschlicher und materieller Mittel für das sterile Wettrüsten. Der erste sozialistische Staat erklärte den Nationen mit anderen Worten: „Gesellschaftssystem keinen Krieg; die imperialistischen Mächte waren diejenigen, die beschlossen, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat mittels Intervention und Blockade zu beseitigen und gleichzeitig die revolutionäre Bewegung in allen Teilen der Welt zu vernichten. Diese Politik erzeugte den Faschismus



Ankunft sowjetischer Entwicklungshelfer auf Kuba

mus und den 2. Weltkrieg. Der Kreuzzug Hitlerdeutschlands, das sich durch Zusammenarbeit mit anderen imperialistischen Mächten mit Waffen hochrüstete, gegen die Sowjetunion, kostete den ersten sozialistischen Staat das Leben von 20 Mio seiner besten Söhne. Einen hohen Preis mußten auch die Völker der imperialistischen Länder für das verworrene antikommunistische, profaschistische Abenteuer der ihrer Regierungen zahlen.

Wer könnte diese historischen Wahrheiten leugnen? Wer könnte die Tatsache verhehlen, die die kapitalistischen Länder die Hauptverantwortung für den Ausbruch jenes Krieges tragen? Wer könnte vergessen, daß es der Sozialismus war, der eine Universalherrschaft des Faschismus unmöglich gemacht hat? Welches Land, wenn nicht die USA wurde als wirkungsvoller Ersatz für Hitlerdeutschland zum Kreuzritter des Antikommunismus und der Konterrevolution in der Welt? Welches andere Land kann ernsthaft den Weltfrieden bedrohen? Wer vertritt eine Politik der Stärke? Wer hat die Welt überall mit Militärbasen übersät? Wer treibt das Wettrüsten voran? Wer braucht die Rüstungsindustrie, um den inneren Wirtschaftsproblemen die Stirn zu bieten und die Interessen der mächtigen Monopole zu befriedigen?

Diejenigen, die den sozialistischen Ländern ihr Verteidigungsprogramm zum Vorwurf machen, vergessen die Lehre des Faschismus und die historische Wahrheit, daß der Imperialismus mit seinen Aggressionen, Blockaden und Drohungen unsere Länder gezwungen hat, beträchtliche Mittel für Militärzwecke auszugeben, die den Erfordernissen und Zielen des sozialistischen Systems völlig fremd sind. Wir Marxisten-Leninisten wissen prinzipiell, daß die gesellschaftlichen Veränderungen nicht von außen aufgedrängt werden können; und ebensowenig können sie verhindert werden, wenn die Völker entschlossen sind, diese Veränderungen mit allen Mitteln durchzuführen. Die sozialistischen Länder haben nicht die Absicht, die Revolution zu exportieren. Niemand exportierte den Sozialismus in die Sowjetunion wie ihn auch niemand nach Kuba exportierte. Seit dem Entstehen des Sozialismus versuchten nur die imperialistischen Länder ihr System zu exportieren – Kapitalismus, Reaktion, Konterrevolution und Faschismus.

## Krieg – Sache der privilegierten Klassen

Welches Interesse kann die Menschheit am Wettrüsten haben? Wozu Geld für Waffen ausgeben, das die Völker für Lebensmittel, Wohnungen, Gesundheit, Bildung und Erholung brauchen? Hunderte Milliarden von Dollars werden Jahr für Jahr für militärische Ziele investiert. Berge von todbringenden Waffen häufen sich in jedem Jahr vor den entsetzten Augen einer Welt auf, die Berge von Problemen hat: Unterentwicklung, Hunger, enormes Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit, Krankheiten, Analphabetennum, steigender Mangel an Nahrungsmitteln und Naturressourcen, und Verschmutzung der Umwelt.

Es ist klar, daß es nur eine endgültige Lösung für diese Tragödie gibt: Die Menschheit muß die Phase des Kapitalismus und Imperialismus überwinden, und soziale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit müssen sich im Weltmaßstab entwickeln. Aber das ist eine Aufgabe, die dem Volk eines jeden Landes zufällt. Die Menschheit muß für eine bessere Zukunft bewahrt werden. Eine pessimistische Haltung hinsichtlich der Notwendigkeit und Möglichkeit des Friedens, wie sie jene haben, die die Unvermeidbarkeit eines Krieges prophezeihen – und ihn sogar anheizen, weil sie denken, daß sie die einzigen Überlebenden sein werden – ist unzulässig und absolut unverantwortlich.

Die Völker haben die Pflicht, für den Frieden und, zur gleichen Zeit, für soziale Veränderungen zu kämpfen. Lassen wir uns durch Drohungen einschüchtern? Nein, weil wir Opti-

misten sind und weil wir wissen – wie uns Karl Marx lehrte daß die Unterdrückten nichts als ihre Ketten zu verlieren haben.

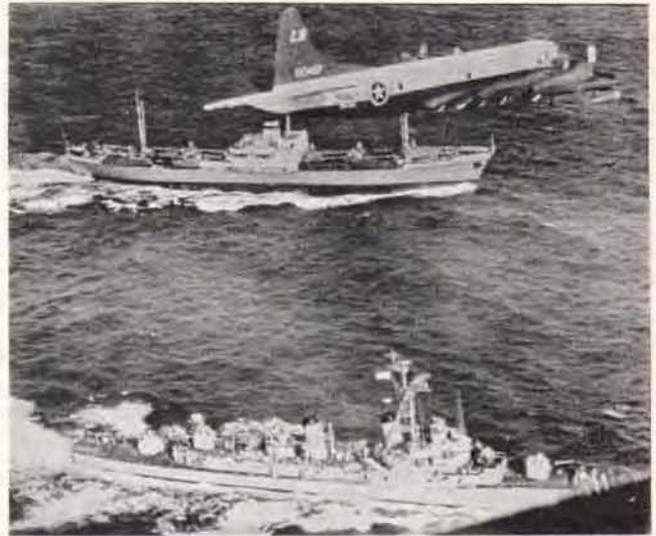
Die US-Regierung hißt gegenwärtig die Fahne der Menschenrechte. Wir Marxisten-Leninisten, die wir dem Menschen seinen materiellen und geistigen Wohlstand, seine ökonomischen, sozialen und politischen Rechte gegeben haben die Möglichkeit, unser Leben zu leben, und die wir für die Aufhebung jeglicher Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen, werden naturgemäß immer für wahre Menschenrechte eintreten. Wir werden uns sogar freuen, wenn die Predigten von Carter irgendeinen Einfluß auf seine engen Verbündeten wie Nikaragua, Salvador, Guatemala, Haiti, Chile, Paraguay, Uruguay, Argentinien, Brasilien, Zaire, Südafrika, Saudi Arabien, Iran, Südkorea und andere ihres Schlages haben, damit sie ihre Praktiken des Völkermords und ihre Gewohnheiten, die Kämpfer für Demokratie und Fortschritt zu foltern, verschwinden zu lassen und zu ermorden, einstellen. Wenn sie irgendeinen derartigen Einfluß nähmen, würden die kapitalistischen, neokolonialistischen, proimperialistischen Regimes und das der Vereinigten Staaten selbst ein bißchen weniger unmenschlich sein. Aber es muß erst noch bewiesen werden, daß ein kriegslüsternes, imperialistisches, bürgerliches Regime irgendjemandem in der Welt inner- oder außerhalb seiner Grenzen wahre Menschenrechte versprechen kann, weil ein solches System nur unter Einsatz all seiner Hilfsquellen und Mittel – sowohl im In- und Ausland – Bestand haben kann, um den Rechten und Interessen des Großkapitals zu dienen.

### Die „Menschenrechte“ der Carter-Mafiosi

Auf welchem moralischen Grund können die Herrschenden einer Nation von Menschenrechten sprechen, in der Milliardäre und Bettler existieren; Indianer ausgerottet, Neger diskriminiert werden; wo die Frauen Prostituierte sind; und wo große Massen von Chicanos, Puertorikanern und Lateinamerikanern verachtet, ausgebeutet und erniedrigt werden? Wie können die Herrschenden eines Imperiums dieses Geschrei anstimmen, in welchem die Mafia, das Glücksspiel und die Kinderprostitution alles durchdringen; wo die CIA-Pläne zur weltweiten Spionage und Subversion organisiert und das Pentagon Neutronenbomben entwickelt, die Gegenstände unversehrt lassen während sie die Menschen vernichten – ein Imperium, das die Reaktion und Konterrevolution in der ganzen Welt unterstützt, das die Monopole bei ihrer weltweiten Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen stimuliert, das den ungleichen Handelsaustausch, eine protektionistische Politik, eine unglaubliche Verschwendung der Naturreichtümer und ein System des Hungers für die Welt fördert?

Wie können dies die Vertreter einer kapitalistischen und imperialistischen Gesellschaft tun, deren Wesen in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die verbunden ist mit Egoismus, Individualismus und dem völligen Fehlen menschlicher Solidarität besteht? Wie können diejenigen diese Losung verfechten, die die blutrünstigen reaktionärsten und korruptesten Regierungen der Welt militärisch ausbilden und ausrüsten, solche wie die Sozomas, Pinochets, Stroessners, der Gorillas in Uruguay, Mobutus und des Schahs des Iran, um nur einige Fälle zu nennen. Wie können diejenigen von solchen Rechten reden, die enge Beziehungen zu den Rassisten Südafrika aufrechterhalten – die 20 Mio Afrikaner unterdrücken, diskriminieren und ausbeuten – und die den zionistischen Aggressoren große Mengen an hochmodernen Waffen liefern, welche das palästinensische Volk von seinem Land vertrieben haben und die sich weigern, den arabischen Völkern die entrissenen Territorien zurückzugeben?

Wie können sie von Menschenrechten sprechen, die Führer



Oktoberkrise 1962: US-Flugzeuge verfolgen sowjetische Schiffe vor Kuba

eines Staates, dessen Geheimdienstzentralen Attentate gegen die Führer anderer Länder organisierten und dessen Armeen über Vietnam Massen von Explosivstoffen entluden, die Hunderten von Atombomben gleichkamen wie sie über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, und die Millionen von Vietnamesen umgebracht haben ohne jemals Reue zu zeigen oder Entschädigung für das vernichtete Leben zu zahlen – die Führer eines Staates, der traditionell in Lateinamerika intervenierte, der die Völker dieses Kontinents seinem Ausbeuterjoch unterwarf und der verantwortlich dafür ist, daß jährlich Hunderttausende Kinder an Krankheit und Hunger sterben? Kurzum, wie kann die imperialistische Regierung, die gewaltsam einen Militärstützpunkt auf unserem Territorium aufrechterhält und unser Volk einer verbrecherischen Wirtschaftsblockade unterwirft, von Menschenrechten sprechen?

Es wäre wunderbar, würde Präsident Carter mit seinen Predigten mit gutem Beispiel vorangehen und die Freiheit für Lolita Lebrón und die übrigen puertorikanischen Patrioten verfügen, die sich seit mehr als 25 Jahren widerrechtlich im Gefängnis befinden, sowie der willkürlich eingekerkerten Wilmington 10, und würde er eine Amnestie für die Tausenden US-amerikanischen Schwarzen erlassen, die aufgrund der Diskriminierung, der Arbeitslosigkeit und des Hungers gezwungen waren, Verbrechen zu begehen.

### Konstante der Yankee-Politik: die Lüge

Jeder US-Regierende hat eine rhetorische Phrase für Lateinamerika und die Welt: einer spricht von „der Politik der guten Nachbarschaft“, ein anderer von der „Allianz für den Fortschritt“. Jetzt wird die Losung der „Menschenrechte“ gebraucht. Nichts hat sich an der US-Politik gegenüber der Hemisphäre und der Welt verändert; alles blieb beim alten; stets überwog die Kanonenbootdiplomatie und Dollardiplomatie, das Gesetz des Stärkeren. Die Phraseologie ist so vergänglich wie die Administrationen. Das einzige konstante an der Politik der Yankees ist ihr Hang zur Lüge.

Wir haben gesagt, daß der Imperialismus den Faschismus in Lateinamerika, die Apartheid in Afrika und den Neokolonialismus auf allen Kontinenten unterstützte, aber die imperialistische Politik ist viel ausgeklügelter: Sie treibt die Spaltung der sozialistischen Länder voran, ermutigt nationalistische Strömungen, schwärmt für den Chauvinismus und sucht Verbündete in der fortschrittlichen Bewegung. Der Imperialismus – der sich ehemals mit Zähnen und Klauen dem Nationalismus als Manifestation des Unabhängigkeitswillens der Völker gegen das Kolonialsystem widersetzte und ihn als Ausdruck des antiimperialistischen Kampfes und der Ver-

teidigung der legitimen Interessen jedes Landes bekämpfte und bekämpft – hegt die Hoffnung, daß die Übersteigerung dieses selben Gefühls – d. h. des Chauvinismus – mit den Prinzipien des Sozialismus und des Internationalismus kollidieren wird. Sie glauben, sie sind der Meinung, daß diese Strömung in Asien, Afrika und Lateinamerika mächtiger werden wird als der revolutionäre und internationalistische Geist.

Außerdem bauen sie auf die Technologien ihrer Industrieländer, das Monopol ihrer internationalen Kreditagenturen und ihre enormen Währungsreserven, die der kapitalistische Westen noch immer besitzt. Zu dem Gold, das sie in Jahrhunderten der Ausbeutung ihrer eigenen Werktätigen und der kolonialisierten, neokolonialisierten und anderer unterentwickelter Länder angehäuft haben, kommen jetzt die akkumulierten Milliarden solcher Staaten wie Saudi Arabien und Iran, die ihre märchenhaften Einkünfte teilweise aus ökonomisch rückständigen Ländern schöpfen. Mit diesen Mitteln versuchen sie die fortschrittliche Bewegung der Nationen der sogenannten Dritten Welt zu vernichten.

Es ist eine Tatsache, daß sich die Weltwirtschaftskrise in starkem Maße auf Länder mit fortschrittlichen Regierungen und wenigen Ressourcen auswirkt, die mit Schulden überhäuft und dem unbarmherzigen Ansturm der Finanzprobleme ausgeliefert sind. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erringen rechtsgerichtete Kräfte in einigen Ländern Wahlsiege, während die Reaktion zum Faschismus Zuflucht sucht, um diese Schwierigkeiten mittels der brutalsten Repression zu überwinden. Der Internationale Währungsfond und andere Kreditagenturen, die traditionelle Werkzeuge der US-Politik sind, stellen schwer erfüllbare Bedingungen, untergraben die Basis der Regierungen, die ihnen nicht genehm sind, im Volk und unterhöheln ihre politische Stabilität. Diese Umstände begünstigen die Druckausübung und Nachgiebigkeit – und somit in einigen Ländern der Welt vorübergehende Siege für die Reaktion.

### **Chinas Verrat – Schlag für die fortschrittlichen Kräfte**

Wir wären unaufrichtig, würden wir leugnen, daß die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung selbst sich ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber sieht. Der abstoßende Verrat, den die chinesischen Führer an der Sache des Internationalismus begingen, ihre wahnwitzige politische Haltung und ihr schamloses Bündnis mit den imperialistischen Mächten sind für die fortschrittlichen Kräfte der Welt ein harter Schlag gewesen.

Vietnam, Angola und Kuba – kleine Länder, die sich ein festes, anerkanntes Prestige in der Welt erwarben mit ihren heldenhaften Taten, die sie in Vergangenheit und Gegenwart in ihrem entschlossenen, festen, unbeugsamen Kampf gegen den Imperialismus vollbrachten – sind jetzt Opfer von brutalen Angriffen, Feindseligkeiten und Verleumdungen der verräterischen chinesischen Führung. Nach nahezu 20 Jahren der US-Aggression und -Anfeindung gegen unser Land, was uns nie in die Knie zwingen konnte, sind wir jetzt Zeuge wie die gegenwärtige chinesische Führung unglaubliche und infame Versuche unternimmt, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba und die Präsenz einer Marine-Base der Yankees auf unserem Territorium zu rechtfertigen. Zwischen den imperialistischen und chinesischen Nachrichtendiensten gibt es heute keinen Unterschied mehr in dem gemeinen und niederträchtigen Sprachgebrauch und in ihren perfiden, primitiven Argumenten, mit denen sie Kuba attackieren. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die so entscheidend für die Festigung und das Überleben der kubanischen Revolution in den schwierigsten Jahren war, als uns die Imperialisten den Zuckermarkt verschlossen und die Lieferung von Lebensmitteln, medizinischen Gütern, Brennstoff, Ersatzteilen und Rohstoff-

fen einstellten, die für uns wesentlich waren, wird niederträchtig verleumdet. Neben der entscheidenden ökonomischen Hilfe, die wir erhielten, werden wir Kubaner auch niemals die Tatsache vergessen, daß die Waffen, die wir zur Selbstverteidigung in Playa Girón gegen die imperialistischen Aggressoren benutzten, aus der Sowjetunion kamen. Die Tatsache, daß die USA keinen Völkermord mit einer direkten Aggression gegen Kuba begehen konnten, ist zum großen Teil auf die Solidarität und Unterstützung der UdSSR zurückzuführen. Die Geschichte kann nicht so grob verzerrt werden. Das menschliche Wort wurde für edlere Ziele geschaffen.

Die internationalistische Politik Kubas; die grenzenlose Großzügigkeit unseres Volkes, dessen Söhne in Angola gegen die südafrikanischen Rassisten kämpften, um zu verhindern, daß dem angolanischen Volk die – in einem 15 Jahre währenden heldenhaften Kampf – errungene Unabhängigkeit entrissen würde; und unsere Solidarität in der Schlacht der äthiopischen Revolution gegen die ausländische Aggression, die von den USA, den NATO-Mächten und den arabischen reaktionären Kräften geschürt wurde, sind von den chinesischen Führern ebenso grob und niederträchtig und sogar in einer schlimmeren Sprache – ungeschickter, offener verfälschend – verunglimpft worden. Der Internationalismus, seine Ideale der Solidarität und Brüderlichkeit unter den Völkern sind die schönste Essenz des Marxismus-Leninismus. Ohne den Internationalismus würde die kubanische Revolution überhaupt nicht existieren. Internationalist zu sein, d. h. für uns, unsere Schuld an der Menschheit abzutragen.

### **Kubas Internationalismus ist so neu nicht**

Obwohl wir nicht gerne von dem unbeirrbar Weg sprechen, auf dem die kubanische Revolution ihre internationalistischen Pflichten erfüllt hat, muß daran erinnert werden, daß unsere militärische Zusammenarbeit mit Angola und Äthiopien nichts Neues war. Kubanische Soldaten gingen 1963 in die Bruderrepublik Algerien, um sie gegen die ausländische Aggression zu unterstützen, als man in den Monaten nach dem Sieg ihres heroischen Unabhängigkeitskampfes versuchte, ihr ein Stück ihres Territoriums zu entreißen. Kubanische Soldaten gingen 1973 nach Syrien, als jenes Land nach seinem letzten Krieg gegen die zionistischen Aggressoren unsere Hilfe erbat. Kubanische Kämpfer kämpften und starben, um Guinea-Bissau und Angola vom portugiesischen Kolonialismus befreien zu helfen. Es ist kein Geheimnis, daß hochgeschätzte Genossen, die an unserem Guerrillakampf in der Sierra Maestra teilgenommen hatten, an der Seite Ches in Bolivien fielen.

Diese internationalistische Tradition der kubanischen Revolutionäre geht zurück auf die Zeit vor dem Triumph der Revolution, als mehr als tausend Freiwillige, viele von ihnen Kommunisten, nach Spanien gingen, um dort gegen den Faschismus zu kämpfen. Die internationale Solidarität, die Opferbereitschaft und der Kampf der Kommunisten hatten tiefe und eindrucksvolle Wurzeln in der revolutionären Weltbewegung seit den ruhmreichen Tagen der Pariser Commune. Die Yankee-Imperialisten üben Solidarität mit der Reaktion, der Bourgeoisie und dem Faschismus. Hunderttausende von US-Soldaten und -Militärexperten befinden sich in Westeuropa, der Türkei, Saudi Arabien, im Iran, Südkorea, Japan, der Bundesrepublik Deutschland und in Dutzenden anderer Länder. Weshalb können die Imperialisten zusammenarbeiten, die Revolutionäre aber sollen es nicht?

Unsere Militärberater, die sich in Afrika und anderen Teilen der Welt befinden, wurden von absolut souveränen Regierungen angefordert. Die USA dagegen haben Zehntausende von Soldaten in Panama gegen den Willen dieses Volkes. Die USA haben auf dem nationalen Territorium Kubas gegen den Willen unseres Heimatlandes Tausende Marine-

infanteristen stationiert. Welches Recht haben die Vereinigten Staaten, den Rückzug unseres militärischen Personals aus Afrika zu fordern, wo dieses sich dort befindet auf ausdrücklichen Wunsch von absolut unabhängigen fortschrittlichen und revolutionären Regierungen? Wie soll man jene politisch und moralisch nennen, die diese Forderungen des Imperialismus unterstützen?

Seitdem man in der Volksrepublik China einen lächerlichen Sterblichen zu einem Gott gemacht hat, die Partei und ihre besten Kader in den Tagen des verrückten Abenteuers der Kulturrevolution (1966-69; d. Red.) vernichtet hat und sich vom kleinbürgerlichen Geist und Großmachtchauvinismus fortreiben ließ, der sie zum Verrat am Internationalismus und zur Umwandlung eines sozialistischen Staates in eine nepotistische Satrapie (Nepotismus = Vetternwirtschaft, Satrap = Gefolgsmann; d. Red.) geführt hat, in dem die Gattinnen und Schwiegersöhne der Regierenden zu Mitgliedern des Politbüros wurden, ist nichts mehr unmöglich.

Wen wundert es da noch, daß die chinesische Regierung heutzutage das blutige, faschistische Regime Pinochets und die anderen repressiven und reaktionären Militärregierungen Lateinamerikas unterstützt? Kann es noch überraschen, daß sie mit Mobutu und mit den Interventionsstreitkräften der NATO zusammenarbeitet? Kann es noch überraschen, daß sie sich Südafrika gegen Angola anschließt; mit Somalia in seiner Aggression gegen die äthiopische Revolution; Ägypten in seiner Ausverkaufs- und Separatsfriedenspolitik; den konservativen und reaktionären Kräften Englands und der BRD; der NATO in Europa und dem Yankee-Imperialismus allorts; oder daß sie in gefährlicher und dummer Anmaßung auf die Unvermeidbarkeit eines 3. Weltkrieges setzt?

Aber das verabscheuungswürdigste unter den Verbrechen der chinesischen Führung ist die Feindseligkeit gegenüber Vietnam. Niemand kann übersehen, daß der Maoismus und

die chinesische Führungsschleife hinter dem kampucheanischen Extremismus steckt; niemand kann übersehen, daß sie hinter den Provokationsakten gegen Vietnam stecken; niemand kann übersehen, daß sie hinter dem künstlich geschaffenen „Problem der Hoas“ stecken. Gegenwärtig führt man in China eine große öffentliche Kampagne chauvinistischer Prägung gegen die Vietnamesen, und hat jegliche wirtschaftliche Zusammenarbeit eingestellt. Durch diese kriminelle und skrupellose Art werden die vietnamesischen Anstrengungen zum Wiederaufbau des durch den imperialistischen Krieg grausam zerstörten Landes sabotiert.

### Chinas größtes Verbrechen: Vietnam

Diese Aktionen der chinesischen Regierung erinnern uns an die Yankee-Vorherrschaftspolitik gegenüber Kuba. In den ersten Jahren der Revolution versuchten die Imperialisten ebenfalls Schiffe ohne unsere Erlaubnis zu landen, um junge Yankee-Staatsbürger herauszuholen; sie förderten die Emigration von zehntausenden Kubanern, vor allen Dingen Freiberuflern, Spezialisten und Facharbeitern; sie führten eine gewaltige Verleumdungskampagne gegen Kuba und ergriffen ernste Maßnahmen der Wirtschaftsblockade.

Vietnam – das Vaterland des bescheidensten und konsequentesten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, des unvergeßlichen und geliebten Ho Chi Minh –, Vietnam, das Land jenes tausendfach heldenhaften Volkes, dessen patriotische und revolutionäre Heldentaten die Welt in Erstaunen versetzt haben, ist heute ebenfalls Opfer des Verrats und der Aggression Chinas. Vor einigen Tagen informierten die Nachrichtendienste über Verletzungen der vietnamesischen Grenze durch ein Schwadron von chinesischen Militärflugzeugen. Wenn die verbrecherischen Hände nicht rechtzeitig aufgehalten werden, können wir Zeugen noch ernsthafter militärischer Provokations- und Aggressionsakte Chinas gegen das heldenhafte Vietnam sein. Deshalb müssen wir dem Volk Vietnams unsere entschlossenste Solidarität und Unterstützung entgegenbringen. Unsere Partei schlägt vor, die Solidaritätskomitees für Vietnam neu zu beleben angesichts der Bedrohung der imperialistischen Aggression, diesmal – so absurd das auch scheinen mag – von den funkelneuen Verbündeten im Lager der Konterrevolution ausgestoßen.

Die Mißachtung der Völker, der Normen und Prinzipien muß eine Grenze haben; sie muß an irgendeinem Punkt zum Stehen gebracht werden; sie muß tatsächlich auf festen Widerstand im universalen Bewußtsein treffen. Nicht einmal mehr Albanien, ein kleines sozialistisches Land, das in den Anfängen der Spaltung der revolutionären Bewegung China unterstützte, folgt ihm heute noch. Auch diesem Land wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgekündigt.

Früher oder später wird das chinesische Volk, das arbeitsam, kämpferisch, aufopferungsvoll, heldenhaft und revolutionär ist, mit den Verrätern abrechnen, die ihre schönen internationalistischen Fahnen dem Imperialismus zu Füßen legten. Es gibt zwei Wege in der Welt: die Reaktion und den Fortschritt. Man muß sich entscheiden; es ist nicht möglich, neutral zu bleiben.

Im Zusammenhang mit den Problemen, die innerhalb der revolutionären Bewegung aufkamen, haben der Opportunismus, die prinzipielle Politik und die gegenüber dem Imperialismus versöhnlerische Tendenz in der letzten Zeit eine gewisse Stärke erlangt. Opportunismus, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Chauvinismus, Demagogie und politische Feigheit haben bei vielen Schlüsselfragen zu Schwankungen geführt.

Es ist unmöglich neutral zu bleiben im Kampf der arabischen Völker für die Rückgewinnung ihrer besetzten Gebiete und die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes; es ist unmöglich neutral zu bleiben gegenüber den Kämpfen zwischen den Völkern Afrikas und ihren Neokolonisatoren, zwischen Angola und seinen Invasoren, zwischen dem sah-



Internationalistisches Vorbild Che



Angolas Präsident Neto während seines Kubabesuches bei der Besichtigung von Playa Giron in Begleitung von Raul Castro, Außenminister Rodriguez und Fidel (v. r. n. l.)

rauischen Volk und den Okkupanten seines Territoriums, zwischen der äthiopischen Revolution und den somalischen Aggressoren; zwischen der jemenitischen Revolution und der arabischen Reaktion; zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären arabischen Ländern; zwischen Vietnam und denen die es bedrohen und peinigen; zwischen den südafrikanischen Rassisten und dem afrikanischen Volk Südafrikas; zwischen der Patriotischen Front Zimbabwes und Ian Smith; zwischen Moçambique und den rhodesischen und südafrikanischen Faschisten; zwischen Namibia und seinen Kolonialherren; zwischen dem Volk Zyperns und den ausländischen Okkupanten; zwischen den fortschrittlichen und den Rechtskräften des Libanon; zwischen Allende und Pinochet; es ist unmöglich, neutral zu sein in solchen Fragen wie der Souveränität Panamas über den Kanal, dem Recht der Völker von Belize und Puerto Rico auf Unabhängigkeit, und der Blockade gegenüber Kuba und des US-amerikanischen Flottenstützpunktes in Guantánamo; es ist unmöglich, neutral zu sein, was den Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und Faschismus und jegliche Situation betrifft, in der es um den politischen, ökonomischen und sozialen Kampf zwischen den reaktionären und progressiven Kräften der Welt geht.

Unsere Revolution ist bekannt für ihre Zurückweisung jeglicher Art des politischen Opportionismus. Diese kämpferische, klare, feste und entschlossene Linie Kubas gegenüber der gerechten Sache der Völker, seine gewachsene Autorität und sein gestiegenes Ansehen in der internationalen Arena beunruhigt gewisse Leute – besonders den Yankee-Imperialismus, der vergebens versucht hat, unsere Revolution zu isolieren und zu zerstören. Nachrichten aus den Vereinigten Staaten besagen, daß die Regierung dieses Landes an 15 nichtpaktgebundene Staaten herangetreten ist, um die Stellung Kubas innerhalb dieser Bewegung zu untergraben. Aber die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder ist nicht die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.), das

Kolonialministerium, in dem der Imperialismus nach seinem Gutdünken als Herr dieser Hemisphäre entscheidet. Es wäre gut zu wissen, welche 15 Außenministerien die Vereinigten Staaten kontaktiert haben und was diese Außenministerien geantwortet haben. Seit wann haben die Vereinigten Staaten das Recht, die nichtpaktgebundenen Länder zu beraten und orientieren? Was für schamlose Regierungen sind das, die sich zu diesem Spiel bereitfinden?

### **Kubas Regierung ist unküflich**

Wir sind stets dafür eingetreten, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenen – welche Kuba an der Seite Nassers, Nehrus, Nkrumahs und anderer Staatsführer, von denen viele unglücklicherweise nicht mehr am Leben sind – an ihrer Qualität und nicht an ihrem zahlenmäßigen Umfang gemessen werden sollten. Wir waren stets dagegen und werden weiter dagegen auftreten, daß ihr Länder, die Militärpakten angehören, an dieser Bewegung teilhaben. Stets haben wir es abgelehnt und werden es auch in Zukunft ablehnen, das faschistische, reaktionäre Regierungen, Schachfiguren des Imperialismus, als trojanische Pferde in diese Bewegung eingeschleust werden. Wir waren stets und sind weiterhin der Meinung, daß die Nichtpaktgebundenen-Bewegung nicht eine formlose, opportunistische Strömung auf schwachen Füßen sein darf, sondern eine imperialistische, antikolonialistische und fortschrittliche Kraft sein sollte, die einen positiven Einfluß auf die Weltpolitik nehmen kann. In diesem Geist wurde sie geschaffen und anders kann sie auch nicht aufgefaßt werden.

Kuba ist ein nichtpaktgebundenes Land, weil es keinem Militärpakt angehört, aber es wendet sich entschieden gegen die Reaktion, den Imperialismus, den Kolonialismus, den Faschismus, den Rassismus, den Zionismus, gegen ungleiche Handelsbeziehungen und die Ausbeutung der unterentwickelten Länder. Kuba unterstützt entschlossen die Befreiungsbe-

wegungen, die gerechte Sache und die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt – grundlegende Ziele, für die die Nicht-paktgebundenen-Bewegung geschaffen wurde. Warum sorgen sich die USA jetzt so sehr um die VI. Gipfelkonferenz in Havanna? Warum versuchen sie, sie zu sabotieren? Wer spielt das Spiel dieses Manövers? Welche Ziele verfolgen sie im Schoße unserer Bewegung? Es ist klar, daß den USA, den Verrätern, der Opportunisten, den Neokolonialisten, den Schwankenden, und denen, die mit Prinzipien handeln, die kämpferische, feste, überzeugte und ehrliche Rolle Kubas in Dorn im Auge ist.

Andere Regierungen bieten sich zum Ausverkauf an, die Regierung Kubas aber wird man niemals kaufen können. Die Vereinigten Staaten wissen dies. Wir werden kein Zugeständnis machen; wir werden unsere internationalistischen Prinzipien nicht verraten; wir werden uns niemals den Forderungen und der imperialistischen Erpressung des Imperialismus beugen. Wir verfolgen keine chauvinistischen Interessen.

Unsere Außenpolitik ist kein Handelsobjekt. Wir sind bereit, solange es notwendig sein sollte, der imperialistischen Blockade selbstlos und würdig Widerstand zu leisten. Andere mögen nachgeben, sich bestechen lassen und Verrat üben, aber Kuba wird als Beispiel einer Revolution bestehen bleiben, die sich nicht ausliefert, die sich nicht ausverkauft, und nicht auf die Knie fällt.

### Aufhören, des Menschen Wolf zu sein

Die Aussicht des Kampfes schüchtert uns nicht ein; seitdem wir den Weg der Revolution wählten, wurden wir niemals von Kleinmut überfallen. Kein wirklicher Kommunist fürchtete jemals die Schwierigkeiten. Mit der stählernen Härte unbeugsamer Revolutionäre schmiedeten wir unser Heimatland. In unserem Geist und in unserem Herzen pulsieren die reinsten Ideen von Marx, Engels und Lenin; in unseren Adern fließt das Blut der Helden von 1868, 1895 und 1953, von Céspedes, Martí, Maceo, Abel Santamaria, Frank Pais, Camilo und von Che (die vier Letzteren sind Helden des 26. Juli 1953 bzw. des Befreiungskrieges 1956 - 59; d. Red.); der Helden von Yara, von Baire, der Moncada, der Granma, der Sierra, von Girón und der Oktoberkrise; der internationalistischen Helden des antifaschistischen Spanien, von Angola und Äthiopien.

Wenn aus unserem Volk Freiwillige zur Erfüllung internationalistischer Missionen aufgefordert werden, dann bitten nicht Tausende oder Zehntausende, sondern hunderttausende von Kämpfern um die Ehre, ausgewählt zu werden. Die gleiche Erwidern zeigen die kubanischen Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Techniker und andere Werktätigen, wann immer sie um Zusammenarbeit von Zivilisten mit Afrika und anderen Teilen der Welt gebeten werden. Das spiegelt den Geist unseres Volkes wider; das beweist unser politisches Niveau, den vollen Triumph der revolutionären Ideen, den kommunistischen Geist der Solidarität der Männer und Frauen unseres Heimatlandes.

Die revolutionäre Weltbewegung hat in diesem Jahrhundert gewaltige Fortschritte gemacht. Ihre Kräfte nehmen zu; ihre Reihen erstarken; und ihre Erfahrungen werden reicher. Der Verrat, der Wahnwitz, die Schwächen und die Blindheit jener, die wegen Selbstgefälligkeit, Hochmut, kleinbürgerlicher Dummheit, Chauvinismus oder Opportunismus nicht in der Lage waren, auf dem hellen Weg der Revolution voranzuschreiten, wird niemals den siegreichen Vormarsch der Menschheit aufhalten.

In der Epoche, in der wir leben, gibt es für die Menschheit in ihrer Gesamtheit keinen Mittelweg zwischen Krieg und Frieden; Frieden und die zivilisierte, friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sind der klügste und einzige Lösungsweg. Unterdessen muß jedes

Volk ohne fremde Einmischung sein eigenes wirtschaftliches und gesellschaftliches Schicksal selbst bestimmen, und das wird kein anderes als der Fortschritt sein, das einer gerechten und solidarischen Welt, in der der Mensch – wie Marx und Engels sagten – aufhört, des Menschen Wolf zu sein.

Die Kräfte des Sozialismus und des Friedens sind heutzutage stark genug, um den Imperialismus an seiner Politik der Hegemonie, des Krieges und des Rückschritts in der Welt zu hindern. Diese Kräfte – unter ihnen unser geliebtes Bruderland, das ruhmreiche Heimatland Lenins, konstituieren eine sehr starke, unüberwindliche Sperre gegenüber den Gelüsten, dem Abenteuerertum und den Ausschreitungen der Reaktion in der gegenwärtigen Phase. Diese Kräfte bewahren Asien, Afrika und Lateinamerika und seine Naturreichtümer davor, von neuem von den Imperialisten aufgeteilt und kolonisiert zu werden. Die Menschheit wird nicht in die Vergangenheit zurückfallen; der Frieden wird gewahrt werden; die Völker werden auf dem Wege des Fortschritts voranschreiten, ohne daß irgendetwas und irgendjemand sie aufhalten könnte.

Moncada ist ein Beispiel dafür, und die kubanische Revolution gibt eine anspornende Bestätigung dieser Wahrheit. Die XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden, antiimperialistische Solidarität und Freundschaft, die wir zum erstenmal auf der westlichen Halbkugel mit Optimismus, mit großen Hoffnungen in die Welt von morgen und mit der absoluten Überzeugung begehen, daß die Zukunft ganz dem Fortschritt, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit zwischen den Menschen und den Völkern gehört, sind hierfür ein unumstößlicher Beweis.

Vaterland oder Tod!

Wir werden siegen!

(Quelle: Granma, Havanna, 6. .8. 1978)

## Filme zur Solidarität mit Chile

- \* ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN
- \* ERINNERE DICH MIT LIEBE UND HASS
- \* DIE FÄUSTE VOR DER KANONE
- \* EINE MINUTE DUNKEL MACHT UNS NICHT BLIND
- \* CHILENISCHER SEPTEMBER
- \* DER KRIEG DER MUMIEN
- \* EL GOLPE BLANCO
- \* PABLO NERUDA
- \* VENCEREMOS
- \* GELDSORGEN
- \* MITBÜRGER
- \* PSALM 18

FILMLISTE ANFORDERN!

Dantestr. 29  
Postfach 45  
8000 München 19  
Tel: 089-156061

**UNIDOC**  
**Film für den Fortschritt**

*Die jüngste Zuspitzung des chinesisch-vietnamesischen Konflikts hat viele Fragen aufgeworfen, die nach Ausleuchtung der Hintergründe, nach einer eingehenderen Rekonstruktion des Konfliktverlaufes verlangen. Wo liegen die tieferen Ursachen, wo die aktuellen Beweggründe der Fluchtbewegung der vietnamesischen Auslandschinesen (Hoas)? Welche Berührungspunkte zwischen dem Konfliktgeschehen an der kampucheanischen und chinesischen Grenze zu Vietnam lassen sich nachweisen? Was sind die eigentlichen Motive, was die konkreten Folgen des Bruchs China / Kampuchea mit der Sozialistischen Republik Vietnam? Bei der Suche nach schlüssigen Antworten sollen Einschätzungen und dokumentarische Materialien weiterhelfen, mit denen wir in diesem Heft beginnen. Nach den jüngsten Ereignissen im neuen Konflikt um Vietnam scheint es mehr als fraglich, daß sich der seit 1975 von Kampuchea entfachte Grenzkrieg (siehe Dokumentation in AIB 4 / 1978) ohne Zutun der VR China am Leben halten konnte. Wenig Zufälligkeit verriet auch das Pekinger Ausreizen des Hoa-Problems, das in die Aufkündigung jeder Wiederaufbauhilfe für Vietnam mündete. China stellte sein gesamtes Hilfsprogramm mit der Begründung ein, die Mittel würden für die Ansiedlung der aus Vietnam geflohenen Hoas benötigt. Bereits 1975 — also zeitgleich mit dem Beginn der kampucheanischen Grenzverletzungen — hatte China die unentgeltliche Hilfe für Vietnam gestrichen, seit 1977 auch keine Kredite mehr bewilligt. Als letzten Schritt stellte man nunmehr die Arbeiten an allen Projekten Chinas in der SR Vietnam ein und rief die Experten zurück. Oder muß man die chinesische Führung vielleicht für so naiv halten, nicht zu wissen, welch schweren Schlag sie damit dem sozialistischen Aufbau Vietnams zufügt? Und warum mehrten sich nach wie vor chinesische Armee- und Bandenübergriffe auf vietnamesisches Territorium? Es hat bereits Tote und Verwundete gegeben. Schließlich: Bei den auf Drängen der SRV endlich am 8. August aufgenommenen chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen verhält sich die Vertretung Peking nicht gerade konstruktiv: Die stereotype Vorbedingung lautet, die „Unterdrückung“ und „Vertreibung“ der Hoas aus Vietnam müsse zuerst aufhören.*

*Eben diesem Problem der Massenflucht der Hoas, den Ansatzpunkten und Methoden der sog. Operation Nanqiao, geht unser erster Beitrag auf den Grund. Er soll durch Analysen zur Geschichte bzw. Klassenspezifität der Hoas, zum politisch-diplomatischen Ablauf der chinesisch-vietnamesischen Konfrontation, zur Situation in Kampuchea in AIB 11-12/1978 vertieft werden.*

---

## Vu Gan **Die Operation Nanqiao**

---

Die Kampagne Peking bezüglich der Nanqiao, der „unterdrückten“ Auslandschinesen, läuft auf vollen Touren. Peking hat gegen ein aus 30 Jahren antiimperialistischem Krieg geschwächt hervorgegangenes Vietnam seine sprichwörtliche verbale Schlagkraft und seine ganze Maschinerie der psychologischen Kriegsführung in Gang gesetzt. Die feindselige chinesische Propaganda übertönt das ohrenbetäubende Zirpen der Zikaden in diesem Sommer 1978, einem gewitterschweren Sommer in Vietnam. Mehr noch als die erstickende Hitze ist es die erzeugte Spannung, die auf den Gemütern lastet. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt das Volk die Nachrichten der Stimme Vietnams wie auch Radio Peking, und vor den Zeitungskiosken stehen die Menschen schlange. Nachdem die chinesischen Anschuldigungen, die in Vietnam lebenden Chinesen würden verfolgt und aus dem Lande vertrieben, die Bevölkerung zunächst in Verwunderung versetzte, hat sie die erfundene Verleumdung und das angezettelte Manöver schnell als solche erkannt. Nach fünf Monaten, in denen Peking Phom Penh seine Tribüne dafür überlassen hat, Vietnam zu beschmutzen und vor der Welt den Grenzkrieg Kampuchea offiziell zu erläutern, entfesselte es nun, am 24. Mai 1978, seine eigene antivietnamesische Kampagne. Dieses Mal sieht sich Hanoi nicht direkter Aggression gegen China beschuldigt (wer hätte dies wohl auch angesichts der Sachlage geglaubt?), sondern der schlimmsten Verbrechen gegen die chinesischen Staatsangehörigen und der Undankbarkeit gegenüber dem chinesischen Volk, dem es so zu Dank verpflichtet sei. Der Hauptanklagepunkt, der den Vorteil hat, ein Minimum an Glaubwürdigkeit zu erwecken, wird ohne weiteres die einseitige Aufkündigung der zwischen den beiden Staaten über Hilfeleistung für Vietnam getroffenen Vereinbarungen durch die chinesische Seite rechtfertigen. Um den Konflikt zu eskalieren, sind die chinesischen Führer soweit gegangen, ihren vietnamesischen Amtskollegen Hörigkeit gegenüber ihrem geschworenen

Feind, der Sowjetunion, und Hegemoniebestrebungen in Südostasien vorzuwerfen: Verbrechen, die noch strengere Bestrafung verlangen.

Die wüsten Beschimpfungen Peking fallen zeitlich mit den geheimen Verhandlungen zusammen, die in der chinesischen Hauptstadt mit dem Sonderbevollmächtigten des Weißen Hauses, Zbigniew Brzezinski, geführt werden. Seit der Zeit, in der er nacheinander an die 400 oder 500 mal offiziell von Tian An Men verwarnt wurde, mußte der amerikanische Papiertiger keinen so unerbittlichen Frontalangriff seitens der Verfechter des Antihegemonismus einstecken wie Vietnam. Zusammen mit dem von Phnom Penh provozierten blutigen Grenzkrieg bildet die Operation Nanqiao die zweite Klammer eines Schraubstocks: Die Konterrevolution will Vietnam ersticken oder wenigstens auszehren und seine Position untergraben, und zwar in bislang geleugnete Absicht.

### **Der chinesische Schattenkrieg**

Der chinesische Schraubstock springt ins Auge, wenn man nach einer Untersuchung der Ereignisse an der Grenze zu Kampuchea im Südwesten Vietnams beobachtet, was sich im Nordosten, in den an China angrenzenden Landstrichen abspielt. Im Süden findet tatsächlich ein heißer Krieg statt. Der Aggressor startet vom Territorium Kampuchea aus Bombardierungen mit Artillerie, Übergriffe und Kommandounternehmen. Zumeist greifen die kampucheanischen Truppen völlig überraschend an und ziehen sich zurück, wobei sie die Einwohner einer ganzen Ortschaft massakrieren, plündern, alles niederbrennen und, soweit sie können, Gefechte mit den vietnamesischen Streitkräften vermeiden. Dieser Schattenkrieg, der genauso verheerend wie aufreizend ist, hat die Wirkung eines Geschwüres. Er ist chinesisch in seinen Zielen, Mitteln und seiner Führung, wobei chinesische Mili-

tärberater die kampucheanische Armee kommandieren. Dieser Krieg stürzt die Grenzgebiete des Mekong-Deltas in den Ruin und in großes Leid mit hunderten bis auf die Asche niedergebrannten Dörfern und zehntausenden ha brachliegenden Landes.

Nichts dergleichen findet augenblicklich an der chinesischen Grenze statt – und doch: Welche Verödung! Die Hoas, die noch bis vor kurzem in dichten und blühenden Siedlungen wohnten, haben plötzlich diese fruchtbare Erde, die sie seit Generationen ernährt hat, verlassen. Wie von einer verborgenen Kraft besessen, treibt es sie in Wogen fort, wobei sie zumeist einfach das tun, was die anderen vor ihnen getan haben. Die Provinz Quang Ninh war die erste, die diese massive Abwanderung zu spüren bekam. Über eine Strecke von 80 km zwischen Tien Yen und Mong Cai fährt der Reisende an verlassenem Städten und Dörfern vorbei, an verschlossenen Häusern, an überwucherten Gärten und Höfen. Die roten Spruchbänder mit chinesischen Schriftzeichen an den weißen Fassaden der Gebäude werden allmählich von Spinnweben überdeckt. Die wenigen Einwohner, die sich nicht zum Weggehen entschließen, werden immer weniger und sind verschlossen und schweigsam. Überall herrscht Totenstille. Man könnte meinen, die Epidemie sei über das Land hinweggefegt.

Die Auswirkungen auf die verschiedenen Seiten des Lebens im Lande sind groß. Es fehlt sichtlich an Arbeitskräften für die unmittelbar bevorstehende Reis- und Erdnußernte, und zehntausende ha Land drohen, wie an der Grenze zu Kampuchea, zu veröden. Jetzt, wo die Hoa-Holzfäller weggegangen sind, fehlen in den Kohlschächten von Hong Gai und Cam Pha die Stützpfiler. Jetzt, wo die Hoa-Fischer weggegangen sind, leidet darunter die tägliche Ration der einfachen Menschen. Viele Hoa-Arbeiter und -Handwerker sind eben-

der vietnamesischen Behörden anzuklagen. Diese Empfangs-prozedur geht obligatorisch den Ermittlungen der Polizei und der Meldebehörden voraus. Der leichteste Widerstand dagegen wird diskret auf „chinesische Art“ vergolten, wie man sich unschwer vorstellen kann.

### „Brücke der Freundschaft“: verbarrikadiert

500 m von diesem Ort entfernt verbindet eine Brücke Mong Cai und Dongxing. Oder vielmehr verband sie diese beiden ehemaligen Partnerstädte, denn sie ist gegenwärtig verbarrikadiert. Dieses 100 m lange Kunstwerk aus Eisenbeton trägt an beiden Zugängen jeweils in Vietnamesisch und in Chinesisch die Aufschrift: Brücke der Freundschaft – 1958. Die Führer Mong Cais haben den leitenden Kräften Dongxings bereits wiederholt vorgeschlagen, ihre Komödie zu beenden und die Brücke zum Wohl ihrer „benachteiligten Landsleute“ zu öffnen. Aber die chinesische Seite weigert sich, auch nur den kleinen Finger zu rühren. Zwei Monate lang bleibt ihre Antwort unverändert: „Wir warten auf Anweisungen von oben.“ Die vietnamesischen Behörden haben sich bis zu dem Tag geduldet, an dem das Hochwasser einen Hoa-Bauern bei seinem Versuch, den Fluß schwimmend zu überqueren, mit sich fortriß. Als die chinesische Propaganda „Mord“ schrie, mußten sie reagieren.

Am 12. Juni 1978, um 7.30 Uhr, kündigte der vietnamesische Verbindungsoffizier seinen chinesischen Amtskollegen am Telefon die Ankuft einer Gruppe von 150 Hoa-Fischern von den Coto-Inseln an und bat die chinesische Seite, sie die Brücke passieren zu lassen. Der chinesische Offizier verschob die Angelegenheit mit dem gewöhnlichen: „Wir werden die



Am Grenzübergang postierte chinesische Fotografen und Kameramänner, die „unglücklicher“ Hoas harren; allerdings ignorierten sie diesen begüterten Auswanderer (r.)

falls fortgegangen: Bergleute, Hafentarbeiter, Mechaniker, Fahrer, Keramiker, Weber . . . Die im ganzen Land berühmte Keramikfabrik von Mong Cai hat praktisch aufgehört zu produzieren. So ist eine ganze Region getötet worden. Dennoch hat der Mörder keinen einzigen Schuß abgefeuert, er hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, seinen Dolch zu ziehen, noch das geringste Quantum Gift auszustreuen. Er beschuldigt sogar andere des Mordes. Und um das Maß voll zu machen, ruft der Mörder jetzt: Mord!

Der Bac Luan-Fluß (auf Chinesisch Peilun) verdankt der chinesischen Presse seine plötzliche Berühmtheit als historischer Zeuge der letzten, den Nanqiao zugefügten Leiden. An Spitzentagen durchwateten ihn bei Say Nguon Tausende dieser „unterdrückten Auslandschinesen“, um in die chinesische Stadt Dongxing zu gelangen. Nachdem sie den Wasserlauf passiert haben, werden sie fotografiert, gefilmt, interviewt und aufgefordert, „die antichinesischen Verbrechen

höheren Instanzen um Anweisungen bitten“, wie immer. Aber eine Stunde später wurde er durch einen zweiten Telefonanruf erneut gemahnt, wobei die vietnamesische Seite betonte, daß sie die Antwort innerhalb einer halben Stunde erwarte und daß sie entschlossen sei, die Brücke auch ohne chinesische Zustimmung zu öffnen. Kaum waren etwa 10 Minuten vergangen, als ein chinesischer Dolmetscher der Behörden von Dongxing bei der vietnamesischen Verbindungsstelle erschien. Er setzte eine hochmütige Miene auf und drückte sich mit befehlsmäßiger Arroganz aus: „Ehrenwerter Gesprächspartner – auf Chinesisch guifang –, Ihre Behörden verfolgen die chinesischen Staatsbürger, unsere Landsleute, sie berauben sie ihres Hab und Guts, um sie dann aus Ihrem Land zu vertreiben. Aber da sie so darauf drängen, und um ihr Leid zu lindern, werden wir ihrem Ersuchen stattgeben.“ Als Antwort empfahl der vietnamesische Offizier dem chinesischen Beamten lediglich weniger hochtrabende Worte

und vor allem weniger lügnische Unverfrorenheit und gab dann den Hoa-Fischern ein Zeichen, sich auf den Weg zu machen. Er begleitete die Nanqiao bis zur Demarkationslinie und reichte zum Abschied einem alten Mann, dem ältesten der Gruppe, die Hand. Das Hindernis war beiseite geräumt. Am gleichen Tag passierten im Laufe des Nachmittags weitere 800 Hoas mit ihren überladenen Karren die Brücke; einige führten sogar ihre Hunde mit sich. Bei Dongxing erwarteten sie feierliche Gestalten, von Kameraleuten und Fotografen umringt.

### Meister der Kriegspsychose

Der Markt von Ha Côi, 35 km von der chinesischen Grenze entfernt, war in vollem Gange, als sich aus der Richtung der benachbarten Garnison im Galopp drei oder vier einzelne Pferde näherten. Stimmen wurden laut, die im Dialekt dieser Region riefen: „Die Sowjets! Die sowjetischen Truppen! Bringt Euch in Sicherheit!“ Und das Chaos war da. Die Menschen drängelten sich, warfen die ausgebreiteten Waren durcheinander, zertraten alles, was ihnen unter die Füße kam und liefen auseinander. Es gab Verwundete. Diebe machten



Unbehelligt passiert dieser Hoa die vietnamesisch-chinesische Grenze – als Objekt ungeeignet

sich die allgemeine Panik zunutze, um einzuheimsen, was sie bekommen konnten, vor allem Fahrräder. Ist dieser nahezu unfaßbare Vorfall, der sich Mitte April 1978 ereignete, wohl einzig dem Zufall zuzuschreiben oder handelte es sich um eine böswillige Inszenierung? Auf alle Fälle macht er deutlich, welche Stimmung bei den Hoas herrscht, die vor der „Flucht“ die überwältigende Mehrheit der örtlichen Bevölkerung ausmachten.

Die seit Jahrhunderten in der Region verwurzelten Hoas tun sich in allen traditionellen Berufen des vorindustriellen Asien hervor: in der Landwirtschaft und Fischerei, in Handwerk und Handel. Die Hoas sind ein arbeitsames und erstaunlich ausdauerndes Volk; sie hängen sehr an ihren Traditionen, bilden in sich geschlossene Gemeinschaften und jene, die den Pansinismus (Idee einer chinesischen Nation bzw. der Zusammengehörigkeit aller Chinesen; d. Red.) predigen, finden bei ihnen ein offenes Ohr. Sie, die isoliert leben, können gutgläubig bis zur Naivität oder mißtrauisch bis zur Verslossenheit sein.

Der Pekinger Propaganda ist es durch jahrelange systematische Arbeit gelungen, bei ihnen eine antisowjetische und Kriegspsychose herbeizuführen, die voll ausgenutzt wird, um die Hoas zum Verlassen des Landes zu bewegen; sie beschuldigt Hanoi, mit Moskau gemeinsame Sache zu machen und beschwört das Gespenst eines angeblich unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Konfliktes zwischen Hanoi und Peking. Sie bedient sich, wie wir sehen werden, der Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Die Peitsche – eine ideologische Peitsche – ist die Angst, und das verbale Zuckerbrot die Illusion. Wohl ebenso sehr wie den physischen Tod fürchtet der Hoa den politischen Tod, der seinen Ausschluß aus der Hoagemeinschaft bedeutet. Die Pekinger Propaganda bedroht ihn mit beiden Todesarten gleichzeitig, und die Perspektive eines chinesisch-vietnamesischen Krieges ist hier doppelt wirksam. Da der Krieg unausweichlich sei, sagt man sich, müsse das Vaterland seine Kinder heimrufen und werde sicherlich diejenigen, die sich nicht zur Rückkehr bereitklärten, wegen Hochverrats bestrafen. Mit Nachdruck weist man auf die Tragik der jungen Hoas hin, die, wenn der Augenblick gekommen sei, gezwungen sein würden, in den vietnamesischen Reihen gegen die große chinesische Armee zu kämpfen. Dies ist in der Tat eine Zwickmühle. Die Flucht scheint die einzige Überlebenschance zu bieten. Die Illusion eines paradiesähnlichen Vaterlandes ist ausschlaggebend für die Entscheidung des Opfers. Jungen Größenwahnsinnigen versichert man sogar, daß das chinesische Jahrhundert kommen werde, das 21. Jahrhundert.

### Pekinger Tiefschläge

Dieser psychologische Krieg beginnt mit einer Gerüchteoffensive. Bald ist es eine sowjetische Flotte in der Bucht von Cam Ranh oder von Ha Long, bald formiert sich eine neue vietnamesische Armee an der Grenze. Die Hoas von Hanoi wollen von einer Flucht der Hoas von Haiphong, die Hoas von Mong Cai von einer Verfolgung der Hoas von Lao Cai wissen, und umgekehrt. Der Mythos eines Blutbades geht um, und überall sagt man, es habe sich anderswo ereignet. Die Furcht greift schnell um sich, und man geht mit Versprechungen zum Angriff über.

Den Jungen steht angeblich eine schöne Zukunft, den Alten ein angenehmer Lebensabend im Land ihrer Ahnen bevor, den Intellektuellen winkt eine Chance, in Paris, London oder New York zu arbeiten und zu studieren, für die Händler eröffnen sich geschäftliche Perspektiven in Hongkong, Macao, Singapur . . . und alle bekommen den Status des Bürgers einer Supermacht. Mit Hilfe von Drohungen und Erpressungen wird man mit den Ungläubigen und den Widerspenstigen fertig. Nötigenfalls trennt man eine Familie, indem man eines



Bei chinesischem Bandenüberfall verletzter Vietnameser

oder mehrere Mitglieder mitnimmt, um auf die Unentschlossenen Druck auszuüben.

Die Operation Nanqiao ist das Ende einer langen Kampagne psychologischer Kriegführung. Die chinesische Seite mobilisiert zu diesem Zweck ein weites Netz; dies stützt sich auf gut geschulte Agenten, die ihrerseits jede der Hoa-Gemeinden unterwandern, und die direkte der chinesischen Botschaft in Hanoi unterstehen.

Vom 15. - 20. Oktober verhandelte das Provinzgericht von Quang Ninh in Mong Cai gegenüber Donxing in öffentlicher Verhandlung eine Straftat, die die Gemüter lange erregen sollte. Es handelte sich um neun Angeklagte, ausschließlich Hoas: sie gehörten einer Organisation an, die mit Frauen handelte und die zwischen 1973 und 1975 in China 40 vietnamesische Frauen zum Preis von 300 bis 400 Yuan - dieser Preis entspricht etwa dem einer Büffelkuh, - verkauft hatten. Käufer waren chinesische Bauern aus dem Donxing-Gebiet, die sie zu ihrer „Frau“ machten oder vielmehr zu ihrer Konkubine, denn mehr als einer verkaufte die seine weiter, sei es, um einen Gewinn zu machen, oder um sich einer verbrauchten Ware zu entledigen. Unter anderem wurden eine Todesstrafe sowie eine lebenslängliche Gefängnisstrafe verhängt. Mehrere in dieser Angelegenheit angeklagte Übeltäter sollten drei Jahre später unter den „unterdrückten“ Volkschinesen wieder auftauchen.

Dem Frauen-, oder genauer gesagt, dem Mädchenhandel hatte man an der chinesisch-vietnamesischen Grenze freien Lauf gelassen; unter früheren Regierungen hatten hier Piraten und Schmuggler der Hoas in stillschweigender Komplizenschaft mit der Verwaltung die Verhältnisse bestimmt. Zwischen 1955 und 1960 arbeiteten die Revolutionsarmeen Chinas und Vietnams erfolgreich zusammen bei der Sanierung und Säuberung der Grenzgebiete. Diese blieben wie bisher offen, nun aber in einem Geist wechselseitigen Vertrauens. Das diese Waffenbrüderschaft die beste Gewähr bot, erachtete es die vietnamesische Seite, zumal kurz darauf der Widerstand gegen die US-Aggression alle ihre Kräfte band, nicht für notwendig, an der Nordgrenze eine strenge Kontrolle einzurichten. Die Bewohner beiderseits der Grenze, die meist auch durch verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden waren, suchten sich gegenseitig ungehindert auf, wenn es darum ging, Käufe oder Verkäufe zu tätigen, sich zu besuchen, oder Geburtstage und Feste zu feiern. Unlautere Elemente dagegen machten sich diese günstigen Bedingungen zunutze; zuerst die Schmuggler und schließlich die chinesischen Grenzbehörden selbst. In dem Maße, wie sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern vertieften, brachten die letzteren ihre Feindselig-

keit durch eine Steigerung der Provokationen zum Ausdruck. Schon 1967 versuchten chinesische Abgesandte, die Hoa-Gemeinschaften des Grenzgebietes für die chinesische Kulturrevolution zu gewinnen, aber das Manöver wurde vereitelt. Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen begannen sich zu verschlechtern. Die Lage verschlechterte sich insbesondere unmittelbar nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens (im Jahr 1973; d. Red.) zwischen Hanoi und Washington, das die Beendigung der Feindseligkeiten beinhaltete. Peking machte mit Washington gemeinsame Sache und wollte den Krieg fort dauern lassen, was seine Position im Handel mit dem neuen Partner verbessert hätte. Und von jenseits der Grenze begannen auf Vietnam gerichtete Lautsprecher in einer Sprache voller Andeutungen und Aggressivität, die Kampagne gegen den „Revisionismus des Südens“ zu führen. Die Operation Nanqiao, die sich die Sonderstellung der Hoas ebensowohl wie die günstigen Bedingungen im Grenzgebiet voll zunutze macht, stellt nichts anderes als einen neuen Mißbrauch des Vertrauens dar. Man kann Gruppen junger, von Peking angeheuerter Hoas die Grenze in beiden Richtungen passieren sehen, um den Auszug der Hoas zu organisieren; oft legen sie der vietnamesischen Polizei gegenüber eine herausfordernde Haltung an den Tag; diese übt ihrerseits, um die Lage nicht noch zu verschlimmern, größte Zurückhaltung bis zu einer angestrebten Einigung zwischen den beiden Regierungen.

Unter den 150.000 Hoas, die nach Angaben Pekings Vietnam verlassen haben, befinden sich u. a. vermutlich Tausende von Landstreichern, ehemaligen Kriminellen, Agenten der Kuomintang, Söldner der Saigoner Armee und Schmugglern. Die vietnamesische Seite war durchaus nicht ahnungslos über die Pekinger Pläne, und erahnte sie schon bevor sich Piratenbanden aus Hoa-Angehörigen gebildet hatten, die nun dazu übergegangen sind, vietnamesische Dörfer im Grenzgebiet zu plündern und sich anschließend auf chinesisches Territorium zurückzuziehen. Unter den Hoas geht selbst das Gerücht um, daß ganze Piratendivisionen aus China die vietnamesischen Grenzgebiete in Blut und Feuer ersticken werden. Es bedarf schon einer gehörigen Portion Naivität, um daran zu glauben, daß Piraten spontan und divisionsweise operieren.

### Die „spontane“ Piraterie

Während Peking die Aufmerksamkeit auf die Schiffe lenkt, die für die Repatriierungsaktion Nanqiao entsandt wurden, haben seine Agenten ihre subversiven Aktivitäten sich auf die Minoritäten der Tay, Nung, Giay, Zao, Meo und andere ausgedehnt, indem sie diese dazu aufforderten, sich in China niederzulassen. Sie beabsichtigen, Vietnam diese Bergbewohner wegzunehmen, die sich so wirkungsvoll an der Verteidigung seiner Grenzen beteiligt haben; sie wollen sie darüber hinaus zu einer gegen Hanoi gerichteten Armee formieren. Vielleicht wird uns Radio Peking eines Tages mitteilen, daß sich diese Bergbewohner gegen ihre vietnamesischen Unterdrücker erhoben hätten. Hier wird wieder, auf dem Gebiet der Propaganda, die Politik von Zuckerbrot und Peitsche betrieben, wobei der Akzent auf dem ersteren liegt: Versprochen wird ein besseres Leben in China, mit Thermosflaschen, farbigen Garnen und Stoffen, die besser als die in Vietnam hergestellten sind, und die Rückkehr zur „Wiege“, denn alle betroffenen Bevölkerungsgruppen sind ja aus China nach Süden abgewandert. Natürlich beschwört man auch das Gespenst des Krieges. Um den Druck zu verstärken, schafft man Unsicherheit, indem man für tägliche Zwischenfälle sorgt.

Wird über Vietnam ein von Peking initiiertes Piraten- und Seeräuberkrieg hereinbrechen oder wird man sich, jetzt, nachdem chinesische Piraten-Flugzeuge begonnen haben, den vietnamesischen Luftraum zu verletzen, auf Schlimmeres gefaßt machen müssen?

Auf jeden Fall wird nach der Operation Nanqiao der Vorhang fallen, nach diesem zweiten Akt einer Gruselkomödie, deren erster Akt in der Auslösung und offiziellen Bejahung des Grenzkrieges gegen den vietnamesischen Nachbarn bestanden hatte. Die Story ist meisterhaft konzipiert: Peking kühl-sachliche Mitteilung über die „unterdrückten, von Diskriminierung, Verfemung, Verfolgung und Vertreibung betroffenen Volkschinesen“, dann die in zwei Schritten erfolgte teilweise Annullierung der chinesischen Hilfeleistungen an Vietnam; die Entsendung von zwei Schiffen, angeblich zur Repatriierung der „unterdrückten Volkschinesen“ und das allmähliche, natürlich durch die vietnamesische Obstruktion verschuldete Scheitern der Verhandlungen über den Zugang dieser Schiffe zu den Häfen; darauf die Schließung der drei Generalkonsulate der SRV in Kunming, Nanning und Canton; und schließlich die völlige Annullierung jeglicher Hilfe und die Abberufung der Spezialisten. So viele Maßnahmen – und das sind noch nicht alle – als Strafe für das Verbrechen den Pekinger Thesen nicht zuzustimmen. Ganz wie in der Bibel: Wer nicht für mich da ist, ist gegen mich.

Daß Vietnam, das sich nach dem Sieg über den amerikanischen Aggressor nun anschickt, das kleinere und schwächere Kambodscha, überdies bis vor kurzem sein Kampfgefährte, anzugreifen: Welch ein Zynismus! Der vietnamesische Staat, nachdem er dank chinesischer Hilfe aus der imperialistischen Aggression siegreich hervorgegangen ist, beginnt plötzlich die Volkschinesen zu verfolgen: Wie unloyal und undankbar! Diese Konstruktionen sind, wie man zugeben muß, von grosser Tragweite. Eines jedoch stimmt nicht so recht an der Pe-

kinger Inszenierung: Denn die öffentliche Meinung fragte sich, warum jene, die so lautstark ihrem Mitleid mit dem Schicksal der Diaspora-Chinesen Ausdruck verleihen, sich gegenüber den verzweifelten Schreien der 1 / 2 Mio Chinesen, die Opfer des Völkermordes in Kambodscha wurden, einfach taub stellen.

Phnom Penh ist, wie jeder weiß, in Peking sehr beliebt, und Peking ist bereit, diese 1 / 2 Mio chinesischer Leben der chinesisch-kambodschanischen Freundschaft zu opfern, vorausgesetzt, daß der Freund Kambodscha auf der internationalen Szene mitspielt. Hanoi hingegen versündigt sich durch seine zu unabhängige Haltung, und Peking verfügt über die Hoas Vietnams auf seine Weise: es macht sie zu einer Armee. In beiden Fällen bleibt das Volk in den Händen Pekings ein wertvolles Kapital, d. h. ein Instrument.

Es sind gerade 40 Jahre her, seit die Sudetendeutschen Hitler den Vorwand dafür geliefert haben, die Tschechoslowakei auf kaltem Weg zu annektieren. Die Welt nach dem Vietnamkrieg ist sicherlich nicht die gleiche wie die zur Zeit des Münchner Abkommens, und eine Wiederholung der Geschichte ist nicht zu befürchten. Die Operation Nanqiao zeigt dennoch, wie notwendig die Wachsamkeit ist, vor allem in den südost-asiatischen Ländern, wo die Auslandschinesen eine Kraft darstellen, mit der man rechnen muß. Die an sich schon ungeheure Kraft verzehnfacht sich, wenn sich zu ihr der Pansinismus gesellt, den Peking, wenn sich die Gelegenheit bietet, mit größtem Zynismus an den Tag legt.

(Quelle: Dossier Les Hoas au Vietnam. Documents Le Courrier de Vietnam, Hanoi 1978, S. 30 - 40)

## Iran

### Erklärung der Tudeh-Partei

# Programm nationaler Koalition

*Nach dem großen Blutvergießen, daß die iranische Armee — nach Augenzeugenberichten mit Unterstützung israelischer Soldaten — am 8. September in Teheran verursachte und bei dem über 3.000 Menschen ums Leben kamen, ist der Pfauenthron des M. R. Pahlawi ernsthaft in Gefahr geraten. In zwölf Städten wurde das Kriegsrecht ausgerufen, es herrscht eine nächtliche Ausgangssperre von 21<sup>00</sup> bis 5<sup>00</sup> und Zusammenkünfte von mehr als zwei Personen sind verboten.*

*An den Tagen zuvor hatten bis zu 1 Mio Menschen in den Straßen Teherans demonstriert und die Abdankung des Schahs gefordert. Es handelt sich dabei um eine Massenerhebung, die sich spontan auf der Straße zusammengeschlossen hat mit dem gemeinsamen Ziel, das Schah-Regime zu stürzen. Unter diesen Bedingungen bekommt die Frage der Bildung einer antidiktatorischen Einheitsfront, die auf einem gemeinsamen Programm aufbauen müßte, erhöhte Bedeutung. Die Tudeh-Partei des Iran legte darum am 4. September ein präzises, hier in vollem Wortlaut dokumentiertes Programm zur Bildung einer nationalen Koalition der oppositionellen Kräfte vor. Entgegen den unklaren Vorstellungen etwa von der „Bildung eines islamischen Staates,“ wie sie von der Geistlichkeit vorgebracht werden, fordert die Tudeh-Partei die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung einer national-freiheitlichen Republik. Durch die konkrete Benennung der Aufgaben, die eine solche nationale Koalition zu erfüllen hätte, gibt diese Erklärung der Tudeh-Partei eine klare Handlungsorientierung auch hinsichtlich einer Perspektive nach dem Ende der Pahlawi-Dynastie.*

In unserem Land besteht eine revolutionäre Situation. Die Bevölkerung will nicht mehr wie bisher leben und ist nicht bereit, das Joch der Schah-Diktatur länger zu ertragen. Das Regime kann nicht mehr wie in der Vergangenheit regieren. Die Aktivitäten, der Enthusiasmus und der revolutionäre Opferwille sind in ihrem Ausmaß, ihrer Breite und Tiefe erstaunlich. Das heroische Volk unseres Landes zeigt wieder einmal seine moralische Größe. Es versetzt der selbstherrlichen Diktatur und verdorbenen Monarchie des Mohammed Reza Schah ihre längst verdienten Schläge.

Die Ereignisse in unserem Lande bestätigen die Prognose der Tudeh-Partei des Iran. Diese setzte in den letzten Jahren den Sturz des absolutistischen und antinationalen Schah-Regime als Hauptaufgabe auf die Tagesordnung. Unsere Partei fordert seit Jahren alle Kräfte auf, die in Opposition zum Regime stehen, eine antidiktatorische Front zu errichten und die Aktivitäten zum Sturz des Regimes zu koordinieren. In der jetzigen Situation des Aufflammens der revolutionären Bewegung, in einer Situation, in der sich neben der Aufgabe der Liquidierung des diktatorischen Regimes die Aufgabe der Rettung des Landes aus der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise mit aller Schärfe stellt, gewinnt die Frage der antidiktatorischen Front mehr denn je an Bedeutung. Das grundlegende Ziel der antidiktatorischen Front besteht unserer Ansicht nach zunächst im Sturz des diktatorischen Schah-Regimes und der Liquidierung der Monarchie sowie in der Bildung einer Regierung der nationalen Koalition, in der alle antidiktatorischen Kräfte vertreten sein sol-



Massendemonstration gegen den Schah in Shiraz

len. Diese Regierung soll Schritte zur Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten unternehmen sowie die Sanierung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lage der Bevölkerung in Angriff nehmen. Nach der Vorstellung der Tudeh-Partei des Iran ist für die Verwirklichung dieser Ziele die Republik die adäquate Staatsform. Die Tudeh-Partei des Iran, die von der Notwendigkeit der grundlegenden Veränderung der iranischen Gesellschaft überzeugt ist, hat seit Jahren ihr Programm zur Erreichung einer solchen nationaldemokratischen Umwälzung aufgestellt und veröffentlicht. Nach Ansicht unserer Partei ist es notwendig, daß in der gegenwärtigen Situation zur Beendigung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise eine *Regierung der nationalen Koalition* an die Macht kommt, die folgende konkrete Aufgaben durchzuführen hätte:

#### 1. Zur Sicherung der demokratischen Freiheiten:

- Freiheit für alle politischen Gefangenen;
- Zusicherung der freien Rückkehr für alle innerhalb der Grenzen des Landes verbannten wie für ins Ausland emigrierte Iraner;
- Auflösung der Verbrecherorganisation SAVAK (iranischer Geheimdienst; d. Red.) und ähnlicher Institutionen;
- Verhaftung und gerichtliche Verfolgung der Verbrecher und Verräter, sowie derjenigen, die als erste Garnitur des diktatorischen Regimes diese Verbrechen organisiert haben und derjenigen, die von der allgemeinen Verelendung profitiert haben;
- Liquidierung aller Gesetze aus der Zeit der Pahlawi-Dynastie, welche die in der Verfassung und in der Charta der Menschenrechte verbrieften Freiheiten verletzen oder einschränken;
- Sicherung der freien Meinungsäußerung, der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie des Rechts auf freie Bildung von Parteien und Gewerkschaften;
- Auflösung der Senats- und Unterhausparlamente sowie der vom SAVAK durchgesetzten Räte der Provinzregierungen in Städten, Kreisen und Dörfern;
- Freie allgemeine Wahlen zur Gründung einer konstituierenden Versammlung, deren Aufgabe in der Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes besteht.

#### 2. Zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit:

- Vollständige Wiederinkraftsetzung des Gesetzes zur Nationalisierung der Erdölindustrie;
- Liquidierung des Konsortiums und der anderen imperialistischen Monopole, welche die iranischen Erdölquellen ausplündern;
- Ausweisung aller amerikanischen Militärberater und Zurückbeorderung der iranischen Streitkräfte aus dem Oman;
- Herstellung und Erweiterung der freundschaftlichen Be-

ziehungen mit allen Ländern, die die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes respektieren;

– Aufkündigung des knechtenden Militärabkommens Iran-USA;

– Herauslösung des Irans aus dem CENTO-Pakt und Anschluß an den Kreis der nichtpaktgebundenen Staaten;

– Unterstützung aller fortschrittlichen und Freiheitsbewegungen; besondere Unterstützung des brüderlichen Volkes von Palästina in seinem Kampf gegen Imperialismus und Zionismus.

#### 3. Sanierung der Wirtschaft und Verbesserung des allgemeinen Lebens:

- Konfiszierung des vom Schah und seiner Familie zusammengeraubten Eigentums;
- Anstrengungen zur Rückbeorderung der von der Pahlawi-Familie gestohlenen zig-Milliarden-Dollar, die sich auf ausländischen Bankkonten befinden und Zurverfügungstellung dieser Gelder für die Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Bevölkerung;
- Beendigung der wahnwitzigen Aufrüstungspolitik und Zurverfügungstellung der Öleinnahmen zur Stärkung der Volkswirtschaft;
- Durchführung wirkungsvoller Maßnahmen zur Erlangung und Sicherung eines für Arbeiter, Bauern und alle Lohnabhängigen befriedigenden Lebensstandards;
- Sanierung der Wirtschaft in Richtung und Unterstützung der Inlandproduktion sowohl im staatlichen, als auch im privaten Sektor;
- Durchführung wirkungsvoller Maßnahmen zur Beendigung der tiefen Krise in der Landwirtschaft und Verbesserung der Situation der Bauern.

Die Tudeh-Partei des Iran fordert alle oppositionellen Kräfte auf, alle Vorurteile zu überwinden und die Gelegenheit zur Bildung einer Front der nationalen Koalition und die gemeinsame Erarbeitung eines nationaldemokratischen Aktionsprogramms nicht zu versäumen.

Die Tudeh-Partei des Iran ist bereit, zur Errichtung einer solchen nationalen Koalitionsregierung mit allen anderen oppositionellen Kräften zusammenzuarbeiten. Dies ist die notwendige Bedingung für den Fortschritt im heiligen und großen Kampf, den das iranische Volk mit klarem Bewußtsein und beispiellosem Opfermut führt. Das Volk des Iran muß seinen Kampf erweitern, vertiefen und alle oppositionellen Kräfte auffordern, durch die Aktionseinheit und die Koordinierung ihrer Aktivitäten das Land so schnell wie möglich aus der gegenwärtigen Krise herauszuführen.

Es lebe der heilige Kampf des iranischen Volkes!

Nieder mit dem verhaßten, diktatorischen Schah-Regime!

(Quelle: Zentralkomitee der Tudeh-Partei des Iran, o. O., 4. 9. 1978)

*Die afghanische Revolutionsregierung, die nach dem Volksaufstand des 27. April 1978 die Macht übernahm (siehe AIB 7-8/1978), ist dabei, ihre Versprechungen radikaler Veränderungen einzulösen. Im Mai d. J. stellte Präsident Taraki ein Regierungsprogramm vor, das die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution formuliert und dessen vollen Wortlaut wir dokumentieren.*

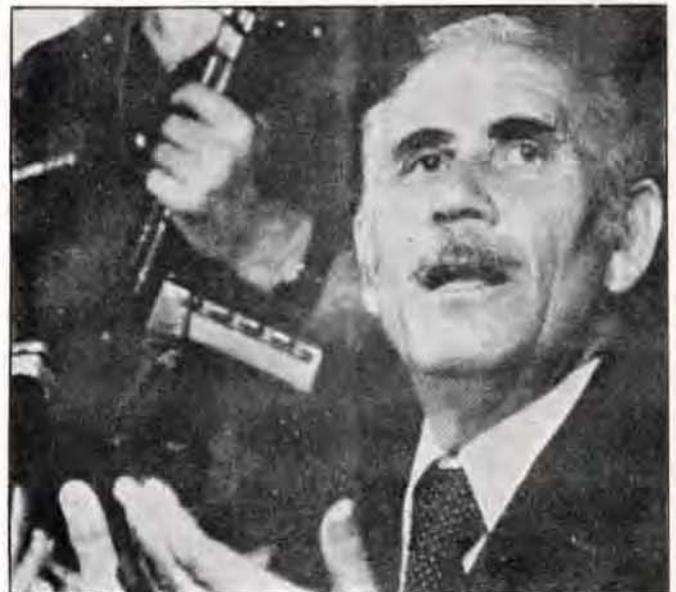
*Wichtig ist jedoch zu erwähnen, daß die Volksregierung bereits jetzt konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen, zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und zur Erweiterung der sozialen Basis der Volksmacht ergriffen hat. Unter anderem wurden die Arbeiter den Beamten, die einfachen Soldaten den Offizieren bei den Lebensmittelrationen gleichgestellt. Die Preise für Grundnahrungsmittel (Mehl, Reis, Zucker) wurden erheblich gesenkt. Zur gleichen Zeit werden Spekulanten, Wucherer und Schmuggler energisch verfolgt, ihre Waren beschlagnahmt. Die Gefängnistore öffneten sich für Tausende politische Gefangene und andere Menschen, die von der Willkürjustiz Dauds eingekerkert worden wären. Zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans wurde eine Arbeitergewerkschaft gegründet; die Bauernorganisationen, über die sich die Bauern aktiv an der Durchführung der demokratischen Landreform beteiligen können, werden überall im Lande eingerichtet. Die Demokratische Frauenerorganisation Afghanistans und der Jugendverband des Landes haben ihre Aktivitäten in Betrieben, Schulen und Hochschulen beträchtlich erweitert. In Dekreten und Gesetzesvorlagen hat die Volksregierung einschneidende und für Afghanistan sensationelle Maßnahmen vorgesehen. So ist für die Zukunft Monogamie und die Gleichstellung der Frau in Scheidungsangelegenheiten vorgesehen beim Scheidungsrecht (nach den Gesetzen des Islam ist es dem Mann erlaubt, sich einseitig als geschieden zu erklären, während die Frau nur durch ein Gerichtsurteil geschieden werden kann).*

## Grundsätze der afghanischen Revolutionsregierung

Gegenwärtig halten es der Revolutionsrat und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA), die nach dem revolutionären bewaffneten Aufstand vom 7. Saur (27. April, d. Red.) entsprechend dem Willen des freien werktätigen Volkes von Afghanistan gebildet wurden, und die Souveränität der demokratischen Klassen und Schichten des Volkes von Afghanistan verkörpern, für ihre Pflicht, mit Unterstützung und Teilnahme der breiten Volksmassen die demokratische und nationale Revolution tatkräftig zu konsolidieren und zu vollenden, die in Afghanistan gesetzmäßig und siegreich begonnen hat, und sie letztendlich zum Erfolg zu führen. Unter Berücksichtigung der Bedingungen für die Schaffung eines revolutionären Volksrates sowie für die Ausarbeitung einer Verfassung der DRA und unter ernsthafter Berücksichtigung des Prinzips der demokratischen Unverletzlichkeit und Freiheit der Individuen und Familien, der Sicherung und Konsolidierung der demokratischen Gesetzlichkeit im Lande, der Respektierung der würdigen nationalen Traditionen und Bräuche und des Prinzips des privaten Besitzrechts erfüllt die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan zum gegenwärtigen Zeitpunkt ihre revolutionären Pflichten in Übereinstimmung mit folgenden Grundsätzen:

### **Auf dem Gebiet der Innenpolitik:**

Zu den ersten Pflichten der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan gehören der Schutz der territorialen Integrität, der nationalen Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit des Landes, die entschiedene Verteidigung der Errungenschaften der Revolution vom 7. Saur 1357 (27. April 1978, d. Red.), das Unwirksammachen und die Zerschlagung der antirevolutionären Kräfte, die Sicherung oder Aktionseinheit aller demokratischen und nationalen, progressiven und patriotischen Kräfte bei der Verteidigung



Präsident Nur Mohammed Taraki

der Revolution, die Gewährleistung der Sicherheit, Unantastbarkeit, Freiheit und Einheit des Volkes des Landes. Zur Lösung der Fragen der Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit, der Schaffung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, der Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos, der Entwicklung und Modernisierung von Ackerbau und Viehzucht, der Industrialisierung des Landes und der Hebung der Lebensstandards der Volksmassen ist es erforderlich, daß schnellstmöglich folgende grundlegende Veränderungen vorgenommen werden:

1. Durchführung demokratischer Landreformen im Interesse der werktätigen Bauern und unter deren aktiver Mitwirkung, Neulanderschließung, Ausweitung und Verbesserung des Wasserversorgungssystems und Lösung der Frage der Weideplätze.
2. Beseitigung der alten feudalen und halbfeudalen Beziehungen.
3. Durchführung notwendiger Maßnahmen im Binnen- und Außenhandel im Interesse des Volkes und gemäß den nationalen Interessen des Landes.
4. Festigung des staatlichen Wirtschaftssektors durch wissenschaftliche Planung und Errichtung, Stärkung der effektiven Souveränität über die Reserven und Naturschätze des Landes und durch die Ausbildung nationaler Kader.
5. Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und des Staatsapparates.
6. Demokratische Lösung der nationalen Frage.
7. Zurückweisung des Einflusses des neokolonialistischen Imperialismus sowie der Abhängigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und der Ideologie.
8. Säuberung des Staatsapparates von antirevolutionären, antidemokratischen Elementen und von Elementen, die sich gegen die Interessen des Volkes und des Landes wenden, der Aufbau eines gesunden und dem Volk verantwortlichen Staatsapparates.
9. Stärkung und Stützung auf die heldenhafte nationale Befreiungsarmee der Demokratischen Republik Afghanistan, die die Revolution und ihre Errungenschaften verteidigt; Sicherung der vollen Rechte der patriotischen Offiziere und Soldaten, und besonders des Rechtes auf umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und den politischen Aktivitäten im Lande Schulter an Schulter mit allen Patrioten, ohne Diskriminierung und Privilegien.
10. Sicherung der Demokratie im Interesse des Volkes; Garantie der Rechte und demokratischen Freiheiten und Erfüllung des ökonomischen und beruflichen Bedarfs des Volkes von Afghanistan, das Arbeiter, Bauern, Offiziere und Soldaten, Handwerker, die Intelligenz, die patriotische Geistlichkeit, werktätigen Nomaden, die kleinen und mittleren Klassen und Schichten bzw. Kaufleute und nationalen Unternehmer umfaßt.
11. Ausarbeitung und Verwirklichung demokratischer Gesetze in allen Bereichen, und Abschaffung aller Gesetze, Bestimmungen und Institutionen, die den Werten und Prinzipien der Revolution vom 7. Saur 1357 widersprechen.
12. Sicherung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Gebieten des sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und zivilen Lebens.
13. Demokratische Lösung der Nomadenfrage.
14. Schutz der Industrie und der Inlandsproduktion vor der Konkurrenz ausländischer Waren; Förderung, Schutz, Kontrolle und Lenkung privater Investitionen in der Industrie, in kleinen und mittleren Betrieben.
15. Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und der technischen Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern, und Inanspruchnahme von nicht an Bedingungen geknüpften Krediten zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempes des Landes.
16. Durchgreifende Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben des Staates im Interesse einer produktiven Erziehung, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und des allgemeinen Wohlstands.
17. Überprüfung des Steuersystems des Landes im Hinblick auf eine Kürzung der indirekten Steuern und Erhöhung der direkten progressiven Steuern.
18. Festsetzung und Kontrolle der Preise auf dem erforderlichen Niveau im Interesse des Volkes.
19. Einführung der allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulausbildung für alle Kinder im schul-

pflichtigen Alter, und Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Analphabetentums.

20. Ausbau der unentgeltlichen Ober- und Hochschulbildung sowie der Berufsausbildung, um Akademiker und Fachkräfte auszubilden, die für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes vonnöten sind, Überprüfung aller Lehrpläne in allgemeinbildenden und höheren Schulen.

21. Schaffung eines fortschrittlichen Systems der nationalen Kultur und erste Schritte zur Sicherung wesentlicher Voraussetzungen für die Entwicklung von Kunst und Literatur, Erziehung und Publikationen für die in Afghanistan lebenden Stämme und Nationalitäten in ihren Muttersprachen.

22. Einführung der unentgeltlichen gesundheitlichen Betreuung und Beendigung des antisozialen Schachers auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, Bekämpfung verschiedener Krankheiten, und Erweiterung der prophylaktischen und behandelnden Medizin.

23. Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Beseitigung aller Arten und Formen von Unterdrückung und Tyrannei, von Arbeitslosigkeit und Analphabetismus, von Korruption und Papierkrieg, von Hamsterei, Wucher und Schmuggel, Bekämpfung der Prostitution, des Glücksspiels und der Süchtigkeit von Alkohol, Haschisch, Opium und anderen Narkotika.

#### **Auf dem Gebiet der Außenpolitik:**

Die Beziehungen der Demokratischen Republik Afghanistan zu den Nachbarländern, den regionalen und allen anderen Ländern der Welt beruhen auf ihrer Haltung gegenüber unserer demokratischen Volksrevolution. Die Außenpolitik der DRA gründet sich auf:

24. Verfolgung einer unabhängigen und friedfertigen Politik der Nichtpaktgebundenheit, der positiven und aktiven Neutralität, basierend auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

25. Herstellung von Beziehungen der guten Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Nachbarn der Demokratischen Republik Afghanistan, Festigung, Erweiterung und allseitige Ausdehnung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserem großen nördlichen Nachbarn, zur Sowjetunion, Ausdehnung der freundschaftlichen Beziehungen zu Indien, Sicherung freundschaftlicher Beziehungen der Demokratischen Republik Afghanistan zum Iran, Pakistan und China. Lösung der nationalen Frage der paschtunischen und belutschischen Völker auf der Basis ihres eigenen Willens und des historischen Hintergrundes, Lösung dieser Frage durch Verständigung und friedfertige politische Verhandlungen zwischen der Demokratischen Republik Afghanistan und Pakistan.

26. Bemühungen um den Erhalt des Weltfriedens und Konsolidierung der Grundlagen des Friedens in der Region, Kampf für allgemeine Abrüstung und in erster Linie für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, die Auflösung der aggressiven Militärstützpunkte auf fremdem Boden, die Entwicklung und Vertiefung der internationalen Entspannung.

27. Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, und Kampf gegen den alten und neuen Kolonialismus und Imperialismus.

28. Unterstützung der legitimen Rechte der arabischen Völker auf Befreiung ihrer Gebiete von der Herrschaft und Aggression Israels, der Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

29. Unterstützung der legitimen Forderungen der Völker und patriotischen Kräfte des südlichen Afrika nach Unabhängigkeit und Rechten im Kampf gegen Rassendiskriminierung und Apartheid.

Respektierung und Einhaltung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen. (Quelle: The Kabul Times, Kabul, 10. 5. 1978, S. 1 und 4)

Die Versuche, Südjemen durch finanzielle Erpressung aus Saudi Arabien vom revolutionären Kurs abzubringen, waren Anfang dieses Jahres deutlich fehlgeschlagen (Grundsätzliches zur Entwicklung im Nord- und Südjemen siehe AIB 6/1974). „Man wird also zusehen müssen“, so der Rheinische Merkur am 10. 2. 1978, „welche anderen Wege eingeschlagen werden können.“ Der eingeschlagene Weg führte geradeheraus zu den Mord- und Putschereignissen Ende Juni d. J.: Am 24. 6. fiel der nordjemenitische Staatspräsident Ahmed Hussein Ghashami — ebenso wie sein Vorgänger Ibrahim el Hamdi im Oktober 1977 kurz vor seinem Südjemen-Besuch — einem Bombenattentat zum Opfer. Als verantwortlich für den Mord wurde das südliche Nachbarland beschuldigt, wo jedoch die UNFPO-Führung am folgenden Tag sowohl den Mordanschlag verurteilte als auch das Rücktrittsgesuch des Staatspräsidenten der VDRJ, S. Robaya Ali, annahm. Während dieser Tagung versuchte Ali in der Nacht des 25. / 26. 6. durch einen Militärputsch, eröffnet mit der versuchten Erstürmung des UNFPO-Tagungsgebäudes, die Staats- und Parteiführung zu eliminieren (siehe AIB 9/1978). Kern der Auseinandersetzung waren nicht persönliche Rivalitäten, sondern die Perspektive der nationaldemokratischen Revolution des Landes. Im besonderen trat Robaya Ali gegen die Ablösung der UNFPO durch eine Avantgardepartei neuen Typs sowie für eine „Aussöhnung“ mit Saudi Arabien und den USA auf. Er wurde aber geschlagen, weil „die Volksmassen die Waffe auch in die Hand genommen haben um den reaktionären Putsch niederzuschlagen“ — so Premierminister Ali Nasser Mohammed, neuer Vorsitzender des Präsidialrates der VDRJ und Politbüromitglied des ZK der UNFPO (ADN, 27. 7. 1978). „Unser Bemühen ist darauf gerichtet, ein normales Verhältnis mit den Nachbarstaaten zu haben“, denn, so A. N. Mohammed, „vor uns stehen in diesem Jahr große Aufgaben. Die bedeutsamste ist dabei die Einberufung des 1. Kongresses der Avantgarde-Partei im Oktober ... (sowie) die Vorbereitung des zweiten Fünfjahresplanes der sozialökonomischen Entwicklung“. Um dies zu gewährleisten, rief Verteidigungsminister A. A. Nasser Antar die bewaffneten Kräfte und das Volk der VDRJ Anfang Juli auf, „Verschwörungen entgegenzutreten, wo immer sie angezettelt werden und wie groß sie auch sein mögen.“

## Kommuniqué von Abdel Fattah Ismail Auf revolutionärem Kurs

Am 26. und 27. Juli fand die 11. (außerordentliche) Tagung des Zentralkomitees der Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front (UNFPO) statt. Sie befaßte sich mit der innenpolitischen Situation in der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDR) nach dem gescheiterten Putschversuch der opportunistischen Gruppe unter Führung des Renegaten Salem Robaya Ali. Das Zentralkomitee (ZK) untersuchte auch die Lage im Hinblick auf die UNFPO, die Sicherheit und die Vorbereitungen des Gründungskongresses einer avantgardistischen Partei in allen Gouvernoraten der Republik sowie den Stand der zukunftsorientierten Maßnahmen, die nach den Ereignissen vom 26. Juni 1978 in der UNFPO und in den einzelnen Staatsorganen ergriffen wurden, um die Situation im Lande auf allen Ebenen zu festigen.

### Aktionen gegen Putschisten ohne Rachegefühle

Voller Stolz hob das ZK das Verantwortungsgefühl hervor, das die Führung der UNFPO und des Staates bei der Säuberung der UNFPO und der militärischen Institutionen von den konterrevolutionären Kräften gezeigt hat. Die Säuberungsaktionen wurden unter der unmittelbaren Kontrolle des Politbüros durchgeführt, damit sie nicht durch Haß- oder Rachegefühle beeinträchtigt werden konnten. Durch bestimmte Maßstäbe und Kriterien waren nur diejenigen betroffen, die prinzipielle Verstöße begangen und an der Planung des gescheiterten Putsches praktisch mitgewirkt hatten. Das ZK würdigte alle in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen. Sie waren durch Bewußtsein, durch echtes Verantwortungsgefühl und ein flexibles Herangehen an das Problem der Irregeleiteten, die nicht von allen Handlungen der opportunistischen Gruppe unter Führung des Renegaten Salem Robaya Ali Kenntnis hatten, gekennzeichnet.

Das ZK ist der Auffassung, daß die innere Lage durch die jüngsten Entwicklungen, die sich zugunsten der revolutionären Kräfte vollzogen haben, gefestigt wurde. Dadurch bieten sich günstige Perspektiven für die Herausbildung unserer avantgardistischen Partei neuen Typs. Unsere richtige politische Haltung auf dem Gebiet der Außenpolitik, so

schätzt das ZK ein, widerspiegelt sich in der Stabilität unserer inneren Lage. Unter der Kontrolle des Politbüros erfolgten alle politischen Schritte und Aktivitäten in einer Weise, die dem Charakter und dem Ausmaß der Ereignisse und Entwicklungen in unserem Land entsprach.

Diese Aktivitäten brachten auch die Kraft, den Stolz und die Standhaftigkeit unseres Volkes gegenüber allen politischen Kampagnen und Propagandafeldzügen zum Ausdruck. Diese Kampagnen tragen den üblen Geruch des Krieges, der von den Kräften ausgeht, die den Revolutionen vom 26. September (am 26. 9. 1962 wurde im Nordjemen die Monarchie gestürzt und die Jemenitische Arabische Republik proklamiert; d. Red.) und vom 14. Oktober (am 14. 10. 1963 begann auf dem Gebiet der heutigen VDRJ der Befreiungskampf gegen die britische Kolonialherrschaft; d. Red.) eine historisch bedingte Feindschaft entgegenbringen.

Alle unsere Schritte verdeutlichten die Position der UNFPO und der revolutionären Regierung. Weder unsere UNFPO noch unsere Regierung tragen die Verantwortung für die Entwicklung der Lage im Norden der Heimat. Es wurde in diesem Zusammenhang bekräftigt, daß wir imstande sind, uns mit Kraft und Entschlossenheit gegen jegliche Aggression zur Wehr zu setzen, unabhängig davon, wie stark die Kräfte, die dahinter stehen, auch sein mögen.

Mit allem Nachdruck haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß das Feuer und die Ausmaße des Krieges, falls er ausbrechen würde, sich nicht nur auf das Gebiet des Jemen in Nord und Süd beschränken, sondern daß seine schädlichen Folgen den gesamten Raum erfassen würden.

Wir haben vor den Auswirkungen gewarnt, die sich ergeben, wenn man blindlings auf den Krieg zusteuert, denn das jemenitische Volk wird den Preis dafür nicht allein zahlen. Wir lehnen den Krieg ab, wollen in Frieden leben und fordern die Normalisierung der Beziehungen zwischen Sana und Aden. In der Erklärung des Präsidialrates haben wir die Grundlagen für ein entsprechendes Verhältnis vorgeschlagen. Es würde zur Stabilität führen, unserem Volk die Leiden und Zerstörungen des Krieges ersparen und beiden Teilen des Jemen die Möglichkeit geben, im Ringen um die Einheit des

jemenitischen Volkes und ein Leben in Fortschritt und Wohlstand voranzuschreiten. Darüber hinaus stellten wir auch die Forderung nach guter Nachbarschaft mit unseren Brüdern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Das ZK würdigte alle vom Politbüro unternommenen Schritte und Aktivitäten und hob hervor, daß die Arbeit in dieser Richtung fortzusetzen sei. Dadurch werden Sicherheit und Stabilität für unsere Revolution und unser jemenitisches Volk gewährleistet. Auch all die Gefahren, die die Sicherheit und Stabilität des gesamten jemenitischen Volkes bedrohen, können damit gebannt werden. Dies ermöglicht die Abwehr aller Angriffe, deren Ziel darin besteht, die vorhandenen Probleme unter den Söhnen des einheitlichen jemenitischen Volkes in einen offenen Konflikt ausarten zu lassen. Wir schaffen damit auch die Möglichkeit, die Politik der Beschimpfungen zu beenden, die dem Ansehen unseres jemenitischen Volkes schadet und nur den Kräften nutzt, die der Freiheit unseres Volkes feindlich gegenüberstehen und auf eine günstige Gelegenheit lauern, um gegen seine Revolution, seine progressiven Errungenschaften und seine nationale Souveränität vorzugehen.

### **Formierung einer Partei neuen Typs**

Das ZK diskutierte auch den Entwurf des Status und den Programmentwurf einer Partei neuen Typs, die beide dem I. Parteitag unserer Partei vorgelegt werden sollen. Im Laufe der Diskussion wurden zahlreiche Änderungsvorschläge für die Dokumente eingebracht.

Das ZK beschloß, eine Kommission für die Überarbeitung der Dokumente zu bilden, um diese dann allen UNFPO-Organisationen zur weiteren Diskussion und Präzisierung vorzulegen. Das ZK setzte sich weiterhin mit der Lage in der UNFPO auseinander und faßte eine Reihe von Beschlüssen zur Reorganisation der leitenden Organe und der Basis der UNFPO. Es beschloß, folgende Personen aus dem ZK und aus der UNFPO zu entfernen: 1. Salem Mohammed Ba Gameel, 2. Abdurraheem Ateeg, 3. Abdel-Bagi Hazzaa, 4. Aisha Mohsen, 5. Noor Abdallah, 6. Awudh Ba Shukeil, 7. Saleh Ahmed An-Nino, 8. Ali Mukabbab. Außerdem legte das ZK fest, jene Mitglieder und Kandidaten, die unmittelbar mit der opportunistischen Renegatengruppe in Verbindung gestanden hatten, aus den Gouvernoratskomitees bzw. aus dem Obersten Militärkomitee der UNFPO, aus den Komitees der Distrikte, der Brigaden, Waffengattungen und Teilstreitkräfte, aus den Zentrums- und Bataillonskomitees und aus den Komitees der Grundorganisationen auszuschließen.

Das ZK beschloß ferner, daß in der Zeit vom 7. bis 15. 9. 1978 in den Gouvernoratsorganisationen und in der Armeearganisation der UNFPO außerordentliche Konferenzen durchzuführen sind. Ziel und Bedeutung dieser außerordentlichen Konferenzen bestehen darin, a) die Delegierten mit beschließender und beratender Stimme zum 1. Generalkongreß der avantgardistischen Partei neuen Typs zu wählen; b) die neubesetzten Funktionen in den Gouvernoratskomitees der UNFPO zu bestätigen; und c) die Entwürfe des Programms und des Statuts, welche dem 1. Parteitag der avantgardistischen Partei neuen Typs vorgelegt werden, zu diskutieren.

Das ZK faßte darüber hinaus den Beschluß, Wahlen zu den Komitees der Grundorganisationen, der Zentrum- und Distriktkomitees und den Gouvernoratskomitees in der UNFPO-Organisation im 5. Gouvernorat durchzuführen. Diese außerordentlichen Wahlen dienen dazu, die leitenden Komitees zu konstituieren und erfolgen ohne Berichterstattung auf den Wahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen. Das ZK erteilte weiterhin den Auftrag, die Arbeit

zur Festlegung und Entwicklung der Lage in den militärischen Institutionen fortzusetzen.

Das ZK würdigte die heldenhafte Rolle sämtlicher Militäreinheiten bei der Niederschlagung des Putschversuches der opportunistischen Gruppe unter Führung von Salem Robaya Ali. Es brachte gegenüber den Angehörigen der Militäreinheiten seine hohe Wertschätzung für ihre ständige Wachsamkeit bei der Sicherung der inneren Ordnung und Stabilität, für ihre volle Bereitschaft zur Verteidigung der Revolution und der Heimat sowie für ihre bewußte disziplinierte Unterordnung unter die UNFPO und die Beschlüsse des ZK und seines Politbüros zum Ausdruck. Sie verkörperten damit die bewußte Disziplin gegenüber den Statuten der UNFPO sowie den Prinzipien der kollektiven Führung und des demokratischen Zentralismus. Aus den Bedingungen, unter denen die 11. (außerordentliche) Tagung des ZK stattfand, ergibt sich für die Mitglieder der UNFPO die Pflicht, ständig bereit und wachsam zu sein, um alles Neue, das sich auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik entwickelt, geistig zu erfassen. Sie müssen mit äußerster Wachsamkeit und Umsicht alle Kräfte mobilisieren, um die Positionen der Revolution im Lande zu festigen. Dazu gehört die termingerechte Erfüllung der Wirtschaftspläne.

Weiterhin zählt dazu die Aufgabe, die Pläne der Exekutivorgane und die Reorganisation dieser Organe entsprechend der Losung „Vereinfachung der Verwaltung mit niedrigen Kosten und höherer Effektivität“ zu erfüllen.

Ebenso kommt es darauf an, daß Bewußtsein der Massen herauszubilden und zu entwickeln, um konterrevolutionäre Verschwörungen, die die Feinde von außen anzetteln, abzuwehren und die Heimat und die Revolution zu verteidigen. Das dient dem Ziel, allen aggressiven Absichten, die unserer Revolution und unserem Land drohen und die sich gegen die Errungenschaften richten, für die unser jemenitisches Volk gewaltige Opfer gebracht hat, zum Scheitern zu bringen.

### **Die revolutionäre Massenaktivität erhöhen!**

Das ZK der UNFPO, das gewaltige Anstrengungen unternimmt, um die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufgaben zu lösen, ruft in diesem Jahr – dem Jahr der Siege und der allseitigen Vorbereitung auf den 1. Parteitag der avantgardistischen Partei – alle Mitglieder und Kandidaten sowie alle Sympathisierenden in den Massenorganisationen und in den Reihen der Kader im staatlichen Bereich auf, mehr als je zuvor die revolutionäre Wachsamkeit und die Aktivität zu erhöhen, um den richtigen Kurs der Revolution zu sichern und zu stärken. Es ruft dazu auf, den Opportunismus und das Stammes-, Clan- und Regionaldenken zu bekämpfen. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Gesetze und die Verfassung eingehalten werden.

Die breiteste Mitarbeit der werktätigen Massen bei der Erfüllung der vier Hauptaufgaben (Gründung einer avantgardistischen Partei neuen Typs, Vorbereitung der Wahlen zum Obersten Volksrat wie der Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Revolution am 14. 10. d. J. sowie die erfolgreiche Erfüllung des 2. Fünfjahrplanes; d. Red.) ist erforderlich. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird den beispiellosen historischen Wendepunkt in Jemen bilden. Aus der sich daraus ergebenden qualitativen Weiterentwicklung werden für unser Volk gesetzmäßig weitreichende Perspektiven erwachsen, damit es seiner historischen Aufgabe in der arabischen und weltweiten revolutionären Bewegung gerecht werden kann. Wir stehen vor einem Prüfstein, vor einer historischen Herausforderung, aber wir versichern, daß wir und die jemenitischen Werktätigen siegreich sein werden.

Laßt uns konsequent vorwärtsschreiten, bis alle nahen und fernen Ziele unseres Volkes verwirklicht sein werden!

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 34/1978)

## Von Morenga zum Sturm auf die Apartheid



**Jürgen Ostrowsky / Wolff Geisler, Südafrika – Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978, 160 S., 12,80 DM**

Das Buch wird von den Autoren als eine Einführung in die Geschichte Südafrikas unter den drei zentralen Begriffen „Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf“ vorgestellt. Das erste und umfangreichste Kapitel behandelt die Kolonialisierung Südafrikas durch Holland und Großbritannien im 17. und 18. Jahrhundert, über die Gründung der Südafrikanischen Union bis zur aktuellen Politik der Nationalen Partei unter Premierminister Vorster. Die Kapitel 2 bis 4 stellen den eigentlichen Schwerpunkt des Buches dar: die Zusammenarbeit Südafrikas mit dem Westen und vor allem der Bundesrepublik, wobei der militärischen und atomaren Kollaboration besonders breiter Raum gegeben wird. Weitere Kapitel behandeln die Krisenstrategien des Rassistenregimes, den nationalen Befreiungskampf und die internationale Solidarität.

Besonders hervorzuheben ist, daß das Buch von Ostrowsky / Geisler gerade für die Leser, die mit der Problematik noch nicht vertraut sind, eine fundierte und wertvolle Grundlage bietet. Dies gilt sowohl für die historische Aufarbeitung des Themas, die nicht – wie so oft – als längst bekannt vorausgesetzt wird, als auch für die Materialfülle. Die Autoren haben eine Unmenge Daten, Zahlen, Berechnungen, Zitate zusammengetragen, die den Leser in die Lage versetzen, in den politischen Auseinandersetzungen zu bestehen. Dazu trägt auch bei, daß sie sich durchgehend mit gängigen Vorurteilen und Verdrehungen auseinandersetzen, dagegen ihre Position entwickeln (z. B. „Handel hat nichts mit Politik zu tun“ oder „den Schwarzen in Südafrika geht es besser als den Schwarzen in ganz Afrika“).

Entgegen allen, immer wiederkehrenden Dementis weisen die Autoren im Detail nach, wie bedeutend und umfassend die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten BRD und Südafrika ist. Eine Zusammenarbeit, die alle Bereiche betrifft, reich an Traditionen ist und für beide Seiten, wie es eine Delegation des BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) 1975 zusammenfaßte, enorme Vorteile bringt: „Die sich ergänzenden Gegebenheiten der südafrikanischen und deutschen Wirtschaft machen die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Gebot der ökonomischen Vernunft.“ (S. 74). Wie vernünftig und tief die Beziehungen sind, beweist die trotz aller internationalen Sanktionen nach wie vor florierende militärische und atomare Kollaboration. Hier gelangen die Autoren zu dem Schluß: „Angesichts all dieser Kontakte und Unterstützungsmaßnahmen ist die Angabe, die Bundesregierung hätte 1961 mit der südafrikanischen Regierung ein geheimes Militärabkommen geschlossen, glaubwürdig.“ (S. 108).

Zwei Punkte sollten jedoch – bei aller Wertschätzung des Buches – angemerkt werden: Einmal wäre eine Einleitung, die die Konzeption des Buches erläutert hätte, angebracht gewesen. Zum anderen ist das Kapitel über den Befreiungskampf, speziell was die Frage der politischen Gefangenen und die aktuelle Strategie und Taktik des Kampfes nach Soweto angeht, zu kurz geraten. So hätte man sich eine Auswertung der Diskussion über den Widerstandskampf 1976 / 1977 ge-

wünscht, die doch innerhalb und außerhalb des Afrikanischen Nationalkongresses sehr breit geführt wurde und wird.

**Donald, Woods, Steve Biko, Stimme der Menschlichkeit, Goldmann Verlag, München 1978, 320 S., 8,80 DM**

Daniel Woods, weißer Südafrikaner und ehemaliger Herausgeber der Zeitung Daily Dispatch, der heute – nach der Verhängung des Banns über ihn – außerhalb Südafrikas lebt, war ein sehr enger Freund Steve Bikos. Steve Biko, Mitgründer und einer der Führer der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO) sowie des Black Community Programm, starb am 12. September 1977 an den Folgen eines 24 stündigen Verhörs durch die südafrikanische Sicherheitspolizei, in dessen Verlauf er gefoltert und geschlagen worden war. Das Buch gibt die Eindrücke des Journalisten von seinen Begegnungen und Gesprächen mit Steve Biko wieder. Das Anliegen Woods ist es, „nicht nur ein persönliches Denkmal für Steve Biko“ zu setzen, „sondern auch eine Anklage gegen das Nationalist Government (Regierung der Nationalen Partei unter Vorster; d. Red.) und gegen das System und die politischen Grundsätze, die es repräsentiert“, zu führen (S. 8). Die ausführlichen Aussagen von Biko in den beigelegten Interviews bieten ein gutes Bild seiner politischen Positionen, die – abgesehen von ihrer entschiedenen Ablehnung des Rassismus – nicht frei von reformistischen Vorstellungen und subjektivistischen Anschauungen sind. Dagegen sind die persönlichen Aufzeichnungen D. Woods eher mit Vorsicht zu genießen. In geradezu verklärender Weise, in der Biko das „Charisma“ von Abraham Lincoln, Robert Kennedy und Nelson Mandela (S. 32/32/36) verliehen wird, überschätzt der Autor Bikos Denken, seine politische Tätigkeit – ja selbst seine Person: „Von früh an hatte er die unverkennbare Haltung, die Eigenschaften eines einzigartigen Führers.“ (S. 33) „In den drei Jahren, in denen ich ihn kannte, geriet meine Überzeugung nie ins Wanken, daß dies der wichtigste politische Führer im ganzen Land war, ganz einfach der größte Mann, den ich je die Ehre hatte kennenzulernen.“ (S. 154) Diese unzulässige Übersteigerung der politischen Persönlichkeit und Bedeutung Bikos mindert entscheidend den Wert des Buches. Einen Großteil des Buches nimmt die gerichtliche Untersuchung über die Todesursachen Steve Bikos ein, die die Familie und Freunde Bikos anstrebten, um den Nachweis der Ermordung Bikos durch die südafrikanische Sicherheitspolizei zu führen. Daß das Gericht in Pretoria alle Beteiligten von jeder Schuld freisprach, liegt in der Natur des Apartheidregimes. Der Autor, der sich politisch selbst als prowestlich, liberal und antikommunistisch einschätzt, kommt dann auch abschließend zu dem Urteil, daß „Todesfälle wie der Steve Bikos unweigerlich das passende Resultat der Apartheidpolitik seit ihrer Einführung“ sind (S. 298).

**Uwe Timm, Morenga, Verlag Autoren Edition, München 1978, 400 S., 32,- DM**

schildert eines der blutigsten Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte: In Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, erhebt sich unter Führung des Minenarbeiters Morenga der Stamm der Hottentotten und führt von 1904 bis zu seiner Niederlage im Jahre 1907 einen erbitterten Kampf gegen die militärisch weit überlegenen deutschen Kolonialtruppen, „Schutztruppe“ genannt.

In den recht zahlreichen Besprechungen in den bundesdeutschen Massenmedien fand das Buch überall positive Kritiken. P. O. Chotjewitz (Deutsche Volkszeitung, 6. 4. 1978) zählt Timms Roman zu den „Klassikern der erzählenden Literatur“; der Stern (1.6.1978) will ihn gar „zur Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht“ erklären. Morenga ist jedoch nicht nur ein spannend geschriebener und literarisch bedeutender Roman. Uwe Timm bietet zudem die exakte und korrekte Auswertung von Dokumenten und authentischem Material der deutschen Kolonialzeit. Die Erlebnisse der zentralen Romanfigur, des Oberveterinärs Johannes Gottschalk, werden ergänzt durch historisches Quellenmaterial – seien es Aktenauszüge über die Kriegsführung, Verwaltungsanordnungen, Zeitungsberichte oder Tagebucheintragen deutscher Soldaten. Diese Tatsache macht das Buch nicht nur interessant, Timms Morenga wird dadurch selbst zu einem Dokument über ein bisher kaum aufgearbeitetes Kapitel des deutschen Kolonialismus.

**G. Bröner / G. Faust**

## Antirassismus

Mit der Verabschiedung einer Deklaration und eines Aktionsprogrammes hat die Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung in Genf im August d. J. ihren Abschluß gefunden. Die Konferenz erbrachte eine kritische Bestandsaufnahme der 1. Hälfte des im Dezember 1973 von der XXVIII. UN-Vollversammlung beschlossenen Jahrzehnts des Kampfes gegen den Rassismus. 122 Staaten hatten Delegationen entsandt; 40 Sonderorganisationen nahmen ebenso wie die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) an den Verhandlungen teil. Die USA und Israel glänzten durch Abwesenheit. Nachdem sich in einem vorbereitenden Ausschuß eine überwältigende Mehrheit der nichtpaktgebundenen und sozialistischen Länder für die Verurteilung der intensiven Zusammenarbeit zwischen Israel und der Republik Südafrika in der Abschlusßerklärung ausgesprochen hatte, zogen im Schlepptau des BRD-Vertreters nahezu alle anderen entwickelten kapitalistischen Länder aus. Zuvor war bereits das Aktionsprogramm, in dem u. a. alle Regierungen aufgefordert worden waren, die Kollaboration multinationaler Konzerne mit den rassistischen Regimes im südlichen Afrika zu unterbinden, von den neun EG-Staaten abgelehnt worden. Schon in den vorausgegangenen Plenardebatten war diese kontinuierliche Zusammenarbeit wiederum offengelegt worden. Dabei maß man der BRD als größtem Handelspartner Südafrikas und traditionellen Lieferant von atomarer Technologie eine Schlüsselrolle zu. Der von der Anti-Apartheid-Bewegung, dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee, den Jungsozialisten, Jungdemokraten u. a. demokratischen Kräften zum 11./12. November d. J. in Bonn veranstaltete Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika wird dies erneut dokumentieren.

## Südafrika—BRD



Im Antwortschreiben auf einen Brief des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees, in dem der Bundeskanzler gebeten wurde, zugunsten von Solomon Mahlangu – ein zum Tode verurteiltes Mitglied des ANC Südafrika – zu intervenieren, macht sich das Bonner Außenministerium die offizielle Darstellung der südafrikanischen Rassenjustiz zu eigen, da „die Erschießung zweier Angestellter eines Johannesburgers Kaufhauses während ihrer Teestunde ... schwerlich in einen politischen Zusammenhang zu bringen“ sein soll. Tatsache ist, daß Mahlangu zusammen mit zwei anderen ANC-Mitgliedern im Juni 1977 in eine Razzia geriet, die die Rassenpolizei anlässlich des Jahrestages des Soweto-Massakers gegen Regimegegner durchführte. Einer seiner Begleiter, Mony Motloung, verlor die Nerven, eröffnete das Feuer und erschoss zwei Weiße. Als Folge der unmenschlichen Behandlung im Gefängnis wurde Motloung wahnsinnig und konnte wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit nicht mehr verurteilt werden. Die Rassenjustiz sprach daraufhin einfach Mahlangu des Mordes für schuldig und verhängte das Todesurteil. Ein Gnadengesuch wurde inzwischen abgelehnt. Das eindeutig politisch motivierte Terrorurteil gegen Mahlangu stieß in der ganzen Welt auf Protest. Der Vorsitzende des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid, Leslie Harriman, z. B. erklärte: „Es wird ein kalkulierter Akt von Justizmord sein und ernste Auswirkungen haben. Die Vereinigten Nationen haben das Recht des unterdrückten Volkes anerkannt, Zuflucht zum bewaffneten Kampf zu suchen, um sich von dem kriminellen Apartheidregime zu befreien.“ Im Genscherministerium freilich hält man frei nach Filbinger zu den Apartheid-Kriminellen: Todesurteil gegen Freiheitskämpfer sind rechtens.

## Mauretanien—Westsahara

Ende August d. J. fanden in Madrid auf mauretanischen Wunsch Gespräche zwischen den Außenministern Spaniens und Mauretaniens statt, die die Frage nach einem Verhandlungsfrieden in der Westsahara-Frage zum Gegenstand hatten. Spanien erklärte sich bereit, zu vermitteln. Diese Wende der mauretanischen Seite im Westsahara-Konflikt ist nach dem Sturz der Regierung Moktar Ould Daddah am 10. Juli 1978 eingetreten, als der sog. „Militärausschuß für die nationale Erneuerung“ in einem unblutigen Militärputsch die Macht übernahm. Der Militärausschuß besteht aus 18 Offizieren, an ihrer Spitze Generalstabschef Mustafa Ould Salek, der neue Ministerpräsident des Landes. Nach der zukünftigen Außenpolitik der mauretanischen Regierung befragt, sagte der neue Außenminister Cheikna Mohammed Laghdaf gegenüber der New York Times „Der Friede hat für uns höchste Priorität. Aber ist eine notwendige Bedingung, mit Marokko zusammenzuarbeiten. Ein separater Frieden ist nicht möglich, das wäre kein Frieden.“ (zit. nach: International Herald Tribune, Paris, 22. 8. 1978). In Mauretanien steht derzeit eine 10.000 Mann starke marokkanische Truppe. Die POLISARIO, hatte seit Oktober letzten Jahres (siehe AIB 3/1978) erfolgreich ihre militärischen Angriffe gegen Mauretanien verstärkt und im vergangenen halben Jahr viermal die lebensnotwendige Eisenbahnlinie des Landes, die die Erzminen mit dem Hafen Nouadhibou verbindet, lahmgelegt. Sie wies als Geste des guten Willens ihre Streitkräfte an, das Feuer gegen Mauretanien vorläufig einzustellen.

## Peru

Für die Freilassung verhafteter Gewerkschafter, die Wiedereinstellung von 320 entlassenen Kollegen, für Lohnerhöhungen und Preisstop traten Anfang August 45.000 Bergarbeiter in den Streik. Die Regierung bezeichnete den Streik als illegal, stellte die Bergbauprovinzen unter Kriegsrecht; Militär besetzte die Gruben. In Lima eröffneten Militäreinheiten am 7. September das Feuer auf Angehörige der Streikenden, wobei sie 20 Personen töteten. Die Streikfront aber stand weiter ungebrochen. Schon im Mai d. J., als die Gewerkschaftszentrale CGTP zu einem zweitägigen Generalstreik aufrief, hatten die peruanischen Lohnabhängigen der prokapitalistischen Reprivatisierungs- und Preiserhöhungspolitik (50 % für Lebensmittel infolge der Streichung staatlicher Subventionen) der Regierung Bermudez den Kampf angesagt. Behinderungs- und Repressionsmaßnahmen gegen die Linke hatten den bürgerlichen Parteien am 18. Juni d. J. bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zur absoluten Mehrheit verholfen. Dennoch konnten die Linksparteien mit 1/3 Stimmenanteil (je 1/4 davon entfielen auf die Revolutionäre Sozialistische und die Kommunistische Partei) einen Achtungserfolg erringen. Die Regierung hat weiter mit revolutionären Massenkämpfen bei jedem weiteren Demontageversuch zu rechnen (siehe AIB 12/1977 und 1/1978).

## Argentinien

In der argentinischen Militär- und Staatsführung grassieren gegenwärtig, nach der Deklaration des Endes des Ausnahmezustandes, rege Umbesetzungen. General Videla schied aus der Militärjunta und seiner Funktion als Heeres-Oberbefehlshaber, wird also künftig nur als Staatspräsident amtieren. Auch die Juntamitglieder Massera (Marine) und Agosti (Luftwaffe) sollen noch im September 1978 bzw. vor März 1979 ihre Posten räumen. Die dahinter stehenden Auseinandersetzungen innerhalb der Armeespitze zwischen rechten Ultras und „Gemäßigteren“ (Videla-Richtung) deuten laut dem Führungsmitglied der KP Argentiniens F. Nadra auf eine „momentane Stärkung“ der letzteren. Präsident Videla stellte in einer Botschaft vom August d. J. einen Dialog mit zivilen Politikern für die kommenden Monate als Aufgalopp einer „erneuerten Demokratie“ in Aussicht: Man wolle den Aufbau eines „modernem Landes, in dem eine pluralistische Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und eine unabhängige Außenpolitik fest verankert sind.“ Ansonsten zog es Videla vor, zu brennenden Problemen der Wirtschaftskrise, der politischen Gefangenen und Verschwundenen, der Wiederzulassung der Parteien oder einer demokratischen Reorganisation der Gewerkschaften zu schweigen. Reale Maßnahmen einer Demokratisierung stehen weiter aus.

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

## 109 Gewerkschafts-Diskussion (II)

### Editorial: Gefälligkeitsrezensionen

W. Fabian: Tendenzen in den Streiks 1978

W. Petschick: Zur Überarbeitung des DGB-Grundsatzprogramms

H. Schäfer: Probleme der Lohn- und Tarifpolitik

Th. Hagelstange: Gewerkschaftsentwicklung und Krisen 1950-1975

### Hochschulpolitik und Rechtsentwicklung

F. Hase / K.H. Ladeur: Das „Politische Mandat“ der Studentenschaft

H. Geil: Berufsverbote und Staatsschutz

Marvin / Theißen / Voigt: Die NoFu – Zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität

B. Güther: Entwicklung der Akademiker-Arbeitslosigkeit 1973-1978

Dokumentation: Offener Brief zum Thema Berufsverbote

## 110 Psychiatrie und Herrschaft Fragen der Philosophie (I)

*Statt eines Editorials:* W. F. Haug: Westlicher Marxismus? Kritik eines notwendigen Versuchs der Historisierung marxistischer Theorie

E. Wulff: Politische Indiennahme der Psychiatrie in West und Ost (I)

E. Leiser: Zur materialistischen Begründung von Logik und Mathematik

J. M. Ripalda: Grenzen der Dialektik

### Stalinismus-Forschung

V. Gransow: Jenseits des Stalinismus?

### Arbeitergeschichtsschreibung

D. Peukert: Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

*Kongreßberichte:* Medienkongreß des DGB; Prokla-Arbeitskonferenz; Arbeitstagung Pädagogisches Museum; Arbeitsgruppe „Kultur-historische Museen“

*Dokumentation:* Erklärungen zu den „schwarzen Listen“ des Bundesgrenzschutzes

Jedes Heft enthält einen umfangreichen Besprechungsteil und eine Zeitschriftenschau. Erscheinungsweise: zweimonatlich; Umfang: ca. 160 Seiten.

Einzelpreis: 9,80 DM (im Abo 7,50 DM); für Stud. 8,- DM (im Abo 6,- DM).